Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Zeitungsträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pfg. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, mit Postbestellgeld Mk. 3.04.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratenpreise: Inserate für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 104. Breslau, Mittwoch, den 6. Mai 1914. 25. Jahrgang.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie.

Kürzlich ist eine sehr empfehlenswerte Schrift unseres Genossen Eduard Bernstein über „Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie" erschienen.*) Bernstein weist zunächst in seinen allgemeinen Ausführungen über die Steuern nach, daß für die Sozialdemokratie in Reich, Staat und Gemeinde das Steuerproblem von außerordentlicher Bedeutung ist.

Bekanntlich wird in der politischen Debatte überall der Unterschied zwischen „direkten" und „indirekten" Steuern gemacht. Was ist nun der Unterschied zwischen diesen beiden Steuerarten? Bernstein definiert:

„Direkte Steuern sind alle Steuern, die denjenigen in seinem Einkommen oder Vermögen treffen, von dem sie erhoben werden; indirekte Steuern sind Steuern, die von demjenigen, der sie an Reich, Staat oder Gemeinde zahlen muß, in Gestalt von Preisaufschlägen, Bezahlungsabzügen oder von sonstigen Formen der Aufrechnung auf andere abgewälzt zu werden pflegen."

Bernstein nennt solche Steuern, die, wie die Einfuhrzölle, Waren auch um Summen verteuern, die weder Reich, noch Staat, noch Gemeinde erhalten, die vielmehr Privatleuten zufließen, „unsichtbare Steuern". Legt das Reich zum Beispiel für Weizen einen Einfuhrzoll von 55 Mark auf die Tonne, so steigt, wo nicht besondere Ausnahmebedingungen hemmend einwirken, der Weizenpreis nicht nur für die Menge des eingeführten Weizens, sondern auch für den im Inland hergestellten Weizen um jenen Satz.

Entsprechend den Leitsätzen, die Genosse Wurm zu der Steuerdebatte des vorigen Parteitages aufstellt, hat für uns die Mehrwertlehre als Grundlage für die Steuerbemessung zu dienen. Nach der Wurmschen Werttheorie stammen Unternehmergewinne, Zinsen und Grundrenten aus dem von dem Proletariat geschaffenen Mehrwert. Weil die Ausnützung der vom Unternehmer gekauften Arbeitskraft einen Ertrag bringt, der mehr wert ist, wie die Arbeitskraft selbst, fließt ein großer Teil des Arbeitsproduktes der Besitzlosen den Besitzenden zu. Unser Steuerideal muß sein, daß nicht der Lohn der Arbeitskraft direkt oder indirekt, sondern nur der Mehrwert besteuert wird.

Bernstein weist mit Recht darauf hin, daß für uns der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit im Steuerwesen gelten muß. Wirtschaftlichkeit heißt Erzielung des möglichst großen wirtschaftlichen Nutzeffekts mit dem geringsten Aufwand an Kosten. Wir sind also gegen Steuern, die dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Erleichterung des Lebens der großen Volksmehrheit entgegenwirken.

Schwierig ist die Frage der Ueberschußwirtschaft von gewerblichen Unternehmungen des Reiches, des Staates, der Gemeinden. Sollen Staatsbahnen und städtische Gasanstalten so billige Tarife haben, daß kein Ueberschuß bleibt? Oder sollen sie ohne Profit oder gar unentgeltlich ihre Leistungen abgeben?

Aehnlich wie Bernstein und früher schon Wurm die Frage lösten, meinen wir, daß unentgeltlich alles geleistet werden muß, was der einzelne zu verwenden durch Gesetz gezwungen wird. Deshalb darf es in den Volksschulen kein Schulgeld geben und die Lernmittel sollten unentgeltlich geliefert werden.

Zum Selbstkostenpreis sollten Leistungen erfolgen, die von hoher sozialer Bedeutung für Gesundheit und Sittlichkeit des Proletariats sind. Zum Beispiel Wohnungen sollten von Gemeinde wegen gebaut und zum Selbstkostenpreise vermietet werden.

Für Leistungen anderer Art, die für das Proletariat nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind, sollte höchstens der in kapitalistischen Betrieben übliche Durchschnittsprofit herausgeschlagen werden. Wenn eine Gasanstalt das Gas so billig liefert, daß der Durchschnittsprofit nicht mehr herauskommt, besteuert sie die städtischen Bürger, auch die Proletarier, um den zum Teil sehr wohlhabenden Gaskonsumenten billiges Gas zu liefern. Wenn die Stadt enorme Gaspreise hat und dadurch einen Riesenüberschuß erzielt (vorausgesetzt, daß der hohe Preis nicht gerade nicht nur den Absatz, sondern auch den Ueberschuß vermindert), wird sie den Gaskonsum selbst den bestgestellten Schichten des Proletariats unmöglich machen.

Nach interessanten Darlegungen über die Verteilung der Steuern zwischen Reich, Staaten und Gemeinden spricht sich Genosse Bernstein über die Fragen der Steuerbewilligung im Sinne der Mehrheit des vorigen Parteitages aus, mit der auch wir stets übereinstimmten. Bernstein beweist, daß es ein Trugschluß sei, anzunehmen, daß Besitzsteuern in dem Maße, wie die Besteuerung niedriger Einkommen oder indirekte Steuern auf das Proletariat abgewälzt werden können.

Auch wer in Einzelheiten mit den Ansichten Bernsteins nicht übereinstimmt, wird in seiner Schrift eine dankenswerte Zusammenfassung der Probleme finden, die bei der Steuerpolitik auftauchen. Die Sozialdemokratie wird wie bisher ihre ganze Kraft darauf verwenden, die Besteuerung des Proletariats möglichst zu verhindern und die Pflicht zum Steuerzahlen der leider so steuerscheuen Schicht der Besitzenden aufzuerlegen. Das ist um so angebrachter, als der Ertrag der Steuern überwiegend im Interesse der Besitzenden verausgabt wird. Aber auch wenn dieser Ertrag den Zwecken der Besitzlosen zuflösse, wäre es notwendig, die Summen von der Bourgeoisie zu erheben. So lange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, sollten die Ausbeuter die Pflicht haben, wenigstens die Kosten der Gesamtheit aus ihrem Ausbeutungsgewinn zu tragen, und nicht noch diejenigen zu schröpfen, die sie bereits durch Ausbeutung um einen großen Teil des Produktes ihrer Arbeit gebracht haben.

*) „Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie", von Eduard Bernstein. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 30 Pfg.

Die Regierung gegen die Drohnen.

Am Dienstag ist im Reichstag die im Kolonialamt auf Wunsch der Budgetkommission ausgearbeitete Denkschrift über die Enteignung und Verlegung der Eingeborenen in Duala zur Verteilung gelangt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gab schon am Montag den Inhalt der Denkschrift auszugsweise wieder, wobei es ihr allerdings nicht gelingt, ein einigermaßen klares Bild von dem Zusammenhang der Dinge zu verschaffen.

Das Regierungsblatt zitiert zunächst die Antworten auf eine Reihe von Anklagen, die in der im Reichstag durch Vermittelung eines Berliner Rechtsanwalts überreichten Petition der Duala enthalten waren. Es werden hier die Behauptungen der Eingeborenen als unzutreffend und zum größten Teil als bewußt unwahr bezeichnet und damit kurzerhand als widerlegt behandelt. So einfach aber geht das natürlich nicht, denn es steht nun Behauptung gegen Behauptung, und wir haben durchaus keine Veranlassung, die Darstellung der Kolonialverwaltung ohne weiteres als die zutreffende und maßgebende anzusehen, schon aus dem Grunde nicht, weil die Denkschrift sich in einem sehr wesentlichen Punkte nicht im Einklang mit der Begründung befindet, die die Regierung im Etat für die zur Durchführung der Enteignung geforderte Position gab. Während es nämlich damals hieß, daß die Eingeborenen ursprünglich mit ihrer Enteignung und Verlegung einverstanden gewesen seien, wird jetzt festgestellt, daß sie sich diesen Maßregeln von Anfang an mit großer Zähigkeit widersetzt haben und mit nicht weniger als 11 Eingaben bei dem Bezirksamtmann, dem Gouverneur, dem Staatssekretär des Reichskolonialamts, dem Reichskanzler und dem Reichstage vorstellig geworden sind.

Zur Lösung der Widersprüche würde es sehr viel beitragen, wenn der Denkschrift, gemäß der Forderung der Kommission, die Korrespondenz zwischen der Berliner Kolonialverwaltung und dem Gouvernement von Kamerun beigefügt wäre. Da die „Nordd. Allg. Ztg." davon nichts erwähnt, ist aber einstweilen anzunehmen, daß die Regierung diesem Wunsche nicht entsprochen, sondern vielmehr den verfassungsrechtlichen Bedenken Rechnung getragen hat, die plötzlich bei den Konservativen auftauchten, nachdem ihre Vertreter in der Kommission selbst den Beschluß hatten fassen helfen. Fehlen diese Aktenstücke, so wird man es uns nicht verübeln dürfen, wenn wir dann um so eher geneigt sind, den Behauptungen der Denkschrift Zweifel entgegenzusetzen.

Was nun vollends die wichtigste Frage, die nach der Berechtigung der Beschlagnahme des von den Duala an die deutsche Volksvertretung gesandten Telegramms betrifft, so wird sie nach der Denkschrift nicht nur nicht aufgeklärt, sondern sogar noch mehr kompliziert. Man erinnert sich der Darstellung in der Petition. Danach gab am 15. Januar 1913 Duala Manga ein Telegramm an den Reichstag auf. Das Telegramm wurde durch Verfügung des Bezirksamts beschlagnahmt und erst am 20. Januar dem Reichstag ausgeliefert, der am Nachmittag des 15. Januar inzwischen den Enteignungsbeschluß gefaßt hatte. Um die Beschlagnahme selbst zu rechtfertigen, beruft sich nun die Denkschrift zunächst auf eine seit vielen Jahren bestehende Vorschrift, daß Eingaben Eingeborener an höhere Instanzen dem Bezirksamt vorzulegen seien. Da diese Vorschrift das Petitionsrecht illusorisch macht, auf das die Eingeborenen als Absender und auf das die Reichstagsabgeordneten als Empfänger einen Anspruch haben, kann sie keine Giltigkeit besitzen. Aber ganz abgesehen davon macht die Denkschrift — immer nach den Angaben des offiziösen Blattes — des weiteren folgende sonderbare Feststellungen:

Die Beschlagnahme erfolgte bereits am 14. Januar, kann also nicht durch das am 15. Januar aufgegebene Telegramm veranlaßt worden sein. Zur Verkündung des Enteignungsbeschlusses hatte der Bezirksamtmann bereits einige Tage vor dem 15. Januar die Eingeborenen geladen. Der Enteignungsbeschluß kann also nicht durch die Absendung des Telegramms am 15. erst hervorgerufen sein.

Daraus können wir uns nun schlechterdings keinen Reim mehr machen, auch dann nicht, wenn wir in dem ersten Satz an Stelle von „die Beschlagnahme" etwa „der Beschlagnahmebeschluß" setzen und eine ähnliche Verbesserung im letzten Satze vornehmen. Unaufgeklärt bleibt immer noch, auf welchen Rechtstitel gestützt der Bezirksamtmann die Telegrammsperre verhängen konnte, und auch wenn der Beschlagnahmebeschluß bereits am Tage vor der Reichstagsabstimmung erfolgte, liegt nach wie vor der Verdacht eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen diesen beiden Ereignissen außerordentlich nahe.

Doch darüber wird man sich ja noch ausführlicher zu unterhalten haben, wenn die Denkschrift selbst vorliegt und wenn der Reichstag sich aufs neue mit der Duala-Angelegenheit beschäftigt. Einstweilen sind von größerem Interesse die moralischen Betrachtungen, die die Kolonialverwaltung über das Verhalten der Schwarzen und über ihr eigenes Vorgehen anstellt. Sie erklärt, daß die Petition in der Hauptsache aus bewußten Unwahrheiten und haltlosen Verdächtigungen bestehe und fährt dann wörtlich fort:

Wenn die Eingeborenen in dieser groben Weise den Reichstag belügen, so erklärt sich dies aus den Charakteranlagen der schwarzen Rasse und darf nicht zu schwer aufgefaßt werden. Die Eingeborenen beabsichtigen damit, den wahren Grund ihrer Abneigung gegen die Enteignung zu verdecken, weil sie mit diesem nicht durchdringen können. Sie wollten nämlich, was ihnen durch die Enteignung unmöglich gemacht wird, mit ihren Grundstücken weiter spekulieren wie bisher. Mit jeder Million, die das Reich für die Verkehrsanlagen des Schutzgebietes und sonstige gemeinnützige Anlagen (Wasserleitung, Kanalisation usw.) aufwendet, steigt der Wert des Grund und Bodens in dem Verkehrsknotenpunkt Duala, ohne daß sie einen Finger zu rühren brauchen. Diesen durch die Arbeit der weißen Rasse geschaffenen Mehrwert wollten sie in ihre Tasche stecken und davon leben. Die Weißen sollen die Bienen sein, und sie wollten als Drohnen ein sorgenloses Dasein führen. Da sie mit diesem wahren Grunde beim Reichstage nicht durchdringen können, stellen sie erfundene Behauptungen auf, die auf das Mitleid berechnet sind, aber nur auf denjenigen Eindruck machen können, der die Eingeborenen und die Verhältnisse in den Schutzgebieten persönlich nicht kennt und daher die Behauptungen auf ihre Wahrheit nicht nachprüfen kann.

Also die niederträchtigen und verlogenen Duala wollen von der Enteignung nichts wissen, weil sie mit ihren Grundstücken weiter zu spekulieren gedenken. Ein Glück, daß eine solche verabscheuungswürdige Profitwut nur bei dem Dualastamm zu finden ist. Andere Leute, und besonders die Grundstücksbesitzer in dem zivilisierten Deutschland, dessen Kultur den Kamerunnegern erst im Laufe der Zeit und allmählich zugängig gemacht werden soll, kennen derartige eigennützige Hintergedanken natürlich nicht. Ihnen gegenüber aber braucht eine Enteignung ja auch deshalb nicht vorgenommen zu werden, weil in Deutschland bekanntlich nicht davon die Rede sein kann, daß der Wert des Grund und Bodens steigt, ohne daß sein Eigentümer einen Finger dafür zu rühren braucht. So merkwürdige ökonomische Erscheinungen kommen nur im dunkelsten Afrika vor. Dort und nur dort finden sich nicht die Elemente, die nach Drohnenart von der Tätigkeit anderer Leute leben und den durch deren Arbeit geschaffenen Mehrwert in die Tasche stecken.

Sollte es aber einmal wirklich dahin kommen, daß Deutschland in diesen längst überwundenen bejammernswerten Zustand kapitalistischer Unkultur zurückverfiele, so würde ohne Zweifel unsere Regierung kein Bedenken tragen, gegen die weißen Terrainspekulanten und Nutznießer des von anderen geschaffenen Mehrwerts ebenso energisch einzuschreiten wie jetzt gegen die Schwarzen, denn wir dürfen doch davon überzeugt sein, daß sich ihre Abneigung gegen das Drohnentum und ihre Entschlossenheit, die Arbeit gegen ihre Ausbeuter zu schützen, nicht auf den Bezirk der Duala beschränkt.

Politische Uebersicht.

Der Militäretat im Reichstag.

Ganz unerwartet wurde am Montag entschieden, daß am folgenden Tag der Militäretat verhandelt werden sollte. Man hatte bis dahin allgemein auf die Behandlung der auswärtigen Politik gewartet. Der Kriegsminister will aber, wie es heißt, die Genugtuung haben, seinem höchsten Herrn, der in einigen Tagen von Korfu heimkehrt, mitteilen zu können, daß sein Etat erledigt ist. Ganz ohne Hindernis wird es aber wahrscheinlich nicht abgehen. Wenigstens scheint darauf die Ablehnung der Wünsche des Militärkabinetts in der Budgetkommission hinzuweisen.

Als am Nachmittag die Plenarsitzung begann, ließ sich der Kriegsminister indessen von der Enttäuschung nichts merken, die ihm das Votum der Kommission einige Stunden zuvor gebracht hatte. Im Gegenteil, er stellte sich höchst befriedigt, als er in einigen einleitenden Bemerkungen von der Durchführung der vorherigen großen Wehrvorlage erzählte. Alles habe vorzüglich geklappt, mit der Verpflegung und Ausrüstung, mit dem Ersatz von Unteroffizieren und Offizieren, und, was eigentlich ängstlich stimmen könnte, auch mit der Deckung des Mannschaftsbedarfs, da noch 38.000 völlig taugliche Mannschaften nicht eingestellt werden mußten.

Genosse Schulz entwickelte in eingehender Betrachtung, die die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses fand, die gegnerische Stellung, die die Sozialdemokratie zu den militärischen Forderungen und zum ganzen Heeresetat einnimmt. Er begründete diese unerschütterliche Haltung nicht

etwa mit der Streichung einzelner Budgetposten oder einzelner Einrichtungen des Heeres, sondern mit dem ganzen System der Heeresorganisation, mit den Aufgaben, die der Klassenstaat der Armee zuweist und letzten Endes mit der politischen Wirksamkeit, die die Armeeverwaltung und ein großer Teil des politisierenden Offizierkorps gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterklasse ausübt. Für diese Kennzeichnung der heutigen Heeresverfassung und des Geistes, der die Armeeleitung erfüllt, brachte unser Redner ausgezeichnet präzise und überzeugende Beispiele bei. Er zeigte namentlich, wie innerhalb der militaristischen Kreise — vor allem im Heere selbst — der Uebermut durch den Ausgang der Zabern-Affäre gewachsen ist, und er klagte die Mehrheit des Reichstags an, durch ihr Verhalten diesen Uebermut gefördert zu haben. Der volks- und arbeiterfeindlichen Gesinnung des Militarismus stellte der sozialdemokratische Redner das Volk gegenüber und die großen Ideale, die im Volke leben: Steigerung der Kultur und Sicherung des Friedens. Die Herren Erzberger und Bassermann wetteiferten an militärfrommer Gesinnung. Und es machte in der Rede des Zentrumsführers nicht sonderlich viel aus, daß er gelegentlich auch ein Wort gegen die Militärmißhandlungen oder gegen die Ausschreitungen des Generals Keim fand. Herr Bassermann strengte sich besonders an, um ein nachträgliches Loblied auf die letzte Heeresvermehrung zu singen. Nachdem schließlich der Pole Dombek über schlechte Behandlung seiner Volksgenossen klagte, wurde die weitere Beratung auf morgen vertagt.

Ein Erfolg der Streikenden.

An der Berliner Handelshochschule ist der Friede noch nicht geschlossen worden. Das Dozentenkollegium verlangt die Anstellung der Hauptamtlichen Dozenten auf Lebenszeit und einen entscheidenden Einfluß auf die Berufung neuer Lehrkräfte. Die Aeltesten der Kaufmannschaft sind zwar der Ansicht, daß die Vorschläge der Dozenten eine geeignete Grundlage zu einer Verständigung bieten, erklären sich aber außerstande, zu dem Programm definitiv Stellung zu nehmen, solange der Streik an der Handelshochschule fortdauert. Im übrigen versichern sie, daß es nicht in ihrer Absicht gelegen habe, den Professor Jastrow zu verletzen.

Wahrscheinlich werden nun die Dozenten auf die Studierenden im Sinne einer Beendigung des Streikes einzuwirken suchen, da sich die Aeltesten ihren Forderungen ja grundsätzlich nicht widersetzen. Sie können ja auch mit dem Erfolg ihres entschlossenen Auftretens gegenüber dem Ältesten Kollegium recht zufrieden sein.

Unter Zentrums-Brüdern.

Graf Oppersdorff beleuchtet in seinem Blatte „Klarheit und Wahrheit" die Rolle, die das offizielle Zentrum in der Episode des gefälschten Kaiserbriefes gespielt hat:

„Die ganze Kaiserbrief-Geschichte ist ein Werk von Zentrumsleuten, und nicht von belanglosen, sondern von Abgeordneten und Redakteuren, von Parteimitgliedern also, die ins Weite zu wirken berufen sind. Und wenn die „Kölnische Volkszeitung", um die ganze Kläglichkeit ihres Verhaltens in dieser Angelegenheit zu krönen, von einer „gehässigen Kampfesart der zentrumsfeindlichen Presse" und von „Verlogenheit" (im Sperrdruck) zu reden sich erdreistet, so lügt sie, schlicht und einfach, mit demselben Talent unbestreitbare Tatsachen aus der Welt, mit dem Herr Geheimrat Porsch ebenso unbestreitbare Tatsachen aus dem Gedächtnis verlor. Oder will die „Köln. Volksztg.", ganz abgesehen von ihrem eigenen Verhalten, vielleicht behaupten, daß der „Bayerische Kurier", der „Badische Beobachter" (des Zähringer Löwen), die „Augsburger Postzeitung" (mit dem gleichgerichteten Angriff gegen die Kaiserin!), die Korrespondenz des in allen Sätteln gerichteten Zentrumsführers Erzberger, die „Allgemeine Rundschau", die „Trierer Landeszeitung", der „Deutsche Volksfreund" e tutti quanti mit dem Zentrum nichts zu tun haben, keine führenden Zentrumsblätter sind? Dann entschuldigt vielmals, ehrliche Herren! . . . .

Und nun zum Schluß noch eine Frage: Wer stört den konfessionellen Frieden? Der (unterstellt einmal alles als wahr, was in Wahrheit sich als gefälscht erwies), der einen solchen Privatbrief schrieb, oder der, der ihn als die Ueberzeugung des obersten Vertrauensmannes der Nation in die Oeffentlichkeit zerrt? Die Frage wäre einer Antwort wert. Und wenn sie auch nur auf drei Minuten sich einmal zu einem ehrlichen Bekenntnis entschlössen, könnten sie die Herren Kölner sogar selbst finden."

Man kann es verstehen, wenn die so Gezeichneten den Grafen Oppersdorff einen „Quertreiber" nennen.

Eine Berichtigung, die keine ist.

Der Staatssekretär Delbrück hält es für zweckmäßig, an der zuerst verbreiteten Fassung seiner Hamburger Rede eine kleine Aenderung vorzunehmen. Das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau versichert nämlich, daß bei der telephonischen Uebermittelung der Ansprache Ungenauigkeiten unterlaufen seien und wünscht, daß die viel besprochene Stelle so gelesen werden soll:

Sie werden mir darin zustimmen, daß es zuweilen den Anschein hat, als wenn man sich der Erfolge und der Entwicklung unseres Vaterlandes nirgends so wenig bewußt ist als im Reichstag. Es ist ja selbstverständlich nicht der Fall, aber es kann doch so scheinen.

Der letzte Satz ist eine nachträgliche Ergänzung. Aber auch wenn er wirklich gesprochen worden ist, ändert er an dem Sinn der Worte des Staatssekretärs nichts. Es bleibt schon dabei, daß Dr. Delbrück sich einer im vorliegenden Falle doppelt ungehörigen Kritik am deutschen Reichstage schuldig gemacht hat.

Die bürgerlichen Freunde der Handlungsgehilfen.

Das Konkurrenzklauselgesetz ist unter Dach und Fach. Aber die Freude an der Errungenschaft wird in den Kreisen der beteiligten Handlungsgehilfen recht gering sein, denn die bürgerlichen Parteien haben sich auf Schritt und Tritt den Wünschen der Regierung gefügt und mit der berühmten Motivierung, es müsse doch irgend etwas zustande kommen, wieder einmal ihre bessere Ueberzeugung geopfert.

Die Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung setzte die Mindestgehaltsgrenze, bei der das Wettbewerbverbot beginnen könne, auf 1800 Mark fest, im Plenum aber stimmten für den Kommissionsantrag nur noch die Sozialdemokraten und die Polen, nachdem zuvor ein sozialdemokratischer Antrag auf Fixierung der Gehaltsgrenze auf 2000 Mark selbstverständlich abgelehnt worden war. Man ging der Forderung der Regierung entsprechend auf 1500 Mark herunter, was praktisch bedeutet, daß in der Hauptsache nur die Jugendlichen von den Gefahren der Konkurrenzklausel befreit sind.

Der zweite Umfall vollzog sich beim § 75c. Die Kommission hatte in zweiter Lesung beschlossen, daß der Prinzipal im Falle der Nichterfüllung der in der Vereinbarung übernommenen Verpflichtung, wenn die Zahlung einer Konventionalstrafe versprochen sei, nur die verwirkte Strafe verlangen könne. Der Anspruch auf Erfüllung oder Ersatz eines weiteren Schadens sollte ausgeschlossen sein. Im Plenum stimmten für diese Fassung nur noch die Sozialdemokraten. Die bürgerlichen Parteien trugen dem „Unannehmbar" der Regierung Rechnung und sprachen dem Prinzipal für den Fall der Nichterfüllung der Verpflichtungen die Ansprüche nach § 340 des B.-G.-B. zu, d. h. die Möglichkeit, statt der Strafe die Erfüllung des Vertrages zu verlangen. Ein Handlungsgehilfe, der dem Wettbewerbverbot zuwider eine Stellung in einem Konkurrenzbetriebe angetreten hat, kann also genötigt werden, diese Stellung aufzugeben.

Die Sozialdemokratie hatte versucht, wenigstens die Androhung und Verhängung von Freiheitsstrafen aus Ansprüchen auf Erfüllung des Vertrages unmöglich zu machen. Aber auch hierfür waren die bürgerlichen Parteien nicht zu haben, da die Regierung auch diesen Antrag für unannehmbar erklärte. In der namentlichen Abstimmung, die am Dienstag vorgenommen wurde, beschloß man mit 215 gegen 99 sozialdemokratische Stimmen, daß die Handlungsgehilfen nach wie vor auch durch Freiheitsstrafen gezwungen werden können, eine günstigere Stellung im Interesse des früheren Arbeitgebers zu verlassen.

In der Verhandlung im Reichstage ist viel über die parteipolitische Stellung der Handlungsgehilfen geredet worden. Dabei hat der nationalliberale Abgeordnete Marquart einer der führenden Männer des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes, der diesen Kollegen stolz seinen Bismarck nennt, die feierliche Erklärung abgegeben, daß der deutsche Handlungsgehilfenstand fest auf nationalem Boden stehe und auf ihm auch bleiben werde. „Man wird uns", so schloß er, „mit Pathos durch nichts von der bürgerlichen Gesellschaft trennen."

Dieser Eidschwur ist ein schönes Zeugnis für die Bescheidenheit und Anschmiegsamkeit des Herrn Marquart und seiner engeren Gefolgschaft. Tretet uns mit Füßen, wir bleiben doch in Treue vor eurer Türe liegen! Ob allerdings der Leipziger Bismarck ein Recht hatte, im Namen der deutschen Handlungsgehilfen zu reden, möchten wir stark bezweifeln, und wir geben uns der sicheren Erwartung hin, daß das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei dem Konkurrenzklauselgesetz sehr stark dazu beitragen wird, den Angehörigen dieser Schicht, die sich bisher allerdings durch eine ganz besondere Kurzsichtigkeit in den politischen und ökonomischen Dingen ausgezeichnet hat, die Augen zu öffnen.

Der Neubau des Militärkabinetts in der Budgetkommission abgelehnt. In der Budgetkommission des Reichstages wird heute bei der Beratung des Militäretats die Forderung für den Neubau des Militärkabinetts in der Viktoriastraße nach längerer Aussprache gegen sechs Stimmen der Konservativen und der Hälfte der Nationalliberalen abgelehnt.

Die bayerische Regierung und die Arbeitslosenversicherung. Die bayerische Staatsregierung hat nach Ablehnung der Arbeitslosenversicherungsvorlage im Reichsrat beschlossen, in der Zweiten Kammer, an die die abgeänderte Vorlage von der Reichsratskammer zurückgeht, eine Ministerialerklärung abzugeben, wonach sie an der staatlichen Förderung der Arbeitslosenversicherung in Bayern unvermindert festhält und für alle Fälle die Wiedereinbringung der Etatsforderung sich im Interesse der Bekämpfung der Arbeitsnot vorbehält.

Die Löwensteine. In unseren Ausführungen über die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung im bayerischen Reichsrat ist berichtigend zu bemerken, daß es nicht der Zentrumsabgeordnete Fürst Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, sondern der Fürst Löwenstein-Wertheim-Freudenberg war, der den Ausführungen des Erzbischofs von Bamberg entgegentrat und gegen die Regierungsvorlage stimmte. An der Tatsache, daß die Blüte des katholischen Hochadels die Vorlage zur Arbeitslosenversicherung zu Fall brachte und an den naheliegenden politischen Folgerungen, die sich daraus ergeben, wird dadurch natürlich nicht das geringste geändert.

Kommunale Wöchnerinnen-Fürsorge. In Dresden ist eine städtische Zentralstelle für eheliche und uneheliche Schwangere und Wöchnerinnen eingerichtet worden. Die Zentralstelle, die dem städtischen Fürsorgeamt angegliedert wurde, erteilt kostenlos in allen Fragen Auskunft und vermittelt die erforderliche private oder öffentliche Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen. Die Zentralstelle untersteht der Leitung eines weiblichen Beamten.

Der Kampf gegen die polnischen Berufsvereine. Dem Vernehmen nach hat das Ministerium des Innern die nachgeordneten Behörden kürzlich auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ausdrücklich hingewiesen, nach der die polnischen Berufsvereine zu den politischen Vereinen zu zählen sind. Das Oberverwaltungsgericht hat seinen Standpunkt mit der Tatsache begründet, daß polnische Berufsvereine wiederholt die Einwirkung auf politische Angelegenheiten versucht haben.

Die freien und die polnischen Gewerkschaften sind politisch, die gelben und christlichen natürlich nicht. Gleiches Recht für alle!

Aus dem badischen Landtag. Bei der Beratung des Schuletats in der zweiten Kammer unternahm am Dienstag Genosse Kolb einen heftigen Vorstoß gegen den Kultusminister und gegen die Nationalliberalen, die mit der reaktionären Haltung des Ministers einverstanden sind. Genosse Kolb kündigte das Großblockverhältnis, weil die Nationalliberalen in Fragen des Kultus vollständig versagen und proklamierte schärfsten Kampf der Sozialdemokraten gegen den Minister und dessen Verbündete, das Zentrum, Konservative und Nationalliberale.

Zigaretten-Monopol. Der Verband deutscher Zigarettenfabrikanten hat an Reichstag und Bundesrat Eingaben gerichtet, in denen die Einführung des Zigaretten-Monopols verlangt wird. Die Kosten der Ablösung der bestehenden Betriebe werden auf 215 Millionen Mark berechnet. Die sonst noch entstehenden Kosten auf 125 Millionen, so daß die Monopolanstalt eine Schuldenlast von 340 Millionen Mark mit 20½ Millionen Mark pro Jahr zu verzinsen hätte. Die Einnahme wird auf 161 Millionen Mark berechnet gegenüber 76 Millionen Mark, die das Reich im laufenden Jahr an Zoll und Steuer für Zigaretten

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

169] (Nachdruck verboten.)

Er nahm einen Brief aus der Tasche — er hatte denselben heute Nacht, als er von Philipps Gesellschaft nach Hause kam, vorgefunden und ihn erst in dem Wartesaal des Bahnhofes zu lesen Zeit gehabt — und schrieb mit einer Hand, die wie ein Pfeil über das Papier flog:

„Mit vom Schatten des Todes halb verdunkelten Augen und sterbenskalten Händen dieses: Antonio Michele ist Ihr Sohn. Eine steinalte Frau in Arsoli, die sich während der siebenundzwanzig Jahre, seitdem sie plötzlich in dem Ort erschienen, Antonia Falcone nannte, in Wirklichkeit aber Barbara Secutti hieß und die Mutter jenes Lazzaro war, welcher damals Ihr Kind von Paestum entführte, hat es mir gestern in der heiligen Beichte auf dem Totenbette bekannt. Sie ist von der Mutter Michele, dem Hengstchen zahm, in einsamer Waldschlucht in den Bergen über Tivoli aufgefunden worden, an ihrer Seite das geraubte Kind, das ebenfalls im Verschmachten war, während der verwundete Lazzaro eine Stunde vorher auf der Flucht seine schuldbeladene Seele ausgeheucht. Die Michele hat sich der Unglücklichen erbarmt; die beiden Frauen haben auf die Hostie geschworen, die eine: nie zu sagen, daß sie das Kind von der Barbara habe, die andere, daß sie es der Michele gegeben, damit die Barbara unbehelligt von der Polizei ihren Lebensfaden zu Ende spinne und der Vater Michele nicht weiter nach den Eltern des Kindes forsche, welches die Frau im Gebirge — ausgesetzt, wie Moses an des Nils Ufern, von einem armen Mädchen, das sie wohl kenne, dessen Namen sie aber nicht nennen würde — gefunden zu haben behauptete und — sie heute selbst wie Sünder gebeichtet, so sehr sie sich nach solchen gesehnt — um keinen Preis wieder verlieren wollte. Sie hat das Geheimnis mit in's Grab genommen; auch Barbara Secutti ist nicht mehr; und Sie, teurer Herr, erhalten das Vermächtnis einer nun Gestorbenen von einem Sterbenden. Gottes Wege sind wunderbar! Preisen wir seine Gnade! Amen! — Ambrosio."

„Teurer Herr!

In Wahrheit von einem Sterbenden! Heute Nacht ist der gute Pater Ambrosio — kaum zurückgekehrt von seinen Samariterwegen — eingegangen, hoffen wir: in die ewige Seligkeit, da er bei ihm, der schon auf Erden heilig war, einer Läuterung nicht bedarf. Ich sende Ihnen sein Vermächtnis; tragen Sie keinem einen wieder den Dank ab für die Heilverkündigung, welche die Gnade Gottes durch unseren nun bei ihm weilenden lieben Pater hat zuteil werden lassen.

Der Prior des Klosters S. Michele bei Tivoli.
Eugenio."

Giraldi hatte eben das letzte Wort geschrieben, als die Tür aufflog. Er war Francois; er trug einen Regenmantel, unter welchem ein Paar Reiterstiefeln hervorsahen, und rief noch im Hereintreten:

„Wahrhaftig, Monsieur, ich schäme mich, auch nur einen Augenblick an den Stern eines solchen Mannes nicht geglaubt zu haben! Wie ich auf den Hof komme, sprengt der Jockey des Herrn Grafen herein; man hat ihn zurückgeschickt, ein Taschentuch zu holen, das Mademoiselle vergessen! Wenn es noch ein Regenschirm gewesen wäre! Die Wahrheit, Monsieur, man hat den Menschen los sein wollen; wir werden vor morgen früh von den Beiden nicht wieder hören — glauben Sie einem, der das Genre kennt! Ich habe das dem Menschen so ungefähr begreiflich gemacht, und er will mir sein Pferd geben — er sagt, kein Teufel solle ihn noch einmal in das Wetter hinausbringen."

„Wir bleiben beieinander, Francois," sagte Giraldi, dem frechen Burschen die Hand auf die Schulter legend, und nun — schonen Sie das Pferd nicht!"

„Verlassen sich Monsieur auf mich!" erwiderte Francois, den Brief einstecken. „A revoir, Monsieur!"

Francois war davongeeilt; Giraldi trat in den weit vorspringenden Erker des Saales, dessen Fenster auf den Hof gingen, um zu sehen, wie Francois unten das schöne Tier, welches der Jockey am Zaum hielt, bestieg und, mit der Hand nach dem Fenster hinauf winkend, zum Hof hinaussprengte.

Er ging an den Tisch und brach ein Stück von dem Weißbrod, zu welchem er das Glas Wein, welches Francois eingeschenkt, ausschlürfte. Dann fing er an, langsam, die Hände über der Brust verschränkt, in dem großen Gemach auf und nieder zu schreiten.

Wie hatte er sich nur vorhin so von seiner Leidenschaft hinreißen lassen können! Was in der Welt war denn geschehen, worauf er nicht hätte gefaßt sein müssen, worauf er nicht schon seit langem gefaßt gewesen? Das Wetter trug die Schuld, wenn seine Nerven ein wenig derangiert waren — ein Wetter, nur für nordische Barbaren und mit den Barbaren im Bunde! Ein feindlicher Dämon war es zweifellos, der das kleine Dampfboot, welches ihn von Sundin nach der Insel hinüberbringen sollte, in der Dämmerung des Morgens gegen ein ruderlos treibendes Wrack laufen ließ und so zur Umkehr zwang; ein feindlicher Dämon, der den plumpen Schiffern verbot, sein Gold zu nehmen und die Ueberfahrt in offenem Fahrzeug zu wagen, bis denn endlich mittags um halb zwölf der Dampfer ausgebessert war und dann doch noch eine Stunde brauchte, die halbe Strecke zurückzulegen! Dämon gegen Dämon! Gregorio Giraldi war der stärkere! Wenn das Telegramm wirklich den General rechtzeitig in Berlin erreicht, wenn er mit dem Elf-Uhr-Zuge von Berlin abgegangen — er konnte vor drei Uhr nicht in Sundin, vor sechs Uhr nicht in Warnow sein! Eine Stunde! In einer Stunde waren Königreiche gewonnen und verloren worden, und lag ja alles, alles sonst für ihn: Ottomar, in dem Netz, das er ihm über den Kopf geworfen, unrettbar verstrickt, voraussichtlich bereits in tödlicher Fehde mit Wallbach, dessen leichtsinnige Schwester nun die Geliebte, nach allem Anschein die Buhle des Grafen war! Die stolze Else die verlobte Braut des niederen Mannes, ihre Liebe mit ihrem Erbe bezahlend! Die Bahn frei von allen Hindernissen, und am Ende derselben der reiche Schatz, das stolze Vermögen, das Valerien jetzt von Rechtswegen zukam und das sie ihrem leiblichen Sohne, dem Wiedergefundenen, von den Toten Auferstandenen, das heißt: ihm selbst frei hinterlassen durfte! Konnte sie da wählen? Blieb ihr nur eine Wahl? Mußte sie sich nicht fügen, sie mochte wollen oder nicht? Und, wenn sie wankte, — eine Minute nur allein mit ihm! — hier in diesem Raum, in welchem sie so oft in der Phantasie mit ihm geweilt, den sie ihm so genau geschildert, daß er jedes Möbel, jedes Bild an der Wand kannte — dieses zuerst — das Bild des Mannes, aus dessen Armen er sie hohnlachend gerissen, damit dermaleinst sein Bild hier hänge — des neuen Herrn, der diesen barbarischen Bau niederreißen würde, ein neues Schloß zu bauen — dem neuen Herrn!

Er stand vor dem Bilde, mit hämischem Lächeln zu ihm aufschauend.

„Du warst der letzte deines Stammes, Mann mit der engen Stirn und dem breiten Ordensbande über der leeren Brust! Und jetzt moderst Du in der Gruft Deiner Ahnen! Und er, dem du im Leben nicht bis an die Knie reichtest, steht lebend hier in seiner ungeschwächten Kraft, der Bauernsohn, der jetzt der Stammvater werden wird eines Geschlechtes von Fürsten, für die selbst der Stuhl des heiligen Petrus nicht zu hoch sein soll!"

Ein Stoß, wie von einem Erdbeben, schütterte durch das Schloß. Die Fensterscheiben klirrten, Türen flogen auf und krachend wieder zu. Das Bild, zu dem er emporschaute und das ein Menschenalter an seinem rostigen Nagel gehangen, schwankte und stürzte herab, daß der morsche Rahmen auseinander brach, das Bild selbst, nachdem es einen Moment aufrecht gestanden, vornüber niederklappte, ihm vor die Füße.

Er war zurückgesprungen.

„Regst Du Dich noch, verfluchter Staub? In die Hölle mit Dir zu seiner verfluchten Seele!"

Und wie zur Antwort auf des Meisters Stimme aus dem Abgrund der Hölle, die er gerufen, heulte und gellte es um Warnow-Schloß.

(Fortsetzung folgt.)

einnahme. Menschenfreundlich fügt die Denkschrift hinzu, daß die Monopoleinnahme um 25—30 Mill. erhöht werden könnte, wenn der Preis der billigsten Zigarette auf 2 Pfennig heraufgesetzt würde.

„Straßburger Neue Zeitung" gegen „Deutsche Tageszeitung". Am 5. Mai kam die Zivilklage der „Straßburger Neuen Zeitung" gegen die „Deutsche Tageszeitung" in Berlin vor der Zivilkammer in Straßburg zur Verhandlung. Die „Straßburger Neue Zeitung" hat die „Deutsche Tageszeitung" wegen Kreditschädigung verklagt, weil ihr die „Deutsche Tageszeitung" Deutschfeindlichkeit vorgeworfen hatte und von ihrem Direktor, dem Dialektschriftsteller Gustav Stoskopf behauptete, daß ihm jedes deutschnationale Empfinden fremd sei. Der Vertreter der beklagten Zeitung, Rechtsanwalt Hertzer, der als Führer des Bundes der Landwirte in Elsaß-Lothringen bekannt ist, lehnte einen Richter wegen Befangenheit ab, weil dieser mit den Herren der „Straßburger Neuen Zeitung" befreundet wäre. Nach längerer Beratung wurde die Verhandlung auf den 19. Mai vertagt.

Reichstagsabgeordneter Dr. Semler schwer krank. Der Gesundheitszustand des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Semler, der schon seit längerer Zeit erkrankt war, hat sich in den letzten Tagen derart verschlechtert, daß das Schlimmste zu befürchten ist. Dr. Semler ist Vertreter des ostfriesischen Wahlkreises Aurich-Wittmund.

Die Rentabilität der Bau- und Terraingesellschaften. Unter der Einwirkung der Baukrise der Jahre 1912 und 1913 ist naturgemäß auch die Rentabilität der Bau- und Terraingesellschaften etwas zurückgegangen. Die Dividendenergebnisse verschlechterten sich im letzten Geschäftsjahr durchschnittlich um 1,1 Prozent. Die eigentlichen Baugesellschaften sind bisher von der Krise nur relativ wenig, die Terraingesellschaften hingegen ziemlich stark berührt worden. Nachstehende Tabelle spiegelt die Bewegung des Reingewinnüberschusses für Bau- und Terraingesellschaften zusammen:

Veröffentl.	Ges.	Geschäftsjahr	Akt.-Kap. in 1000 Mark	Reingewinn-Ueberschuß in Mark	in Proz.
1910	270	1908/09	487 775	32 977	6,8
		1909/10	489 018	31 281	6,4
1911	287	1909/10	517 125	28 866	4,6
		1910/11	515 460	28 278	5,5
1912	309	1910/11	551 263	41 651	7,5
		1911/12	557 677	27 383	4,9
1913	328	1911/12	558 190	28 664	5,1
		1912/13	562 490	14 795	2,6

Der Reingewinnüberschuß ist in den letzten beiden Geschäftsjahren durchschnittlich um 2,6 Prozent pro Jahr zurückgegangen.

Ausland.

Der Konflikt zwischen Amerika und Mexiko.

Die Spannung an der Front der amerikanischen Truppen in Veracruz ist so bedenklich, daß General Fusten Geschütze von den Schiffen landen ließ. Der mexikanische Befehlshaber, General Maaß, soll in den letzten Tagen bedeutenden Zuzug erhalten haben; indessen wird in Washington mit dem dort üblichen Optimismus versichert, alles gehe glatt, und einer Meldung, daß der amerikanische Konsul Silliman in San Luis Potosi gefangen gehalten und jeden Abend mit der Füsilierung am nächsten Morgen bedroht werde, wird nicht viel Gewicht beigelegt. „Tribune" und „World" berichten, in Kongreßkreisen herrsche jetzt allgemein Pessimismus über den Ausgang des Vermittelungsversuchs. Carranza scheint nunmehr aus den Friedensverhandlungen völlig ausgeschaltet zu sein, denn die Vermittler ließen ihm mitteilen, falls er keine Verpflichtungen für eine Waffenruhe eingehen wolle, werde mit ihm nicht mehr verhandelt. Zapata, der seit Jahren den Staat Morelos in der Nähe der Hauptstadt Mexiko unsicher macht, soll nach hier vorliegenden Meldungen verkündet haben, er werde heute die Stadt Mexiko angreifen und über Huerta das Todesurteil aussprechen. Das klingt nicht sehr wahrscheinlich. Bisher hieß es, er habe auf den amerikanischen Angriff hin seinen Frieden mit Huerta gemacht. Die Rebellen der Nordstaaten haben mit ihrer Vorhut den Angriff auf Saltillo begonnen, wurden aber zurückgeworfen.

Mexiko, 5. Mai. Nach amtlichen Feststellungen sind die Gerüchte von der Ermordung der deutschen Frau Beckmeyer unbegründet. Ebensowenig trifft die Meldung zu, daß ein junger Deutscher vom Mob totgeprügelt worden sei.

Stürmische Szenen in der Duma.

Die bürgerlichen Telegraphen-Bureaus berichten aus Petersburg:

Die russische Reichsduma verhandelte am Montag über die Zweckmäßigkeit des Antrages, betreffend die Reformen der Semstwostatuten von 1890, im Sinne der Erweiterung der Unabhängigkeit der Semstwos.

Der Vertreter der Regierung widersetzte sich einem solchen Antrage, in dem er nur Dezentralisationsbestrebungen sah, und erklärte, die Regierung müsse sich das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Semstwos vorbehalten. Ein Reformantrag zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes wurde der Kommission überwiesen. Die Duma verhandelte ferner über den Antrag der Abgeordneten Efremoff, Miljukoff und Tschheidze, die Sitzung vom Donnerstag der Beratung des Gesetzentwurfes über die parlamentarische Redefreiheit vorzubehalten, der gegenwärtig von der Gerichtskommission der Duma beraten wird, und diese Kommission zu beauftragen, am Donnerstag Bericht zu erstatten. Gleichzeitig wurde damit der Antrag der Abgg. Miljukoff, Kerensky und Tschheidze beraten, nicht eher in die Budgetberatung einzutreten, bis der erwähnte Entwurf Gesetzeskraft erlangt habe.

Beide Anträge wurden abgelehnt, der erste mit 157 gegen 99 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen, der zweite mit 164 gegen 82 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen. Als die Abstimmung verkündet wurde, verließen die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe den Saal. Das Haus ging dann zur Beratung des Budgets über. Der Sitzung wohnten in der Ministerloge der Präsident des Ministerrats und die Minister bei.

Als nach dem Bericht Rittichewskis, des Berichterstatters der Budgetkommission, der Präsident des Ministerrats Goremykin die Tribüne betrat, lärmten und schrien die Abgeordneten der äußersten Linken: Es ist genug!

Wir werden ihn nicht sprechen lassen!

Es wurde auch mit den Pultdeckeln geklopft. Die Mahnungen des Präsidenten waren fruchtlos, der Lärm hielt an. Nunmehr beantragte der Präsident die Anwendung des höchsten Strafmaßes, das heißt den Ausschluß der acht Schuldigen von den Sozialdemokraten und der Arbeitsgruppe für 15 Sitzungen. Jeder der betroffenen Abgeordneten gab von der Tribüne Erklärungen ab, wobei den Abgeordneten Skobelew und Tschenkeli das Wort entzogen wurde. Tschenkeli blieb noch auf der Tribüne und erklärte dann von seinem Platze aus, er werde den Saal nicht verlassen.

Der Präsident ordnete an, ihn zu entfernen.

Als der Abgeordnete der Aufforderung des Ordnungsbeamten nicht folgte, erklärte der Präsident, er unterbreche aus Achtung vor der Würde der Duma die Sitzung und bitte Tschenkeli, den Saal zu verlassen. Alle verließen den Saal, nur Tschenkeli nicht.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung weigerte sich der auf Grund der Abstimmung des Hauses ausgeschlossene Sozialist Tschenkeli wiederum, der Aufforderung zum Verlassen des Hauses Folge zu leisten, worauf der Präsident die Sitzung unterbrach und durch den Quästor

die Wache holen ließ,

bei deren Erscheinen Tschenkeli den Platz mit der Erklärung räumte, daß er der Gewalt weiche. Sodann wurden nach persönlichen Auseinandersetzungen noch drei Sozialisten für 15 Sitzungen ausgeschlossen. Zwei von ihnen wurden durch Soldaten entfernt. Die Linke fuhr fort zu lärmen, sodaß der zweimalige Versuch des Ministerpräsidenten Goremykin, das Wort zu ergreifen, erfolglos blieb. Der Präsident der Duma schlug vor, zwei weitere Gruppen von Abgeordneten der äußersten Linken von 15 Sitzungen auszuschließen. Dieser Antrag wurde angenommen, so daß insgesamt die Ausschließung von 16 Abgeordneten erfolgte. Die ausgeschlossenen Abgeordneten verließen den Saal bei erneutem Erscheinen der Wache, und endlich konnte der Ministerpräsident die Tribüne betreten.

Er hielt eine kurze Rede, in der er die Duma begrüßte und sie bat, diese Begrüßung mit dem gleichen Wohlwollen entgegenzunehmen, mit dem er die durch die Duma an ihn gerichtete Begrüßung entgegengenommen habe. (Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

Das Verständnis für diese Vorkommnisse kann man erst gewinnen, wenn man weiß, daß neuerdings Abgeordnete, besonders Sozialisten, wegen der in der Duma gehaltenen Reden von den russischen Gerichtsschurken zur Verantwortung gezogen und bestraft wurden.

Dazu wird unterm 5. Mai aus Petersburg gemeldet: „Die Verfolgung des Duma-Abgeordneten Genossen Tscheidse hat begonnen. Das erste Departement des Reichsrats beschloß, von Tscheidse eine Erklärung über seine umstürzlerische Rede einzufordern. Tscheidse ist dagegen entschlossen, keine Erklärung abzugeben. Der Justizminister wünscht in dieser Angelegenheit eine juristische Erläuterung zu geben, wurde aber vom Departement zurückgewiesen.

Die Maifeier in England.

Die Londoner Arbeiter feierten am 1. Mai in größerer Zahl als seit vielen Jahren. Imposante Prozessionen bewegten sich von allen Teilen der Metropole nach dem Hyde-Park zu, wo sich schon eine große Menge eingefunden hatte. Im Zuge sah man die Banner fast aller gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen Londons. Insbesondere die Beteiligung der Gewerkschaften war ungewöhnlich groß. Die ausgesperrten Bauarbeiter lieferten ein sehr großes Kontingent, und die Aufschriften ihrer Banner, ihre immer wieder laut werdenden Kampfesrufe, sowie ihr ganzes Betragen bei der Demonstration ließen keinen Zweifel an ihrer siegesfrohen Kampfesstimmung aufkommen. Wie immer, so war auch diesmal der klang- und farbenfrohe Zug der sozialistischen Sonntagsschulkinder eine der eindruckvollsten Merkmale der Maifeier! auch die strammen Knaben- und Mädchentruppen der sozialistischen Bürgergarde, die als Gegenstück der patriotischen Scouts gegründet wurden, machten einen guten Eindruck. Eine eigenartige Belustigung hatten die Seeleute, die von den Docks des äußersten Ostens von London hereinmarschiert kamen, den Demonstranten und dem Publikum beschert. In ihrem Zuge befand sich ein Wagen mit 12 langbezopften Chinesen in ihrer Nationalkleidung. Wenigstens hatte das Londoner Publikum, das für nationale Typen jeglicher Art ein geübtes Auge hat, nicht geringe Schwierigkeit, sie nicht für Chinesen zu halten. In dieser scherzhaften Weise wollten die Seeleute gegen die zunehmende Verwendung von asiatischen Lohndrückern durch die englischen Reeder protestieren. Aber diesen Scherz hätten sich die Seeleute just am 1. Mai wohl besser sparen können.

Im Park wurde von zehn Tribünen herab gesprochen, wovon eine den ausländischen Arbeitergruppen aller Sprachen reserviert war. Eine umfangreiche Resolution, in der verschiedene Arbeiterforderungen aufgestellt und für internationale Arbeitersolidarität und gegen Militarismus und Kriegshetze demonstriert wurde, fand begeisterte Annahme.

In Südwales feierten die Bergarbeiter den 1. Mai wieder durch weitgehendste Arbeitsruhe. Im Kohlenrevier wurden zahlreiche Demonstrationen und Festlichkeiten veranstaltet, an denen u. a. die Abgeordneten Brace und Keir Hardie sprachen.

Abschaffung der Ochrana. Im russischen Ministerium des Innern wird an dem Projekt der Abschaffung der Ochrana (politischen Geheimpolizei) gearbeitet. Sie hat sich wegen ihrer beispiellosen Korruption als politische Polizei nicht bewährt, sondern war eher schon als eine Organisation von Erpressern anzusehen. Die Tätigkeit der Ochrana wird die Gendarmerie übernehmen.

* * *

Das Frauenstimmrecht im englischen Oberhause. Bei der zweiten Lesung der Frauenstimmrechtsvorlage im Hause der Lords, in der das Wahlrecht zum Parlament für diejenigen Frauen gefordert wird, die das Gemeindewahlrecht schon besitzen, trat Earl Selbourne als Verteidiger der Vorlage auf. Er wies die Idee zurück, die Frauen würden gegen die Männer stimmen, versäumte aber nicht, gegen die Messer- und Peitschenmethode dringend zu warnen. Lord Curzen hat die Bill abzulehnen, weil sie gegen die tieferen Interessen der Frau gerichtet sei. Lord Chanceller dagegen glaubte soziale Fragen erst lösbar, wenn die Frauen das Stimmrecht besitzen und selbst Bishop-London erklärte die Bill als einen Ausdruck einfacher Gerechtigkeit, da die Frau die gleichen Steuern zahlt und demselben Gesetz unterworfen ist.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverträge in Deutschland.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht eine vollständige Bestandsstatistik der Arbeitstarifverträge in Deutschland. In dem Werke wird ein vollständiges Bild der tariflich geregelten Arbeitbedingungen in Deutschland gegeben. Die wachsende Bedeutung der Tarifverträge für unser wirtschaftliches Leben wird aus der Feststellung ersichtlich, daß sich in den letzten 6 Jahren die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Personen mehr als verdoppelt hat, mit dem Ergebnisse, daß Ende 1912 10.739 Tarifgemeinschaften in 151.930 Betrieben für 1.774.285 beschäftigte Personen galten. Die Tarifgemeinschaften sind in Betriebe der Groß- eingedrungen, in kleine und handwerksmäßige, in mittlere und große. In den einzelnen Gewerbegruppen aber ist die Verbreitung der Tarifverträge sehr verschieden; während das polygraphische Gewerbe (Buchdruck usw.) sehr stark von Tarifverträgen erfaßt ist, so daß etwa zwei Drittel aller Arbeiter dort von Tarifverträgen erfaßt werden, und auch im Bekleidungsgewerbe und Baugewerbe die Arbeitsverhältnisse zum großen Teil durch Tarifverträge geregelt werden, sind letztere in der Textilindustrie und in der chemischen Industrie nur wenig verbreitet. Der Bergbau in Deutschland hat überhaupt keine Tarifverträge, während in Großbritannien — wie aus einer internationalen Vergleichstabelle der Statistik hervorgeht — gerade im Bergbau die Tarifverträge außerordentlich stark verbreitet sind.

Bei dem Abschluß der Tarifverträge in Deutschland sind die Arbeitnehmerverbände fast ausnahmslos beteiligt. Mehr als die Hälfte aller tariflich gebundenen Personen sind in ihnen organisiert. Auf der Arbeitgeberseite dagegen schließen in der Mehrzahl der Fälle nicht die Arbeitgeberverbände, sondern einzelne Firmen die Verträge ab. Auch eine nicht geringe Zahl von Innungen ist an den Verträgen beteiligt. In einem Anhang sind die von den Innungen abgeschlossenen, wie überhaupt die für das Handwerk gültigen Tarifverträge besonders bearbeitet.

Von den in Tarifverträgen festgelegten Arbeitsbedingungen sind Arbeitszeit und Arbeitslohn am wichtigsten. Aus der Statistik geht hervor, daß die Mehrzahl der Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von mehr als neun bis zehn Stunden, oder eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 58 bis 60 Stunden die Regel bildet. Was den Arbeitslohn angeht, so gelten die Tarifgemeinschaften, die einen niedrigsten Stundenlohn für gelernte Arbeiter von mehr als 45 Pfennig angeben, für die Mehrzahl der Arbeiter. Anderseits findet sich dagegen ein niedrigster Stundenlohn von 45 Pfennig und darunter in den Tarifgemeinschaften, die die überwiegende Mehrzahl aller Arbeiter umfassen. Die Tarifverträge mit der Mehrzahl aller Arbeiter enthalten einen niedrigsten Wochenlohn männlicher gelernter Arbeiter von mehr als 25 bis 30 Mark, während sie anderseits für ungelernte männliche Arbeiter einen niedrigsten Wochenlohn von 25 Mark und darunter enthalten.

Außer diesen allgemeinen Feststellungen über den Arbeitslohn enthält die Tarifstatistik eine besonders eingehende tabellarische Darstellung der Lohnsätze in den einzelnen Berufsarten an den verschiedenen Orten und Bezirken des Reichs, die eine geeignete Unterlage für vergleichende Lohnbetrachtungen bildet. So sind denn auch in einer besonderen Tabelle der amtlichen Veröffentlichung die Lohnsätze für eine Reihe der wichtigeren Berufsarten und die ortsüblichen Tagelöhne in ausgewählten Bezirken mit den in Berlin herrschenden Lohnsätzen verglichen worden.

Stadt und Provinz.

Die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen ist infolge der rückständigen Verfassung des Gewerbes außerordentlich erschwert. Der Barbier-Innungsbund unterhält einen „vorzüglichen Erkennungsdienst" um den Gehilfen die Ausübung des Koalitionsrechts zu versagen, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen.

Genossen! Anstatt Euch vom Wetter und dergleichen beim Rasieren und Haarschneiden zu erzählen und der Gleichgültigkeit der großen Zahl der unorganisierten Gehilfen durch Trinkgeldgeben noch obendrein Vorschub zu leisten, denkt an diesen Beschluß und handelt danach! Achtet auf die vom Verbande der Friseurgehilfen herausgegebenen Liste, welche alle zwei Monate erscheint und jetzt Anfang Mai erschienen ist.

Achtung, Fabrikarbeiter! Bei der Firma Ed. Bielschowsky, Sandsteinklinkerwerke in Masselwitz haben die Arbeiter und Arbeiterinnen am Dienstag, den 5. Mai, wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Verband der Maler stärkt seine Reihen. Schon seit Wochen entfaltet der Verband der Maler eine umfassende planmäßig durchgeführte Agitationstätigkeit. Der Herausgabe einer das Wirken und die Erfolge der Organisation trefflich schildernden Aufklärungsschrift und einer Hausagitation folgt vom 4. bis 12. Mai eine allgemeine Versammlungsaktion. Annähernd 300 Versammlungen mit den Verbandsfunktionären als Redner werden über ganz Deutschland hinweg in diesen Tagen abgehalten. Darin soll behandelt werden: „Der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale und kulturelle Besserstellung der Arbeiter des Malergewerbes". — Die Nr. 18 des „Vereins-Anzeigers" (Organ des Malerverbandes) ist als Agitationsnummer gut ausgestaltet und in größerem Umfang als sonst erschienen. Die rührige Tätigkeit der leitenden Faktoren des Verbandes der Maler zeigt, daß dessen Mitglieder bei ihm eine energische Vertretung ihrer Interessen gegen ein sozial rückständiges Unternehmertum finden.

Die tarifbrüchigen Malermeister in Rheinland-Westfalen, die wegen ihres Disziplin- und Tarifbruches im vorigen Jahre aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen werden mußten, sträuben sich noch immer, den Tarif anzuerkennen. Doch schon wird es ihnen recht unbehaglich zu Mute. Dort, wo die Malergehilfen nicht auch ohne Tarif bekamen, was sie nach dem Reichstarifvertrag beanspruchen könnten, gibt es Konflikte. Verschiedene Firmen wurden gesperrt, in anderen Städten streiken die Gehilfen.

Tarifbewegung der Glasmacher in Rauscha. Am Sonnabend reichten die Belegschaften der drei Glashütten Gebrüder Hirsch, E. Hentschel Nachf. (Inh. Gebr. Greiner) und Rob. Greiner die Kündigung ein. Die Ursache dazu sind Tarifstreitigkeiten. Am 1. April war der bisher bestehende Tarif abgelaufen. Schon Anfang Februar hatten die Arbeiter der drei Betriebe einen neuen Tarif eingereicht. Die Unternehmer haben es aber fortgesetzt verstanden, die Verhandlungen hinauszuziehen. Die Kündigung läuft am Sonnabend den 16. Mai ab. In Betracht kommen rund 250 Beschäftigte.

Parteiangelegenheiten.

Die slowakische Sozialdemokratie in Ungarn hielt im Preßburger Arbeiterheim ihren vierten Parteitag ab, der von den Organisationen zahlreich beschickt war. Der Parteisekretär Genosse Kubal mußte berichten, daß die Agitation in den vier Jahren, die seit dem letzten Parteitag verflossen sind, große Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Auch der Kassenbericht sah sehr traurig aus, und es wird darin über mangelhafte Unterstützung durch die ungarische Parteileitung geklagt. Diese Klagen kehrten auch in der Debatte wieder. — Ueber den Stand der Gewerkschaftsorganisationen referierte Genosse Benda, der anführte, daß es schon Zeiten gegeben habe, wo bis 8000 slowakische Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, was aber jetzt nicht mehr behauptet werden kann. Eine Ursache dieses schlechten Standes der Organisationen sei auch der Umstand, daß die in Budapest ihren Sitz habenden Verbände den sprachlichen Bedürfnissen der slowakischen Arbeiter nicht Rechnung tragen; ebenso sei die Schreibweise des magyarischen Zentralorgans „Nepszava" daran schuld, das sich rühme, zur Magyarisierung der Slowaken beigetragen zu haben. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, sprach sich der Parteitag für den Anschluß der slowakischen Arbeiter an die zentralen Gewerkschaftsverbände aus, die jedoch aufgefordert werden, den sprachlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Ueber „Die slowakische Nationalpolitik und die Sozialdemokratie" referierte Genosse Lehocky, der sowohl an der Nationalpolitik der bürgerlichen Slowaken wie auch an der dem magyarischen Chauvinismus zu weit entgegenkommenden Haltung der ungarischen Parteigenossen und ihres Organs gegenüber den nationalen Fragen Kritik übte. Genosse Buchinger verteidigte die Parteileitung und die „Nepszava" gegen diese und andere Vorwürfe. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in welcher sich der Parteitag auf das Programm der ungarischen Sozialdemokratie festlegt, das im vierten Punkte die völlige Gleichberechtigung der ungarischen Nationalität fordert. Schließlich wurde noch der bevorstehende Wahlkampf besprochen.

6. Mai — 7. Mai — und 8. Mai

Drei billige Verkaufstage für

elegante

Herren- u. Jünglings-Hosen

hochmoderne Streifenmuster, in allen Grössen und Weiten, zu folgenden Durchschnitts-Serien-Preisen:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI	Serie VII
Zwirnbuxkin und Kammgarn-Qualität	bess. Zwirnbuxkin und Kammgarn	Kammgarn-Qualität	elegante Kammgarn-Qualität	gute Kammgarn-Qualität	bessere Kammgarn-Qualität	durchgewebte, reine Kammgarn-Qualität
für Herren, Mk. 4.75	für Herren, Mk. 5.75	für Herren, Mk. 6.50	für Herren, Mk. 7.25	für Herren, Mk. 8.00	für Herren, Mk. 9.50	für Herren, Mk. 13.50
für Jünglinge, Mk. 4.25	für Jünglinge, Mk. 5.00	für Jünglinge, Mk. 5.50	für Jünglinge, Mk. 6.25	für Jünglinge, Mk. 7.00	für Jünglinge, Mk. 8.00	f. Jünglinge Mk. 12.00

Umtausch und Auswahlsendung ausgeschlossen

S. Guttentag

Die Selbst-Gross-Fabrikation ermöglicht die obige unerreichte Preiswürdigkeit

Ecke Ohlauerstrasse **Albrechtsstrasse 5, I.—III.** Ecke Ohlauerstrasse.

1442

Stadt-Theater.
Mittwoch 7½ Uhr: 1386
„Boris Godunow."
Donnerstag 7 Uhr:
Wagner-Zyklus. 9. Vorstellung.
Gastspiel
Hofopernsänger Johannes Bischoff
von der Königlichen Hofoper Berlin:
„Siegfried."
Wanderer . . . Johannes Bischoff.
Freitag 7½ Uhr: (Ermäßigte Preise).
„Margarete."

Lobe-Theater.
Mittwoch, 8 Uhr:
„Als ich noch im Flügelkleide"
Donnerstag 7½ Uhr: 1392
„Kammermusik."
Freitag 8 Uhr:
„Kammermusik."

Schauspielhaus
(Operettenbühne.) Tel. 2545
Mittwoch und Donnerstag 8 Uhr:
„Der Regimentspapa."
Freitag 8 Uhr: 1404
3. Abonnements-Vorstellung
„Der Zigeunerprimas."

Liebichs Etablissement
Ringkampf
u. d. brillanten Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr. 1410

Viktoria-Theater.
Hoheit – der Franz!
Gastspiel
Carl Wallauer.
Anfang 8 Uhr. 1415

Dominikaner
Heute und die folgenden Tage:
Budapester Abende
Los 333.
Diese Komödie erzielte im April in Leipzig täglich ausverkaufte Häuser und wurde das Ensemble sofort auf 3 Monate reengagiert. Zeitig kommen sichert Platz. Freikarten gültig. Bei günstiger Witterung i. Garten sonst Saal. 1372

Cabaret Fürst Blücher,
Reuschestr. 11/12
Neues Programm.
Arthur Wolff
Kurt Speyer
Lein Raven 696
Rita Faron
Hedy Santa
Entree 10 Pfg.

Sie sparen viel Geld
Anzüge nach Maß 17M, 24, 30, 35 M.
Elegante Verarbeitung, gebiegend
Grosse Auswahl in fertigen Anzügen
9.–, 12.–, 15.–, 18.–, 22.– M.
Herrenkleiderfabr. M. Julianberger,
Albrechtstrasse 41, II. (Keine Filialen.)

Nur 4 Wochen da für Hamburg verpflichtet.
Circus Alb. Schumann
Circus Busch-Gebäude.
Luisenplatz Breslau Tel. 3824.
Heute Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung
mit vollständig. Programmwechsel.
Um 9½ Uhr:
das Tagesgespräch von Breslau!
Gold
oder Seeräuber und Mädchenhändler.
Die größte Ausstattungs-Pantomime der Jetztzeit in 5 Akten mit einer grandiosen, in Breslau noch nie gesehenen Schluß-Apotheose.
Inszeniert von Kommissionsrat
A. Schumann.
I. Akt: Ein Fischerdorf in Holland.
II. Akt: Diamantengrotte i. Indien
III. Akt: Jagdzug d. Maharadscha
IV. Akt: Der Elefant als Urteilsvollstrecker.
V. Akt: Pompöses Fest beim Maharadscha.
Schluss-Apotheose.
Preise der Plätze sowie Billettvorverkauf siehe Anschlagsäulen und Tageszettel. 1462

Schön. gebr. **Küchenbüfett, Eisschrk., Gartenmöbel, Hobelbank** billig zu **verkaufen.** 1453
Friedrichstr. 62 im Laden.

Achtung!
Solide Arbeit! Mässige Preise!
Möbel
Ausstattungen, sowie Einzelmöbel
billiger
wie bei der Konkurrenz, kaufen Sie
in der Möbel-Tischlerei 1443
mit Tapezier-Werkstatt, geradeüber dem Paket-Haupt-Postamt, Ecke Breitestrasse
Otto Brandt
Weisse-Ohle 9-15
Breslau I. Tel. 5032
Grosse Auswahl!

Uhrketten
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke
1486

Allgemeiner Volkskindertag in Breslau.
Am Sonnabend, den 13. Juni 1914
für die armen und kranken Kinder Breslaus.
Grosses Volksfest in allen Teilen der Stadt. 1471

Hamburger Lutzhosen
in allen Stoffarten.
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.
1040

Kaufe gebr. Möbel,
Federbetten, ganze Nachlässe gegen sofortige Zahlung. Gefl. briefl. o. mündl. Friedrichstr. 53 u. Gartenstr. 36. Wahler.

Herren-Anzüge
in bester Schneiderarbeit als Ersatz für Mass. Desgleichen
Knaben-Anzüge
als
Wasch-, Sport-, Schul-Anzüge
in eigener Werkstatt in bekannter Güte gefertigt, empfehle, da ich durch persönliche Bedienung die geringsten Spesen habe, zu wirklich reellen billigen Preisen. 1194
Jedem Volkswachtleser gewähre bis Pfingsten ausserdem
5 Prozent Rabatt.
M. Scholz, Nikolaistr. 65/68
an der Büttnerstrasse.

Kreuzt nach aufwärts.
Möbel
in sämtlichen Holz- und Stilarten
Schlafzimmer
Speisezimmer
Wohnzimmer
Salons
kompl. Küchen
ebenso empfehle zur Ergänzung einzelne Stücke:
Schränke, Vertikos
Diwans, Umbauten
Uhren, Bilder
Regulateure
Näh- u. Wringmaschinen
Manufakturwaren
Steppdecken
Tischdecken
Teppiche, Läuferstoffe
Sport- u. Kinderwagen.
Riesen-Auswahl in:
Herren- u. Knaben-Konfektion
Damen-Jacketts
Paletots u. Kostümröcke
Grösste Auswahl, billigste Preise.
Alles auf Kredit!
Auch gegen bar
nur bei
S. Osswald
811 Breslau
Albrechtstr. 5, I., II. u. III. Etg.
Eingang Schmiedebrücke.
Leihg gratis u. kostenl.

Spottbillig!
Für Brautleute
seltene Gelegenheit!
2tür. engl. Nußbaum-Schrank
2tür. engl. Nußbaum-Bettke
2 engl. Bettstellen m. Sp.-Matr.
Trumeaum, Stuhl, eleg. Plüschdiv.
4 Eckenstühle, Salontisch
300 Mark
Kompl. Erben-Einrichtung 200
Kompl. Küche mit Messingverglas. 45
Große Auswahl in Gelegenheitskäufen von gebrauchten gutarbeiteten Möbeln zu sehr bill. Preisen.
Teilzahlung gestattet.
Katalog gratis. Besichtigung erwünscht
M. Giesel Breslau Oderstraße 5
Gr. Möbelkaufhaus 308
Repräsentiert in 10. 70 Einrichtungen.

Reform Theater Schmiedebrücke 17/18 neben dem Nussbaum.
Union Theater Graupenstr. 6, am Karlsplatz.
Grete Wiesenthal
die berühmte Tänzerin
in dem Sittendrama aus dem Apachenleben
Das fremde Mädchen
Mimisches Drama 1441
In 4 Akten.

Gutschein Mai 1914
Verliert Ende Mai 1914 die Gültigkeit.
Nur von Abonnenten benutzbar.
Gegen Einsendung dieses Gutscheines hat der Abonnent im Kleinen Anzeiger
5 Worte umsonst.
Im Kleinen Anzeiger kosten
je drei Worte 10 Pfennige.
Zahlen gelten als Worte.
Schriftart bestimmt der Verlag.
Worte mit mehr als 12 Buchstaben zählen **doppelt.**
Das Inserat enthält..... Worte
ab 5 Worte umsonst _____
es sind somit _____ zu bezahlen.
Dieser Betrag ist sofort mit abzuführen.
Expedition der „Volkswacht"
BRESLAU, Neue Graupenstr. 7, I.

Ausschneiden und für den Bedarfsfall aufbewahren.

Ausschneiden und für den Bedarfsfall aufbewahren.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je **drei Worte 10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Kinderwagen. Sportwagen, fast neu, billig zu verkaufen. Blücherstraße 45 3. Etg., von 6 Uhr ab. Hansel. [1440

Kinderwagen mit Gummirädern, 14 Mk. zu verkauf. Nebenstr. 8, III, 5. R. [1437

In freien Stunden Heft 10 Pfg.

Abonnenten und Leser der „Volkswacht" können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht" auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht" berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht" berufen.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Görlich. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 7. — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von Th. Gerlach G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 3 Beilagen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Mai.

Achtung, Parteimitglieder!

Morgen Donnerstag abend im Gewerkschaftshause: Fortsetzung der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau. Es handelt sich hauptsächlich um die Neuwahlen des Vorstandes und der Ausschüsse. Nur Mitglieder und Vertreter haben Zutritt.

Familienbeihilfe an städtische Arbeiter.

Vor einigen Wochen beantragte der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung, den städtischen Arbeitern mit zwei und mehr Kindern eine Familienbeihilfe zu zahlen. Im ganzen sollten dafür 230 000 Mark ausgegeben werden. Etwa zehn Tage später lautete die Vorlage dahin, nur die Arbeiter mit drei und mehr Kindern zu bedenken und 160 000 Mark in das Haupttextraordinarium für 1914 einzusetzen.

Am Dienstag verhandelte der Etatausschuß über die Familienbeihilfe. Er beschloß, die Annahme der Magistratsvorlage zu empfehlen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Beihilfe schon vom ersten Kinde an den Arbeitern zu zahlen, die nicht mehr als den Ortslohn von 3,50 Mk. täglich verdienen, wurde abgelehnt. Demnächst wird die Stadtverordneten-Versammlung endgiltig über die Familienbeihilfe entscheiden.

Zweite Hypotheken zum Bau von Kleinwohnungen.

Bei Beratung des städtischen Pfandbriefamtes, also vor Jahr und Tag schon, ist von unseren Genossen Wiener im Stadtparlament beantragt worden, von der Stadt aus die weitstellige hypothekarische Beleihung solcher Wohnhäuser und Neubauten in die Hand zu nehmen, die Kleinwohnungen schaffen für untere Beamte und Arbeiter. Mehr als 100 Städte in Deutschland haben inzwischen darin zum Teil recht Erfreuliches geleistet. Am Dienstag hat sich endlich der Etatausschuß mit der hochwichtigen Sache beschäftigt und den Antrag Wiener in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Ich beantrage: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage zugehen zu lassen über Erleichterungen im Beschaffen weitstelliger Hypotheken für solche Wohnhäuser und insbesondere Neubauten, die den gesundheitlichen Mindestforderungen der Neuzeit entsprechende Kleinwohnungen für die minderbemittelten Beamten und Arbeiter enthalten.

Alle Sachkenner sind darin einig, daß es viel schwerer ist, zweite Hypotheken als erste zu beschaffen, und das leichtere Beschaffen der zweiten Hypotheken ein wesentliches Mittel ist, den Kleinwohnungsbau zu fördern und damit der unheilvollen Wohnungsnot zu steuern. Hoffentlich stimmt auch die Stadtverordneten-Versammlung recht bald dem Antrage Wiener zu.

Die Rosenthaler Brücke

muß wegen des Umbaues vom Beginn des nächsten Jahres an auf etwa neun Monate gesperrt werden. Auf die Anfrage der Eigenheim-Baugesellschaft Carlowitz beim Bauamt für Hochwasserschutz, wie es sich den Fuhrwerksverkehr nach Breslau und besonders den von der Gesellschaft unterhaltenen Automobil-Omnibusverkehr denke, erhielt, wie die Bresl. Zeitung meldet, die Baugesellschaft den Bescheid, daß zwar die Verlegung des Deiches zwischen der Rosenthaler Brücke und der Gröschelbrücke beendet sein müßte, daß aber der Fahrweg auf der Deichkrone nur in derselben Weise hergestellt werden soll, die es jetzt der Fall ist. Die jetzige Brückenaue ist für den Fuhrwerksverkehr, besonders wenn es sich um den Hauptverkehr und einen dauernden Verkehr handelt, völlig ungenügend befestigt und eignet sich nicht als Umgehungsweg nach der Gröschelbrücke. Das Bauamt für Hochwasserschutz ist der Ansicht, daß der Hauptverkehr über die Hundsfelder Brücke geleitet werden soll. Bekanntlich gibt es aber keinen öffentlichen Verbindungsweg zwischen der Trebnitzer Chaussee und der Hundsfelder Chaussee. Der einzige Verbindungsweg ist die von der Eigenheim-Baugesellschaft Carlowitz geschaffene Forststraße, die als Privatweg des Rittergutes Carlowitz für den gesamten Lastfuhrwerks-Verkehr gesperrt ist.

Die Eigenheim-Baugesellschaft Carlowitz hat, wie die Bresl. Ztg. meldet, gegen die Sperrung der Rosenthaler Brücke Einspruch erhoben und beim Bauamt für Hochwasserschutz beantragt, den Umgehungsweg nach der Gröschelbrücke in einen solchen Zustand zu versetzen, daß der gesamte Fuhrwerksverkehr von der Trebnitzer und Auraser Chaussee über die Gröschelbrücke geleitet wird, solange die Rosenthaler Brücke gesperrt ist.

Auch die Gemeindeversammlung Lilienthal hat unter Vorsitz des Gemeindevorstehers Tillach beschlossen, gegen die Sperrung der Rosenthaler Brücke energischen Protest einzulegen, und den Gemeindevorstand beauftragt, bei den maßgebenden Behörden um Herstellung eines geeigneten Umgehungsweges vorstellig zu werden. Die von der Sperrung der Brücke betroffenen Gemeinden sollen für die Angelegenheit interessiert und zu gemeinsamem Vorgehen veranlaßt werden.

* **Neue Polizeiverordnung über den Kraftwagenverkehr.** Der Polizei-Präsident hat mit Zustimmung des Magistrats unterm 1. Mai eine Verordnung erlassen, wonach der Verkehr mit Kraftfahrzeugen jeder Art a) auf der Sandbrücke, der Neuen Sandstraße und dem südlichen Teile der Gneisenaubrücke, b) auf der Hohenzollernstraße von der Eichenallee bis zur Einmündung des östlich von der Lohestraße herkommenden Südparkweges, c) auf dem die Kaiser-Wilhelmstraße mit der Hohenzollernstraße verbindenden Südparkwege verboten wird. Zuwiderhandlungen sind mit 30 Mark Geldstrafe oder entsprechender Haft bedroht. Die dasselbe Verbot enthaltende Bekanntmachung vom 4. Oktober 1910 verliert damit ihre Giltigkeit. Die neue Verordnung tritt sofort in Kraft.

* **Vom städtischen Leihamt.** Am Anfang des Monats April war ein Bestand von 11 512 Pfändern mit 310 797 Mk. Pfandkapital, Zugang im Laufe des Monats 1871 Pfänder mit einem Pfandkapital von 54 510 Mk., Abgang 1971 Pfänder mit 58 111 Mark Pfandkapital. Bestand am Ende des Monats 11 413 Pfänder mit einem Pfandkapital von 307 196 Mk.

* **Volkskindertag 1914.** Die Vorbereitungen zum großen Volkskindertag am 13. Juni sind im vollen Gange. Wie wir erfahren, wird Mitte nächster Woche eine große Versammlung des Arbeitsausschusses abgehalten, wo die einzelnen Ausschüsse entgültig zusammengesetzt werden.

Der nächste Zahlabend.

Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, werden die monatlichen Distriktsversammlungen des sozialdemokratischen Vereins Breslau in den bekannten Lokalen abgehalten. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, schon jetzt für guten Besuch zu sorgen.

Auch eine „öffentlich-politische" Versammlung.

Am Abend des 12. Dezember 1913 veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Militärarbeiterverbandes eine Versammlung. Der Verbandsvorsitzende Uschor aus München sprach über die Lage der von der Heeresverwaltung beschäftigten Arbeiter. Es wurde auf Vorschlag des Redners eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Versammelten die Errichtung einer Pensionskasse für erforderlich halten und ihr ganzes Vertrauen auf das Entgegenkommen der Heeresverwaltung und des Reichstages setzten.

Der Veranstalter Rose bekam nun einen amtsrichterlichen Strafbefehl, gegen den er Berufung einlegte. Das Schöffengericht war nun der Ansicht, daß die Versammlung zunächst eine politische gewesen sei, weil die Hilfe des Reichstages angerufen werden sollte; das sei „die Einwirkung auf eine gesetzgebende Körperschaft des Reiches." Ferner sei die Versammlung auch öffentlich gewesen, weil an den Eingängen des Saales keinerlei Kontrolle ausgeübt worden sei, sodaß auch Nichtmilitärarbeiter ohne weiteres Zutritt gehabt hätten. Der Schneider Friedrich Rose als Einberufer und Veranstalter jener Versammlung wurde auf Grund des § 18, Ziffer 2 des Vereinsgesetzes zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt. Er legte dagegen Berufung ein, mit der sich jetzt die vierte Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu befassen hatte.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Landmann, hob hervor, daß der vorliegende Fall insofern eigenartig gestaltet ist, als die wirtschaftlichen Verhältnisse von Arbeitnehmern erörtert wurden, die im Dienste des Staates — der Heeresverwaltung — tätig sind. Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse können gar nicht anders als mit Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren geändert werden. Die Resolution, die in der Versammlung gefaßt wurde, hatte daher auch nur den Zweck, auf wirtschaftlichem Gebiet eine Besserung der Verhältnisse der Militärarbeiter zu erreichen. Es rechtfertigt sich aus diesen Gründen die Freisprechung des Angeklagten. Das Berufungsgericht machte sich jedoch den Standpunkt des Vorderrichters zu eigen und versagte der Berufung den Erfolg.

Die verlockenden Brillantringe.

Ein Laufbursche, der bei einem hiesigen Kaufmann in Stellung war, entdeckte eines Tages in einer offenen, ihm zugänglichen Schublade drei Brillantringe im Werte von 200 Mk. Der junge Mann eignete sich die Ringe unerlaubt an, versetzte sie für einige 20 Mk. und verwandte diesen Betrag zur Anschaffung neuer Kleidungsstücke. Später kam der Diebstahl ans Tageslicht und der Laufbursche gestand einem Kriminalschutzmann, der ihm die Tat „auf den Kopf zu sagte", unumwunden ein, daß er die Ringe an sich gebracht habe. Der jugendliche Uebeltäter wurde nun aus seiner Stellung entlassen, obgleich der Chef mit seinen Leistungen außerordentlich zufrieden gewesen war. Obendrein erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Diebstahls, für die das Breslauer Jugendgericht zuständig war. Hier legte der jugendliche Angeklagte ein reumütiges Geständnis ab; das für die Beurteilung des Falles nicht ohne Einfluß blieb. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis, doch soll die Strafe vorläufig nicht vollstreckt werden. Führt sich der Verurteilte jetzt einige Jahre einwandsfrei, so kann ihm die Strafe schließlich auf dem Gnadenwege ganz geschenkt werden.

Da der als Zeuge gehörte Kaufmann dem jungen Mann auch vor Gericht das denkbar beste Zeugnis in Bezug auf seine Führung und auf seine sonstigen Leistungen ausstellte, frug der Vorsitzende den Zeugen, ob er nicht den Angeklagten wieder einstellen wolle. Anfangs zögerte derselbe. Aber als ihm der Richter zuredete, dies doch zu tun, weil nicht anzunehmen sei, daß der Junge in Zukunft wieder mausen werde, da ließ er sich dazu herbei und erklärte, er werde ihn wieder in seinem Geschäft aufnehmen. — Hoffentlich zeigt sich der junge Mann jetzt doppelt bestrebt, seine Dummheit wieder gut zu machen.

Eröffnung der städtischen Freibadeanstalten.

Die städtischen Freibadeanstalten I und II am Gneisenauplatze und V am Ohlelaufstege und an der Burgstraße — für Frauen und Mädchen — werden Freitag, den 15. Mai 1914 eröffnet. Die Bäder I bis IV können werktäglich von 6 Uhr vormittags bis zum Eintritte der Dunkelheit mit Ausschluß einer Mittagspause von 11 bis 1 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags benutzt werden.

Das Bad V und zwar das Badebecken steht zur öffentlichen Benutzung: 1. außerhalb der Sommerferien: werktäglich bis 11 Uhr vormittags, von 1 bis 1¾ Uhr und von 6 bis 7 Uhr nachmittags, 2. innerhalb der Sommerferien: werktäglich von 1 bis 7 Uhr nachmittags, 3. während der ganzen Badezeit an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags. In den übrigen Badezeiten wird das Bad zum Schwimmunterricht an Volksschüler und Volksschülerinnen und nach 7 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen nachm. von 3 bis 5 Uhr für Besucher des städtischen Jugendheims gebraucht. Das Schwimmbecken kann werktäglich von 6 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm. mit Ausschluß einer Mittagspause von 11 bis 1 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags benutzt werden. Während des vorerwähnten Schwimmunterrichts für Volksschüler können andere Schüler und Lehrlinge nur nach dem Ermessen des Schwimmleiters zugelassen werden. Zutritt zum Schwimmbassin haben nur solche Besucher, die vom Leiter des städtischen Schwimmunterrichts oder vom Bademeister des Schwimmbeckens eine für das Jahr 1914 giltige Ausweiskarte erhalten haben. Während des Schwimmens der Volksschülerinnen — außerhalb der Ferien an vier Nachmittagen in der Woche von 2 bis 3 Uhr — ist der Zutritt verboten.

* **Das Bureau für die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege** ist dem Magistratsbureau XVIII angegliedert worden und in das Haus Breitestraße 25 umgezogen. Es ist dort an das Magistrats-Fernsprechnetz unter der bisherigen Nummer M 28 angeschlossen.

* **Das Auf- und Absteigen.** Dienstag nachmittag ist ein 15jähriges Mädchen auf der Lohestraße das Opfer eines schweren Straßenunfalles geworden. Sie wollte auf einen Straßenbahnzug aufspringen, der auf der Lohestraße bereits die Haltestelle verlassen hatte. Dabei fehl, stürzte und geriet unter die Schutzbreiter des Anhängewagens. Der Wagen mußte gehoben werden, um das Mädchen aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Es hat an beiden Unterschenkeln so schwere Verletzungen erlitten, daß es die Samariter der Feuerwehr nach Anlegung eines Notverbandes in das schlesische Haus für Krankenpflege auf der Viktoriastraße schaffen mußte. Hier wurde festgestellt, daß der eine Unterschenkel gebrochen und der andere durch Quetschung schwer verletzt ist.

* **Die „Schlesische Volkszeitung"**, der die eigenen katholischen Pfarrer gegenwärtig in verdienter Weise das Fell vergerben, sucht sich durch einige Anremplungen der Sozialdemokratie schadlos zu halten. Sie betont, daß sie über Neukirchs Rede zur Arbeitslosenversicherung nicht 1 Zeile, sondern sogar 8 Zeilen — 8 ganze Zeilen — veröffentlicht habe. Das ist richtig. In der nicht gelesenen „Volkszeitung" selbst sind 8 Zeilen erschienen; 7 wurden aber für das Kopfblatt „Schlesische Nachrichten" wieder weggestrichen, damit die minderbemittelten Leser, die Arbeiter, nichts von der Tätigkeit der Sozialdemokraten erfahren. Von den Ausführungen des Genosse Philipp wurde überhaupt kein Wort veröffentlicht. Die Methode ist nicht neu, seit Jahr und Tag wird die positive Wirksamkeit der Sozialdemokratie im Stadtparlament glatt unterschlagen, weil man den eignen Leuten die Wahrheit nicht sagen darf. Man darf ihnen auch nicht sagen, daß Herr Jeron alle Sitzungen der Studienkommission gegen die Arbeitslosigkeit mit einer einzigen Ausnahme geschwänzt hat und Herr Herschel sich vor der Endabstimmung drückte, obwohl er in seinem Bureau anwesend war und die Kommission mit der Abstimmung auf ihn wartete! Solche Wahrheiten muß man verschweigen, damit die katholischen Arbeiter nicht aufsässig werden.

Unsere Mitteilung, daß die Geringschätzung der „Schlesischen Volkszeitung" bei Zentrumsstadtverordneten genau so groß sei als bei katholischen Pfarrern, beantwortet die „Volkszeitung" mit der Unverschämtheit, wir sollten ihr die Namen nennen. Sind wir Hilfsgerichtsdiener für die Schergen in Zentrumskreisen, die jeden unabhängig Gesinnten in der Weise terrorisieren und ruinieren, wie das von den Herren Oppersdorff und Nieborowski unzählige Male festgestellt wurde? Wenn die frommen katholischen Brüder in der „Volksztg." noch einen hängen wollen, dann müssen sie ihn schon selber fangen, wir sind dazu nicht da.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbureaus.)

* **Liebichs Etablissement.** Heute, Mittwoch, am sechsten Tage der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft 1914 ringen folgende Paare: Strenge gegen Tomson, Zenker gegen Don Carlos, Nußbaum gegen Bischof und Entscheidungskampf Sulumanoff gegen Pilkau. — Der Entscheidungskampf zwischen Naber-Ostpreußen und Buchheim-Sachsen endete am Dienstag mit der Niederlage des ersteren in der Gesamtzeit von 41 Minuten. — Neu eingetreten ist Don Carlos-Portugal.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Noch ein Wahlsieg.

Unsere am 27. März stattgefundene Gemeindewahl in Roberwitz ist von einem Wähler angefochten worden, weil die Bekanntmachung des Wahltermins nicht ordnungsmäßig erfolgt war. Wohl sträubte sich der Herr Gemeindevorsteher, den Einspruch anzunehmen, doch schließlich ordnete er für Montag, den 4. Mai, eine Neuwahl an. Unsere Genossen hatten alle Vorarbeiten in der größten Stille erledigt, daher waren auch die Gegner nicht sehr zahlreich erschienen. Zu wählen waren zwei Vertreter, je einer zum Ersatz und zur Ergänzung, davon mußte einer Besitzer sein. Da es uns aber nicht möglich war, einen geeigneten Besitzer aufzustellen, so gaben unsere Genossen außer dem bisherigen Vertreter, dem Arbeiter Karl Hoffmann, dem Arbeiter Ernst Müller die Stimme. Um die Mandate hatten sich eine ganze Anzahl Kandidaten beworben. Das Stimmenverhältnis war folgendes: Genosse Hoffmann 18, Genosse Müller 16, Fleischermeister Klose 14, Schuhmachermeister Steigüber 11, Stellenbesitzer Sonnabend 3, Malermeister Schön 1 und Schlossermeister Asch auch 1 Stimme. Außerdem waren 2 Stimmen von unseren Genossen zersplittert, da sie sich irrtümlicherweise selbst wählten.

Im ganzen waren 33 Wähler anwesend, die absolute Mehrheit beträgt aber 17. Da nun unser Genosse Hoffmann 18 erhalten hat, so ist er wieder auf 6 Jahre gewählt. Die notwendige Stichwahl muß zwischen unserem Genossen Müller und dem Fleischermeister Klose stattfinden, doch werden sich unsere Genossen an der Wahl nicht beteiligen, da die Stimmen für Müller ungültig sind, weil er kein Besitzer ist.

Damit sind alle Wahlen in unserem Wahlkreise abgeschlossen, außer Schottwitz und denen, gegen deren Gültigkeit Einspruch eingelegt wurde. Von uns ist es nur in Neukirch geschehen.

* * *

Oswitz. Gemeindesitzung. Freitag, den 8. Mai, abends 7½ Uhr, findet bei Grünast eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. In derselben werden die Wahlen zur Gemeindevertretung geprüft und die neu gewählten Vertreter eingeführt werden. Außerdem stehen noch zwei andere Punkte zur Verhandlung.

Groß-Mochbern. Distriktsversammlung. Genosse Schütz sprach in leichtverständlicher Weise über die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung und das kommunistische Manifest. Seine Ausführungen, durch viele Beispiele aus dem Leben verständlicher gemacht, wurden von den Anwesenden aufmerksam verfolgt. Sie dürften für viele Genossen von großem Nutzen sein. Den Bericht von der Generalversammlung mußte der Distriktsführer geben, da von den Delegirten nur ein Einziger an der Generalversammlung teilgenommen hatte. Das darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, jeder hat seine Pflicht zu erfüllen. Der Distriktsführer berichtete auch über verschiedene unangenehme Vorkommnisse. Unter anderen mußte der Kreisvorstand eine Sitzung hier halten, um verschiedene Meinungsverschiedenheiten zu regeln. Die Mitglieder waren mit der Art des Kreisvorstandes, diese Angelegenheit zu regeln, einverstanden. Diese Versammlung war ebenfalls gut besucht, auch hatten sich mehrere Frauen eingefunden.

Neumarkt. Unser Maifest erfreute sich eines großen Besuches. Als Genosse Scholich-Breslau die Bühne betrat, um in einer Festrede die Bedeutung des 1. Mai zu verkünden, konnte man so manchen, der noch unserer Bewegung fernsteht, beobachten, der voller Spannung der Rede folgte. Hiernach wurden alle Anwesenden durch ein Tanzkränzchen bis in die Morgenstunden hinein bei gemütlicher Stimmung erhalten. Dieses Vergnügen wird den Arbeitern noch lange in Erinnerung bleiben. — Bei der Verlosung sind der 1. und 3. Gewinn nicht abgeholt worden. Leute, die vielleicht im Besitz der gezogenen Nummer 1 und 3 sind und vorzeitig den Saal verlassen haben, melden sich beim Genossen Richard Nawroth, Hospitalstraße Nr. 3, I bei Schlossermeister Hauptfleisch. Gewinne werden nur unter Vorzeigung der gezogenen Nummern ausgehändigt.

An Krebs Gestorbene.

Im Jahre 1912 sind in Preußen 686 303 Personen gestorben, 60 551 weniger als im Jahre 1911, dessen heißer Sommer viele Leben vernichtete. An Krebs starben 1912 nicht weniger als 30 045 Menschen. Eine Zusammenstellung über die letzten zehn Jahre zeigt folgende erschreckende Zahlen:

	männlich	Personen weiblich	zusammen	auf 100 überhaupt Gestorbene	von 10 000 Lebenden
1903	9 678	11 580	21 258	3,00	5,98
1904	10 394	12 192	22 586	3,22	6,26
1905	10 466	12 649	23 115	3,18	6,29
1906	10 795	13 111	23 906	3,55	6,40
1907	11 870	13 730	25 100	3,69	6,62
1908	11 551	14 051	25 602	3,69	6,65
1909	12 009	14 407	26 416	3,95	6,77
1910	12 623	15 470	28 093	4,40	7,10
1911	13 293	16 180	29 473	4,23	7,23
1912	13 587	16 458	30 045	4,72	7,32

In den letzten zehn Jahren ist also die Zahl der an Krebs Gestorbenen um 8787 gleich 41,3 Prozent gestiegen. Auf das weibliche Geschlecht kommt von den Todesfällen ein größerer Anteil. Auch ist bei ihm die Steigerung größer, sie beträgt 42,1 Prozent. Die böse Zunahme der an Krebs Gestorbenen ist noch deutlicher aus dem Anteil an den überhaupt Gestorbenen zu erkennen. Der Anteil erhöhte sich von 3 Prozent auf 4,75 Prozent oder um 57,3 Prozent. Ob man nun endlich gründliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Krebskrankheit ergreift?

Die zehn Gebote des Naturschutzes.

Der Landesverein für Naturkunde zu Freiburg i. B. veröffentlicht folgende zehn Gebote für den Umgang mit den Pflanzen und Tieren:

1. Du sollst der Natur, die dich durch ihre Schönheit erfreut, nicht mit Undank lohnen, indem du sie schädigst.
2. Du sollst die Natur nicht durch weggeworfene Blumen, Papier oder sonstige Abfälle verschandeln.
3. Du sollst zur Erinnerung oder für deine Sammlungen von Blumen, Schmetterlingen und dergleichen nur soviel mitnehmen, als du wirklich brauchst.
4. Du sollst keine überflüssigen Sammlungen anlegen, noch von Schmetterlingen, Käfern oder sonst etwas, wenn du dich nicht ernstlich damit beschäftigen willst.
5. Du sollst auf solche Naturseltenheiten, deren Bestand dadurch gefährdet wird, überhaupt verzichten und bedenken, daß sich auch andere daran erfreuen wollen.
6. Du sollst keine Pflanzen mit den Wurzeln ausgraben, noch ausreißen.
7. Du sollst von Bäumen und Sträuchern keine Blätter abreißen, sondern sie nötigenfalls mit einem scharfen Messer oder Schere abschneiden.
8. Du sollst beim Pflücken der Blumen darauf achten, daß der Stock nicht beschädigt wird und wenigstens noch einige Blätter daran bleiben.
9. Du sollst die Rinde der Bäume nicht als Stammbuch benutzen.
10. Du sollst Kinder und unverständige Erwachsene zur möglichsten Schonung der Natur anhalten.

Unterstützung während militärischer Uebungen.

Die Frauen und Kinder der eingezogenen Reservisten und Landwehrleute werden unterstützt; es gibt allerdings blutwenig. Für 1914 sind im ganzen 6.046.000 Mark vorgesehen, 1.757.000 Mark mehr, weil in diesem Jahre 255.995 Mann mehr als 1913 zu üben haben.

Wie hoch ist die Unterstützung? Die Ehefrauen erhalten 30 Prozent des Ortslohnes, nicht des wirklichen Tagelohnes für männliche Arbeiter von über 21 Jahren im Wohnorte des Eingezogenen, und für jedes Kind oder eine sonst unterstützungsberechtigte Person werden 10 Prozent dieses Lohnes gezahlt. Dabei ist jedoch zu beachten, alle diese Unterstützungen an die Frau, die Kinder usw. zusammen dürfen 60 Prozent des Ortslohnes nicht übersteigen. Die Unterstützungen, die aus Reichsmitteln den Gemeinden erstattet werden, können nicht verpfändet, noch an Dritte abgetreten werden, unterliegen auch keiner Art von Zwangsvollstreckung.

Der Anspruch auf Unterstützung ist nach den Ausführungsvorschriften vom Einberufenen oder von der Person, der in seiner Abwesenheit die Fürsorge für die Familie obliegt (Ehefrau, Mutter usw.), bei der Gemeinde des Wohnortes anzumelden. Wer nicht binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung die Unterstützung verlangt, bekommt nichts. Das Gesuch um Unterstützung kann mündlich oder schriftlich gestellt werden; es genügt etwa folgendes Schreiben:

„An den Gemeindevorstand von ..... Ich bin vom ..... bis ..... zu einer Reserveübung eingezogen. Ich verlange für meine Familie die ihr zustehende Unterstützung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und ..... Kindern. Die Kinder sind geboren: Paul am ....., Anna am ..... usw. (Datum, Name, Wohnung)."

Wird für Kinder über 15 Jahren, Verwandte in aufsteigender Linie (Vater, Mutter, Großvater, Großmutter) oder Geschwister des Einberufenen Unterstützung verlangt, so ist eine Bescheinigung darüber nötig, daß diese Personen von dem Einberufenen unterhalten werden, oder daß das Unterhaltsbedürfnis erst nach dem Uebungsantritt hervorgetreten ist. Erkrankt der Einberufene während der Uebung, und kann er nicht rechtzeitig zurückkehren, so ist die Unterstützung bis zum Tage der Rückkehr weiter zu zahlen. Was einmal an Unterstützung gezahlt wurde, kann nicht mehr zurückgefordert werden.

Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte, die während der Uebung ihren Gehalt weiter bekommen, erhalten keine Unterstützung. Umsomehr sind die Arbeiter verpflichtet, darauf zu achten, daß ihren Angehörigen das ausgezahlt wird, was im Gesetz angegeben ist. Dabei ist noch auf folgendes aufmerksam zu machen. Der § 70 des preußischen Einkommensteuergesetzes sagt, daß die Steuer nicht zu erheben ist von den Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die mit einem Einkommen von nicht mehr als 2000 Mark veranlagt sind, für die Monate, in denen sie im aktiven Dienste sind. Hatte also zum Beispiel ein Arbeiter vom 26. Mai bis 7. Juni 1913 beim Militär zu üben, so braucht er für die beiden Monate Mai und Juni keine Staatssteuer zahlen; von der Gemeindesteuer wird ihm dagegen nichts erlassen. Wer aber für die Monate der militärischen Uebung von der Staatssteuer befreit sein will, muß das bei der Gemeindebehörde besonders beantragen und seinen Militärpaß mit einreichen.

Achte jeder übungspflichtige Arbeiter darauf, daß ihm die geringe Unterstützung voll ausgezahlt und die Staatssteuer erlassen wird.

Der Zusammenbruch des Beamten-Spar- und Darlehnsvereins.

Eröffnung des Konkurses.

In der Versammlung des Vereins am Sonnabend sind die Mitglieder dringend ersucht worden, nicht den Konkurs anzumelden, weil sie dadurch nur Schaden hätten. Trotzdem haben am Montag 15 Sparer den Konkurs beim hiesigen Amtsgericht angemeldet; als Konkursverwalter ist bereits Kaufmann Baer ernannt worden. Nach den bisherigen Beschlüssen sollten die Sparer auf 30 Prozent ihres Guthabens verzichten.

* * *

Am Dienstag Abend versammelten sich im großen Saale der neuen Börse gegen 500 Sparer, um über ihre Vertretung in der gegenwärtigen schwierigen Lage des Vereins zu beraten. Der Einberufer, Oberpostschaffner Kapelle, begrüßte kurz die Anwesenden und teilte mit, daß die eben durch Extrablatt bekannt gemachte Verhängung des Konkurses die Beteiligten vor neue Tatsachen gestellt habe. In seinen Ausführungen trug er diesen vollkommen veränderten Verhältnissen Rechnung. Ueber 700 Sparer mit über einer Million Spareinlage haben auf 30 Prozent der Einlage verzichtet. Es hätte nur einer erheblich weiteren Beteiligung von Sparern an dem Verzicht bedurft, um die Unterbilanz zu beseitigen und den Konkursantrag wirkungslos zu machen. Daß dies nicht geschehen ist, sei zu bedauern.

In der Aussprache machten verschiedene Redner den Vorschlag, kräftig dahin zu wirken, daß die noch ausstehenden Sparer zum Verzicht bewogen werden sollen. Eine Kommission von 20 Herren aus der Versammlung erklärte sich bereit, die Sparer in ihren Wohnungen aufzusuchen und das Versäumte nachzuholen. Die Sparer, die sich an der freien Aussprache beteiligten, stellten sich fast durchweg auf den Standpunkt des Verhandlungsleiters Kapelle. Nur Herr Lehnert vertrat eine gegenteilige Ansicht, fand damit aber keine nennenswerte Zustimmung. Besonders mißfällig wurde es aufgenommen, daß sich Lehnert wiederholt geringschätzig mit dem Verhandlungsleiter befaßte. Mehrere Redner traten ihm mit großer Schärfe entgegen. Schließlich wurde eine Schutzkommission eingesetzt, bestehend aus drei Mitgliedern. Als Rechtsbeistand wurde Rechtsanwalt Dr. Dienstfertig gewählt. Eine Zeichnungsliste auf einen Kostenvorschuß ergab annähernd 300 Mark.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Lorenz gab einige Aufschlüsse. Einen Sturm der Entrüstung erregte es, als bekannt wurde, daß Rechtsanwalt Jestel, der am Sonnabend in die Sparerschutzkommission gewählt wurde, selbst den Konkurs beantragt habe. Erregt äußerten sich die einzelnen Gruppen über diese Tatsache. Um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Gewerkschaften und Arbeitergesundheitspflege.

Das Gewerkschaftskartell in Frankfurt a. M. faßte einen bemerkenswerten Beschluß auf dem Gebiete der Arbeitergesundheitspflege. Es stimmte, wie das Korrespondenzblatt der General-Kommission mitteilt, dem Vorschlag auf Errichtung einer örtlichen Zentrale für Arbeitergesundheitspflege zu.

Angeregt wurde die Schaffung dieses Instituts von dem bekannten Hygieniker Dr. med. Hanauer, Frankfurt a. M. Das Kartell befaßte sich wiederholt mit der Frage; es wurden auch Stimmen gegen die Gründung laut, die sich von ihr nicht viel versprachen. Zweifellos ist es ja Aufgabe von Staat und Kommune, die Gesundheitspflege des Volkes zu fördern, aber wie auf anderen sozialen Gebieten müssen auch hier die Gewerkschaften vorbildlich vorgehen. Aus diesen Erwägungen heraus beschloß das Kartell, die Tätigkeit in Gesundheitsfragen aufzunehmen.

Die Aufgabe der Zentrale für Arbeitergesundheitspflege soll sein, die Gesundheit der Arbeiterschaft zu erhalten, sie durch theoretische Untersuchungen und praktische Maßnahmen zu fördern.

Die wichtigsten Gebiete der Betätigung sind: Die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Hebung der Volksernährung, die Gewerbehygiene, die Krankenfürsorge, die Bekämpfung der Volkskrankheiten, die Bekämpfung der Säuglingskrankheiten, und schließlich die hygienische Kinder- und Jugendfürsorge.

Träger der Zentrale ist das Gewerkschaftskartell. Zur Mitarbeit sind berufen Einzelpersonen, sowie Vertreter von Organisationen, die sich mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Als unterstützende Vereine sind u. a. gedacht: die Krankenkassen, der Konsumverein, Volksbau- und Sparverein, Verein zur Bekämpfung der Schwindsuchtsgefahr, Hygienischer Verein, Aerztlicher Verein, Verein für Säuglingsfürsorge, Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Mutterschutz- und andere soziale Vereine.

Wie man sieht, ist die Zentrale auf recht breiter Grundlage geplant. Hoffentlich entsprechen die Erfolge der Zentrale den gehegten Erwartungen. Für die Gewerkschaften bedeutet die Zentrale die Betätigung auf einem neuen Gebiet.

Das Vorgehen des Frankfurter Gewerkschaftskartells verdient gerade in unserer Stadt die größte Beachtung. In Breslau besteht seit Jahr und Tag eine folgenschwere Not an kleinen Wohnungen, die Lungenschwindsucht fordert hier mehr Opfer als in anderen Großstädten und die Säuglingssterblichkeit in den armen Familien ist immer noch erschreckend groß. Also ein Ausschuß für Arbeitergesundheitspflege fände in Breslau ein reiches Arbeitsfeld. Vielleicht beschäftigt sich mit dieser Frage einmal das hiesige Gewerkschaftskartell.

* **Die Stadt Augsburg** errichtet mit 500 000 Mark Grundkapital eine Beleihungsanstalt für zweite Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. — Dasselbe, was Genosse Wiener in Breslau beantragt.

* **Schwere Unglücksfälle.** Ins Hospital der Barmherzigen Brüder wurden schwerverletzt aufgenommen: ein hiesiger Arbeiter, auf den ein Holzstoß stürzte, ein Arbeiter von hier, der mit einer Hand in eine Holzmaschine geriet, ein Arbeiter aus Leipe bei Breslau, der auf dem Felde von einem Fuhrwerk überfahren wurde, ein Friseur aus Canth, der sich mit einem Messer schwer an der linken Hand verletzte.

* **Kindesleiche.** Am 4. Mai, nachmittags, wurde, wie bereits gemeldet, in der Nähe der Militärbadeanstalt die Leiche eines Kindes männlichen Geschlechts gelandet. Der Knabe dürfte im Alter von 1 bis 2 Jahren gestanden haben. Bekleidet war das Kind mit karriertem Oberröckchen, rotem Unterröckchen und weißem Hemdchen. Wer über die Herkunft des Kindes Angaben machen kann, melde sich sofort im Zimmer 47/48 des Königlichen Polizei-Präsidiums.

* **Einbrüche.** In der Nacht zum 4. Mai sind Diebe in eine Druckerei auf der Neuen Gasse eingedrungen und haben 2 Herrenräder (Marke Grützner, Nr. 840 926 und Marke Orkan, Nr. unbekannt), ferner ein Damenrad Marke Meteor, Nr. 98815, gestohlen. — Am 4. Mai, nachmittags, ist in eine Wohnung an der Bergstraße eingebrochen worden. Gestohlen sind 2 Geldtaschen, von denen die eine leer war, die andere 10 Mark in Silber enthielt, und eine goldene Uhr nebst Kette.

Jugendbewegung.

Immer feste drauf! Zentrumszeitungen wissen zu melden: „Die preußischen Polizeibehörden sind, gutem Vernehmen zufolge, angewiesen worden, der sozialdemokratischen Jugendbewegung durch schärfer behördliche Maßnahmen entgegenzutreten. Die im Schoße des Staatsministeriums getroffenen Vorerhebungen haben für den politischen Charakter der sozialdemokratischen Jugendvereine so viel Material zutage gebracht, daß mit der Unterstellung der Vereine unter das Reichsvereinsgesetz bereits für die nächste Zeit zu rechnen ist.

Auch der Spürnase unserer preußischen Polizei wird es schwer fallen, Vereine zu entdecken, die es garnicht gibt. Daß im übrigen die Arbeiter-Jugend kräftig verfolgt werden wird, konnten wir uns denken. Das ist ganz preußisch. Ob's freilich helfen wird, das ist eine andere Frage. Bisher haben alle Verfolgungen nur uns etwas genützt.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 10 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Mehr Schutz den jungen Arbeitern! — Erlösung. Die Geschichte einer proletarischen Jugend. Von Fritz Sepp. — Der Kampf um den freien Sonntag. Von Gustav Doch. — Babylon. Von A. Ellinger. (Mit Abbildungen.) — Am Fabriktor. Gedicht von L. Lessen. — (Ein Kesseltreiben auf die Arbeiterjugend.) — Die Gegner an der Arbeit. Von der Kehrseite der Kultur.

Beilage: Die Fischer. Erzählung von Johann Bais. (Forts.). — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Haenisch (Schluß). — Eine Harzwanderung. (Mit Abbildungen.) Von W. Baetzel. — Die drei großen griechischen Tragiker. 2. Sophokles. Von Otto Koenig. — Verrückt. Erzählung von Fritz Müller.

Neueste Nachrichten.

Ein Segler gesunken.

16 Personen ertrunken.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Biserta sank das zwischen Sfax und Djerba verkehrende tunesische Segelschiff „Ferga". 16 Personen sind ertrunken.

Der Handelshochschulkonflikt geht weiter.

Berlin, 6. Mai. In einer Erklärung auf den Beschluß der Aeltesten der Kaufmannschaft beharren die Berliner Handelshochschuldozenten auf ihrem Standpunkt und lehnen jede Einwirkung auf den Streik der Studierenden ab.

Krieg im Frieden.

Paris, 6. Mai. Ein gefährlicher Unfall ereignete sich am Dienstag nachmittag in der Nähe des Artillerieschießplatzes Connelles bei Caen. Die sechs Pferde eines Munitionswagens scheuten vor einem Auto und gingen durch. Die dahinrasenden Pferde überrannten eine Gruppe von Fußartilleristen. Zehn Soldaten erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen, während ein Kanonier, der vom Wagen absprang, einen Beinbruch erlitt.

Demonstrationen für Mexiko.

Brüssel, 6. Mai. Gestern abend fand hier eine große Manifestation zugunsten Mexikos und der mexikanischen Sache statt, die von der südamerikanischen und spanischen Kolonie veranstaltet worden war. Zahlreiche zum Teil recht heftige Reden wurden gegen die Haltung der Vereinigten Staaten gehalten und die Solidarität des lateinischen Amerikas wurde wiederholt hervorgehoben. Die Manifestanten zogen nach Schluß der Sitzung durch die Straßen zum mexikanischen, chilenischen und argentinischen Konsulat und stießen überall begeisterte Hochrufe aus.

London, 6. Mai. Nach Privatmeldungen aus Washington ist eine Stadt in Canada für die Zusammenkunft der Delegierten der Union und Mexikos in Aussicht genommen. — Aus Veracruz wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung den Ertrag der Zolleinnahmen zur Tilgung der auswärtigen Anleiheverpflichtungen Mexikos zu verwenden gedenkt.

Schwerer Zugzusammenstoß.

Luxemburg, 6. Mai. Bei der luxemburgischen Ortschaft Ulflingen rannte der Schnellzug Luxemburg—Lüttich auf einen leeren Personenzug. Sechs Wagen des Personenzuges wurden ineinandergeschoben und zerstört. Von den Reisenden des Schnellzuges wurden einige erheblich verletzt, andere kamen mit leichten Quetschungen davon.

Die Kämpfe in Südalbanien.

Rom, 6. Mai. Hier liegen Meldungen über Zusammenstöße zwischen Albanesen und Epiroten vor, die auf beiden Seiten viel Blutvergießen forderten. Die Albanesen liegen augenblicklich vor Argyrocastro, das von einer starken epirotischen Garnison mit zahlreichen Kanonen und Maschinengewehren verteidigt wird. Die Epiroten wurden aufgefordert, sich zu ergeben, erklärten jedoch, daß sie lieber sich selbst und die ganze Stadt in die Luft sprengen würden. Man erwartet den Sturm der Albanesen auf Argyrocastro, doch versuchen die Führer, zu Unterhandlungen ihre Zuflucht zu nehmen, da ein solcher Sturm zweifelsohne auf beiden Seiten viele Menschenleben kosten würde. Die Situation in Albanien ist äußerst ernst.

Schweres Eisenbahnunglück.

Brünn, 6. Mai. Dienstag abend hat auf der Station Sokolnitz ein Zugzusammenstoß stattgefunden, bei dem dreißig Personen schwer und zahlreiche andere leichter verletzt worden sind.

Zur Dynamit-Explosion in Panama.

Panama, 5. Mai. Die Explosion im Dynamit-Magazin ist durch einen Waldbrand herbeigeführt worden, der auf das Gebäude übergriff. Die meisten Getöteten sind Feuerwehrleute.

Zur Brandkatastrophe auf hoher See.

New York, 6. Mai. Bei dem schon gemeldeten Schiffsbrand handelt es sich um den Dampfer „Columbian". Der Dampfer „Franconia" meldet durch Funkenspruch über Sable Island: Dreizehn Ueberlebende des britischen Dampfers „Columbian", der auf dem Wege von Antwerpen nach New York Sonntag abend in Brand geriet, wurden heute vom Cunard-Dampfer „Franconia" aufgegriffen. Im Boot befand sich auch die Leiche des Oberstewards Matthews. Ein anderes Boot mit dem ersten und zweiten Offizier und 167 Mann treibt noch umher. „Franconia" wird danach weiter suchen.

Eine russische Stadt in Flammen.

Aus Olkusch im Gouvernement Kielce wird gemeldet, daß die Stadt Skala in Flammen steht. 300 Häuser sind dem Feuer bereits zum Opfer gefallen. Man befürchtet, daß auch viele Menschenleben den Tod

Schlesien und Posen.

Ohlau, 6. Mai. Feuer. Montag nachmittag in der fünften Stunde brannte in Jäkdorf bei Ohlau das Wohnhaus des Stellenbesitzers Winter bis auf die Umfassungsmauern nieder. Dabei verbrannte ein Teil der Wirtschaftsgegenstände. Das Haus war mit Schoben gedeckt und nur gering versichert.

Neukölln, Kreis Brieg, 6. Mai. Eingebrochen wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag in das Gasthaus „Zum Fürst Bismarck". Die Diebe gingen wahrscheinlich nur nach Geld, da sie das aber nicht fanden, tranken sie eine Flasche alten Korn, eine Schachtel Zigaretten und eine Blechdose Rollmöpse mitgehen. Der Sprechautomat wurde erbrochen, aber das Ergebnis waren nur wenige Nickel. Bei ihrer „Arbeit" stärkten sich die Diebe durch zwei Flaschen Bier, wie die leeren Flaschen bewiesen.

Schweidnitz, 6. Mai. Tödlicher Sturz von der Treppe. Die erst 25jährige frühere Lehrerin Margarete Mende aus Strehlitz stürzte von einer Treppe und verstarb an den erlittenen schweren Verletzungen.

Waldenburg, 6. Mai. Nachwirkungen vom Kapellenstreit. Die „Schlesische Bergwacht" berichtet, daß dem in Bad Salzbrunn wohnenden Pastor A. Goebel von der fürstlichen Generaldirektion verboten worden sei, die fürstlichen Kuranlagen zu betreten. Der Ursprung dieses Verbots ist in der Streitfrage zu suchen, ob die evangelische Kapelle in Bad Salzbrunn eine Privatkapelle des Fürsten Pleß oder ein öffentliches Gotteshaus ist. Es sind in letzter Zeit zwischen dem Bevollmächtigten des Fürsten Pleß, Herrn Regierungsrat Kornborff, und dem Pastor A. Goebel Briefe in dieser Streitfrage gewechselt worden. Schließlich hätte sich Pastor Goebel den Unteroffizierston der Kornborffschen Briefe verbeten und daraufhin wurde ihm, ähnlich wie im vorigen Jahre, einem Breslauer Professor, mitgeteilt, daß alle fürstlichen Privatwege von ihm nicht mehr betreten werden dürften. Pastor Goebel wollte wegen seines Halsleidens eine Kurkarte und eine Konzertkarte lösen. Aber auch gegen Bezahlung des üblichen Satzes ist ihm dies verweigert worden. Alle Wärter und Angestellten der Fürstlichen Brunnendirektion haben genaue Instruktionen erhalten, Herrn Pastor Goebel von allen fürstlichen Privatwegen zu weisen, sowie vor allem ihm keine Konzertkarten zu verkaufen. Diese Maßnahme der Badedirektion ist um so auffälliger, als sie sich gegen einen am Orte ansässigen Geistlichen richtet, der nun, da die meisten Wege in Bad Salzbrunn fürstliche Privatwege sind, kaum noch in der Lage sein wird, sein Amt auszuüben. — Das scheint aber die sonst frommen Herren in der Umgebung des Fürsten Pleß nicht zu stören.

Jauer, 6. Mai. Selbstmord im Polizeigefängnis. Der Gelegenheitsarbeiter Robert Scharf von hier, ein vielfach vorbestrafter Mensch, wurde Dienstag vormittag wegen Diebstahls festgenommen, weil er auf dem Kornerplatz einem Arbeiter das Portemonnaie mit 20 Pf. gestohlen hatte. Im Polizeigefängnis, wohin Scharf überführt wurde, hat er bald nach seiner Einlieferung Selbstmord durch Erhängen verübt. — Jedenfalls wären die 20 Pf. dem Scharf sehr teuer geworden bei seinen vielen Vorstrafen.

Pfaffendorf, Kreis Sprottau, 6. Mai. Tödlicher Unfall. Der bei dem Gutsbesitzer Paul Hahn in Pfaffendorf beschäftigte Pferdejunge Paul Hoppe ging während der Vesperzeit auf die Tenne, um Eier zu suchen, weil er dort eine Henne hatte gackern hören. Ein anderer Pferdejunge warnte ihn, doch war es zu spät. Hoppe stürzte durch ein Loch herab und war sofort tot. Der Verunglückte schlug mit dem Kopf auf eine Wagendeichsel, so daß er das Genick brach und die Schädeldecke beschädigt wurde. Hoppe ist erst 15 Jahre alt und erst vier Wochen bei Hahn in Diensten.

Ratibor, 6. Mai. Brotlose Künste. Ein leichtsinniges Bravourstück, das ihm beinahe das Leben gekostet hätte, hat im Stadtwalde ein junger Mann verübt. Er fuhr auf seinem Fahrrade die Rodelbahn hinab. Einige Male gelang ihm das Wagestück. Dadurch nur noch kühner gemacht, vergrößerte er die Fahrgeschwindigkeit, fuhr gegen einen Baum und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er liegen blieb und von mehreren Personen nach Hause geschafft werden mußte.

Neustadt O.S., 5. Mai. Die Stadtväter bewilligten zunächst einige unwesentliche Vorlagen und nahmen dann Kenntnis von der Anstellung eines Technikers und eines Nachtpolizeisergeanten. Der Verlängerung bis Ende Juni 1915 der Mietsverträge der Reitbahn und der Böden über dem früheren Husarenstalle zu den bisherigen Bedingungen wurde zugestimmt, ebenso wurden die Kosten zur Legung der Anschlußleitung für das städtische Krankenhaus an die städtische Gasanstalt in Höhe von 750 Mark bewilligt. Die Kosten für den Anschluß des städtischen Krankenhauses, 1600 Mark, an die Kanalisation werden ebenfalls bewilligt. Für die Ausschmückung der Straßen und öffentlichen Gebäude anläßlich einer am 16. und 17. Mai hier stattfindenden General-Kirchen- und Schul-Revision hatten die Stadtväter auch 500 bis 600 Mark aus dem allgemeinen Steuersäckel übrig. Entsprechend einem Antrage der Finanzkommission und des Magistrats werden in diesem Jahre erhoben 193 Prozent Zuschläge zur Staatseinkommensteuer (Vorjahr 190 Prozent); 251,19 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern und zwar: 198 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer (195 Prozent im Vorjahr), sowie 321 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbebetriebe, 105 Prozent (im Vorjahre 100 Proz.), wie auch 100 Prozent der Betriebssteuer (mit Ausnahme derjenigen Betriebe mit nicht geistigen Getränken). — Einem Magistratsantrage entsprechend wurde beschlossen, wegen des im Laufe des Jahres auszuführenden Kasernenerweiterungsbaues einen Pump von 260 000 Mark bei der Landesversicherungsanstalt aufzunehmen, diesen vom Zahlungstage ab mit vierdreiachtel Prozent jährlich zu verzinsen und mit 1 Prozent unter Hinzurechnung der durch fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. — Die Verwaltung des Krankenhauses „Hedwig- und Max Pinkus-Stiftung" wurde 15 Grauen Schwestern übertragen; die Lieferung des Materials für einen in diesem Jahre notwendig werdenden Umbau des Retortenofens wird der Firma Kulmiz in Saarau zum Preise von 2624 Mark übertragen. Damit erfolgte Schluß der Versammlung.

Beuthen OS., 6. Mai. Kein neuer Lubelski-Prozeß. Gegenwärtig macht eine Notiz die Runde durch die Presse, daß das Reichsgericht der Revision des Verteidigers des wegen Mädchenhandels zu neun Jahren Zuchthaus verurteilten russischen Auswanderer-Agenten Lubelski stattgegeben hat. Das ist eine verfrühte Meldung, denn der Termin vor dem Reichsgericht findet erst Mitte Mai statt. Und dann ist es auch noch fraglich, ob die Revision für begründet erachtet wird, denn über 90 Prozent aller Revisionen werden bekanntlich vom Reichsgericht verworfen.

Gleiwitz, 6. Mai. Der Schänder der eigenen Mutter. Festgenommen wurde der Gelegenheitsarbeiter Josef Sikiera von hier, 24 Jahre alt, wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens und Blutschande. Er hat sich an seiner eigenen 56 Jahre alten Mutter vergriffen. Er gibt die Tat zu und behauptet, bei Verübung der Tat etwas angetrunken gewesen zu sein. Er ist bereits acht Mal wegen Roheitsvergehen vorbestraft, hat selten gearbeitet und war auch seit einem Monat ohne Beschäftigung. Dafür huldigte er umsomehr dem Alkohol und ließ sich von seiner alten Mutter, die ihr Brot mühsam als Straßenfegerin erwirbt, noch vollständig ernähren.

Zabrze, 6. Mai. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Durch herabstürzende Kohlenmassen bei einem Pfeiler ist auf der Brandenburggrube der Schlepper Hullok aus Ruda so schwer verletzt worden, daß er nach Einlieferung im Knappschaftslazarett Rudahammer verstarb.

Zabrze, 6. Mai. Ein Roheitsakt. Dienstag früh um 8½ Uhr entstand auf der Bismarckhütter Chaussee in der Nähe des Hauptamtes zwischen vier Grubenarbeitern ein Streit, wobei der Füller August Gaidzik von der Konkordiagrube einen derben Fußtritt in den Unterleib erhielt. Gaidzik starb wenige Minuten nachher an den Folgen der Verletzung.

Zawodzie, 6. Mai. Ein ungeratener Sohn. Der Grubenarbeiter Max Pironski aus Bogutschütz brachte aus geringfügiger Ursache seiner betagten Mutter mit einem Stiefel mehrere schwere Verletzungen am Kopfe bei, schloß sie in die Stube ein und ließ sie in hilflosem Zustande allein zurück. Der Arzt ordnete die Einlieferung der durch die Mißhandlung erkrankten Person in ein Krankenhaus an, da es sich wahrscheinlich um einen Schädelbruch handelt.

Sport- und Körperpflege.

Werdet Schwimmer!

Ueberall tritt uns heute der oftmals noch recht verpönte „Sport" entgegen. Alle Kreise des Volkes beschäftigen sich mit den verschiedensten Zweigen des Sportes. Nachdem nun aber versucht wird, den Sportbetrieb parteipolitischen Interessen dienstbar zu machen, die Jugend, das Volk im Sinne „nationaler Bestrebungen" zu erziehen, da erwacht auch in den breitesten Schichten der Arbeiterschaft die Liebe zum Sport und neue Anhänger können für den Arbeitersport gewonnen werden. Arbeitersport ist jener Sport, der in vernünftiger Art betrieben, hohen gesundheitlichen Wert besitzt.

Alle Sportarten, systematisch und unabhängig von der Preisjägerei betrieben, bergen Vorzüge für die Kräftigung des Körpers in sich, aber gerade der Wassersport, das Turnen im Wasser, ist einer der hervorragendsten Mittel zur Hebung der Volksgesundheit.

Die Luft, in der die Wasserübungen betrieben werden, ist staubfrei und feucht, daher gesund. Die zur Fortbewegung nötigen Bewegungen kräftigen die Muskeln und fördern den Kreislauf des Blutes. Auf Herz und Lungen wird eine namhafte Einwirkung ausgeübt. Mäßig betrieben, ist der Wassersport imstande, kränkliche Konstitutionen zu kräftigen. An Mut und Energie stellt der Wassersport Anforderungen, seine stärkende Wirkung auf das Nervensystem schafft Geistesgegenwart und Tatkraft, zwingt zur Geduld und Ausdauer, zu Selbstvertrauen und Selbstaufopferung. Der Wassersport ist eine Leibesübung von gesundheitlichem, sittlichem, ethischem und praktischem Wert. Keine andere Leibesübung ist imstande, ihn ganz zu ersetzen.

Arbeiter, beteiligt Euch auf dem Gebiete des Wassersports. Werdet Schwimmer, laßt vornehmlich unserer Jugend die Wohltaten dieses Sportes zugute kommen und tretet den Arbeiter-Schwimm- oder Wassersportvereinen bei.

Auskunft über den in Breslau bestehenden Arbeiter-Schwimm-Verein „Poseidon" erteilt der Vorsitzende Fritz Pahke, Ohlauer Straße 9, II.

Briefkasten.

Deutsch-Lissa. Wir können Ihnen solche Rechtsanwälte nicht angeben.

P., Lohestraße. Ja, die städtischen Lesehallen stehen für jeden offen; das Lesen der Zeitungen und Schriften kostet nichts. Angestellte geben die Schriften aus.

S., Wilhelmstraße. Ja, ein Gastwirt ist berechtigt, den Ausschank von Bier zu verweigern; er kann auch Jedem die Tür weisen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Ortszeit d. i. M.E.Z. + 8 Min.	4. Mai Nm. 2 Uhr	4. Mai Abd. 9 Uhr	5. Mai Mg. 7 Uhr	5. Mai Nm. 2 Uhr	5. Mai Abd. 9 Uhr	6. Mai Mg. 7 Uhr
Luftwärme (C)	+ 19,0	+ 14,7	+ 14,4	+ 16,6	+ 11,6	+ 11,7
Luftdruck (mm) a. d. Meer	752,0	750,0	746,1	744,5	743,8	741,9
Dunstdruck (mm)	6,7	6,7	7,9	9,4	9,0	7,8
Dunstsättigung (%)	83	64	64	69	89	76
Wind (0—12)	SW 4	S 4	S 4	SW 3	still	W 2
Wetter	heiter	wolkig	bewölkt	bewölkt	bewölkt	heiter

Zur Reduktion auf Meeresniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Gegenst. am Morgen früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Keilis	Neisse Ndbg. Oft.	Neisse Ndbg. Uft.	Brieg Oft.	Brieg Uft.	Kottwitz*)	Treschen*)	Breslau Oft.	Breslau Uft.	Pöp. Hüh.	Glatzau
6. 5.	1,15	0,80	2,10	0,39	3,80	1,17	4,40	1,82	0,76	0,42	4,90	1,76	0,17	—
5. 5.	1,21	0,81	2,12	0,36	3,80	0,94	4,50	2,08	0,84	0,56	4,94	1,65	0,23	1,04
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	2,48	2,07	4,07	2,38	1,68	1,56	5,00	0,14	1,88	2,85

*) Ansuterungshöhe f. Kottwitz 3,50 für Treschen: (Oder-) Ohle-Niederung 8,27.

Breslau, 5. Mai. Festgestellt von der Marktnotierungskommission für Getreide.

	Für 100 Kilogramm
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	19,00 — 19,20 Mk.
Roggen desgleichen	16,00 — 16,20 „
Hafer desgleichen	15,10 — 15,20 „
Mahl- und Futtergerste der letzten Ernte	18,30 — 18,50 „
Futtererbsen, gute Qualität der letzten Ernte	24,50 — 25,00 „
Kocherbsen desgleichen	21,50 — 22,00 „
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50 „
Heu	5,80 — 6,60 „
Langstroh	5,00 — 4,30 „
Preßstroh	2,00 — 2,40 „

Breslauer Mehlmarkt.

Mehl fest, per 100 Kilogramm inkl. Sack brutto Weizenmehl 00 fest, 27,50—27,50 Mk., Roggenmehl 0 fest, 24,00—24,50 Mk., Roggen-Schrotbacken fest, 23,50—24,00 Mk. Roggen-Futtermehl fest, 11,00—11,50 Mk. Weizenkleie fest, 10,50—11,00 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Mittwoch, den 6. Mai:

Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter, Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 7. Mai:

Erlentischler. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Aus der Geschäftswelt.

Bei ansteckenden Krankheiten ist eine vollkommene Desinfektion der Wäsche ebenso wichtig, wie deren Reinigung selbst. Es wird deshalb für unsere Leserinnen wichtig sein, zu erfahren, daß das bekannte selbsttätige Waschmittel Persil nicht nur ein hervorragendes Reinigungs-, sondern auch gleichzeitig ein wirksames Desinfektionsmittel ist. Nach wissenschaftlichen Feststellungen wirkt Persil in gleicher Weise desinfizierend wie entsprechende Karbol- oder Sublimat Lösungen und zwar schon bei den niedrigen Temperaturen von 30 bis 40°, d. h. bereits beim Waschen in handwarmer Lauge. Das ist besonders wichtig bei der Reinigung von Wollsachen, die ja bekanntlich nicht gekocht werden dürfen. Die Reinigung bei Anwendung von Persil ist vollkommen, und es werden dabei gleichzeitig alle Krankheitskeime, ohne jede Beschädigung der Wäsche, restlos beseitigt. Schon aus diesem Grunde sollte Persil in keinem Haushalte fehlen.

Versammlungen u. Vereine

Bürger der Stadtviertel Herdain u. Dürrgoy!

Gegen die Mißstände in unserem Bezirk, der seit 10 Jahren eingemeindet und seit 10 Jahren von der Stadtgemeinde Breslau vernachlässigt und zurückgesetzt worden ist, findet am **Donnerstag, den 7. Mai, abends 8½ Uhr**, im großen Saale des **Apollo-Etablissements**, Herdainstraße 100, eine 1460

Große öffentliche Protestversammlung

statt, zu der Magistrat und Stadtverordnete eingeladen sind. Herr Redakteur **Gustav Richter** wird in einem Vortrage alle unsere Beschwerden und Wünsche zur Sprache bringen. Hierauf freie Aussprache. Zu zahlreichem Besuche laden Euch ein

Im Namen vieler Mitbürger:

Birkner, Erbsaß; **Galinski**, Gärtnereibesitzer; **Metschulat**, Hausbesitzer; **Schmanke**, Hausbesitzer; **Scholz**, Hausbesitzer, **Tando**, Landwirt; **Will**, Fabrikbesitzer; **Winkler**, Gärtnereibesitzer; **Wolf**, Steinmetzmstr.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Die nächsten monatlichen

Distrikts-Versammlungen 1454

(Zahlabende) werden **Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr**, in den bekannten Distriktslokalen abgehalten. Der Vorstand.

Deutscher Holzarb.-Verband, Zahlstelle Breslau.

Achtung! Erlentischler! Achtung!

Versammlung

am **Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr**, im Zimmer 7 b. Gewerkschaftsh.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung einer Preisregelung für maschinenfertige Arbeiten vor Ablauf des Tarifvertrages. 2. Andere Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 1455

Achtung! Erlentischler! In den nächsten Tagen u. Wochen kann es nur einen Ruf: „Auf zum Kampfe!" geben.

Zurückgekehrt [1457

Dr. Hauptmann

Sprechstunden: 7—8, 3—4.

Tischlerwerkstätte wegen hohen Alters billig zu verkaufen. 6 Bänke. Offerten unter U. T. 100 an die Exped. der Ztg. 1451

Bierflaschen u. Gebrauchsflaschen von Hoffmann — 50 Pfg.

Persil

Das selbsttätige Waschmittel für Hauswäsche!

Henkel's Bleich-Soda

Wollen Sie billig kaufen so kommen Sie zu mir gelaufen

Neue Fahrräder mit 1 Jahr Garantie und Gummi von 39.00 an

Mod. Strassenrenner mit Lenker Fasson „Suter" Nabenschaltung, Schlauchreifen 65.00

Schutzbleche mit guter Emaillierung, kompl. Garnitur 55 Pfg. 15187

Fußpumpen	0.50 Mk.	Mäntel	1.75 Mk.
Griffe (per Paar)	0.15 „	Mäntel m. Garantie	4.00 „
Radnabenpumpen	0.75 „	Mäntel m. 12 Mon. Gar.	5.50 „
Drahtbremsen	1.10 „	Mäntel m. 18 Mon. Gar.	7.75 „
Pedale mit Gummi (Paar)	1.25 „	Schläuche	1.40 „
Kettenschutzringe	1.40 „	Schläuche m. Garantie	2.45 „
Sattelfedern	0.70 „	Schläuche m. 12 Mon. Gar.	3.25 „

Drahtreifen 28×1½/×1¾, v. 6.50 Mk. an. Schlauchreifen von 9.60 Mk. an

Sämtl. Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.

Paul Kaiser, Fahrradhaus,

68 Klosterstr. 68, vis-à-vis Lützowstr.

Aus der Tiefe

Arbeiterbriefe

von Adolf Levenstein.

Mit 1,50 Mk. auf 10 Pf.

Zu beziehen durch:

Expedition „Volkswacht"

14150

Schuhputz „Urbin" überall zu beziehen!

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

„Der wahre Jakob"

Billige Schürzen.

Sonder-Auslagen im Cadiner Saal.

Kinderschürzen gestreift . . . . . Gr. 45
weiß gestreifter Batist mit reicher Stickerei . . Gr. 45
Tändelschürzen aus gemustertem Creton ohne Träger . . . . . .
Tändelschürzen weißer gestreifter Batist mit Stickerei, Ein- und Ansatz .
Knabenschürzen modefarbig, mit 2 Taschen, rote oder blaue Einfassung, Gr. 45 45 ₰, Gr. 60
70 ₰

Kleider-Schürzen in großer Auswahl

Knabenschürzen Satin Augusta, uniformartig gearbeitet, mit 2 Taschen .
Tändelschürzen ohne Träger, modefarb. Satin, mit Ein- und Ansatz . . .
ohne Träger, weiß, in glatt und gemustert . . . . .
mit Träger, weiß, reich garniert, mit Ein- und Ansatz
Servierschürzen dauerhafter Stoff mit Hohlsäumen . . . . . .
Hausschürzen . aus praktisch erprobt. Stoffen, große Schnitte, mit Volant, in erstklassiger Verarbeitung .
Blusenschürzen aus bewährten Stoffen mit Bordenbesätzen . . . . .
1.45 Mark

Kinderschürzen Hänger, Satin, hübsch besetzt mit Faltenvolant . . Gr. 45
Hänger, weiß, mit Stickerei, Ein- und Ansatz . . Gr. 45
Tändelschürzen weiß, ohne Träger, aus gestreiftem oder gepunkt. Mull
weiß, mit Träger, aus einfarb. Satin mit türkischen Kanten
mit Träger, einfarbig, Satin mit türkischen Kanten . . .
Hausschürzen . ohne Latz, gestr., echtfarbig dunkelbl. Creton mit Volant
Blusenschürzen gestreift, mit buntem Besatz
90 ₰

4 Tage
Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Kinderschürzen Hänger aus gestreiften Siamosen, mit Faltenvolant und Gürtel . . . . Größe 45
Hänger aus Flammèstoff, reich besetzt . . . . . .
Tändelschürzen mit Träger, modefarb. Satin, mit breitem Torchon-Ein- und Ansatz, besonders billig
mit Träger, weiß, mit sehr reich. Stick.-Garn., Blusenlatz
Hausschürzen . hellgestr. Siamosen u. gestr. od. gepunkt. Satin, außerordentl. preisw., extra große Schnitte
Blusenschürzen mit moderner Garnierung aus guten gestreiften Siamosen
1.65 Mark

Tändelschürzen weiß, ohne Träger, mit weißer Stickereigarnierung, Ein- und Ansatz . . . . . .
weiß, mit Träger, aus Stickereistoff . . . . . .
farbig, mit Träger, türkische moderne Muster . . . . .
Hausschürzen . ohne Latz, aus derben Stoffen extra weit . . . . . .
Blusenschürzen aus gestreiften Siamosen, in tadellos waschbaren Qualitäten, besonders weiter Schnitt
1.20 Mark

Ferner hervorragend billige Angebote in den Preislagen
2.25 2.90 3.50 4.50 bis 8.25

Kinderschürzen schwarz und dunkelblau Panama, hübsch besetzt . .
Tändelschürzen mit Träger, aus weißgestreiftem oder gepunktem Mull .
mit Träger, aparte bunte Satins in türkischen und Futuristen-Mustern . . . .
Hausschürzen . aus prima unverwüstlichen Siamosen-Stoffen . . . .
Blusenschürzen Flammèstoff oder dunkelblau Satin, reich garniert . . .
1.90 Mark

Erstklass. Verarbeitung — **4% Kassen-Rabatt** — **Bestbewährte Qualitäten**

Größte Bekleidungs-Spezialhäuser im östlichen Deutschland

Rudolf Petersdorff

Breslau Ohlauer-Straße 8
Posen * Königsberg i. Pr.

Am 4 Mai verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber guter Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Former

Paul Urban

im 49. Lebensjahre.

In tiefen Schmerz
Frau **Anna Urban**

Beerdigung: Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, nach Oswitz.
Trauerhaus: Weissgerbergasse 19. 1436

Am 4. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder d. Deutschen Metallark.-Verbandes, Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Weissgerbergasse 19 nach Oswitz. 1459

Nach schwerem kurzem Leiden verschied am 4. d. Mts. im Alter von 48 Jahren unser lieber, ehrenbraver, langjähriger Stammgast

Paul Urban. 1467

Sein Andenken wird stets in Ehren halten
Familie Glemnitz,
Inhaber der Brennerei A. Sauer, Wilhelmsstrasse 18.

Am 4. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied und Freund 1466

Paul Urban

im Alter von 48 Jahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Stammlokal „Trockene Ecke"
Brennerei A. Sauer
Inhaber G. Glemnitz, Wilhelmstrasse 18.

Am 4. d. Mts. verschied unser Kollege, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren. 1456
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die freiorganisierten Kollegen der Linke-Hofmann-Werke, Abt. Graugiesserei.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus Weissgerbergasse 19 nach dem katholischen Friedhof in Oswitz.

Am 4. d. Mts. verschied unser Freund und Genosse, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 13 innere Stadt (Westkreis) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Weissgerbergasse 19, nach dem katholischen Friedhof in Oswitz. 1469

Am 4. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren. 1468
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, d. 7. Mai, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Weissgerbergasse 19, nach dem kath. Friedhof in Oswitz. (Distrikt 13.)

Am 3. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Lagerarbeiter

Ernst Scholz

im Alter von 33 Jahren. 1461
Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlanowitz.
Trauerhaus: Matthiasstrasse 113. Distrikt 10.

Am 2. Mai starb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Traugott Herrmann

im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4½ Uhr, in Gräbschen. 1458

Am 4. d. Mts. verschied unser Verbandskollege, der Tischler

Paul Schmelzer

im Alter von 50½ Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. 1470

Die Gleichheit
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Gekrönte Sanguiniker
von Hans Kraus.
Statt 5.00 Mk. nur 80 Pf. Durch Expedition und Kolporteure.

Der Militär-Etat im Reichstag.

249. Sitzung. Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Falkenhayn.

Kleine Anfrage.

Die Abgg. v. Meding (Welfe) und **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) fragen, ob der Reichskanzler die Interpretation der Reichsversicherungsordnung für richtig hält, wonach einzelne Krankenkassenwöchnerinnen, die erst am 1. Januar d. J. versicherungspflichtig wurden, das Wochengeld mit der Begründung verweigern, daß sie noch nicht sechs Monate der Krankenkasse angehören.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Entscheidung dieser Frage kann nur im Wege des Feststellungsverfahrens erfolgen.

Es folgt die gestern zurückgestellte namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zum Gesetzentwurf über die Konkurrenzklausel, wonach bei Erfüllungsklagen Androhung und Vollzug von Freiheitsstrafen ausgeschlossen sein sollen.

Der Antrag wird mit 215 gegen 59 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Petitionen.

Ueber eine Petition gegen den heimlichen Warenhandel wird entsprechend dem Antrag der Kommission zur Tagesordnung übergegangen.

Die weiteren 13 Petitionen werden auf Antrag Bassermann (natl.) von der Tagesordnung abgesetzt und mit der Beratung des

Heeresetats

begonnen.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen Rechenschaft zu geben von der Art, wie die Wehrvorlage sich in die Wirklichkeit übersetzt hat. Die Aufbringung des Mannschaftsersatzes ist ohne jede Schwierigkeit gelungen. (Bravo!) Wir behielten noch 38.000 vollständig taugliche Mannschaften übrig (Hört, hört!), die wir nicht mehr einstellen konnten. Dabei sind die Anforderungen an die Tauglichkeit in keiner Weise herabgemindert worden; ein Beweis hierfür ist, daß bis Ende Januar von den im Herbst eingestellten Mannschaften wegen später sich herausstellender körperlicher Fehler nur 4 Prozent zur Entlassung kamen gegen 4,5 Prozent im Vorjahr. Auch das Wohlwollen gegen diejenigen Wehrfähigen, deren häusliche Verhältnisse eine Befreiung vom Dienste notwendig machen, brauchten wir nicht herabzumindern, wir haben 0,31 Prozent mehr befreit wie im Vorjahre. Der Offiziersersatz bildete natürlich eine ganz besondere Sorge, da bereits Fehlstellen vorhanden waren. Auf etwa 30,000 Offiziere betragen die Fehlstellen heute nur noch 3000 und werden wahrscheinlich in zwei Jahren vollständig gedeckt sein. Bei den Unteroffizieren hatten wir durch die Wehrvorlage einen Bedarf von 10,000 Stellen. Am 15. November fehlten hiervon nur noch 4000 Köpfe, die am Ende d. J. durch den regelmäßigen Zugang gedeckt sein würden, wenn nicht durch den weiteren Ausbau der Vorlage im Oktober noch ein Bedarf von 1100 Köpfen einträte. Die Sache liegt sogar noch etwas ungünstiger, weil wir bei den berittenen Truppen einen Ueberschuß und daher bei den Fußtruppen einen größeren Mangel haben. Bei der Ausrüstung des Heeres mit Pferden hatten wir einen Mehrbedarf von 1800 Remonten, d. h. noch nicht volljährigen Pferden, und konnten ihn ohne jede Schwierigkeit durch Züchtarbeit decken. Von Ende August an konnten wir auch mit dem Ankauf volljähriger Pferde beginnen, es handelt sich um 17.000 Pferde, die bis Anfang November gekauft werden mußten. Außerdem mußte auch eine beschränkte Anzahl von Kaltblütern gekauft werden. Das Urteil über das Resultat des Ankaufs ist in der Armee durchaus günstig. Freilich haben sich während des letzten Winters die Seuchen in unseren Ställen gehäuft, und wir werden in Zukunft mit der Ueberführung in unsere Stallungen und mit den Anforderungen an die aus dem bürgerlichen Leben kommenden Pferde, an die bürgerlichen Pferde (Gelterkeit), noch vorsichtiger sein. Die Mittel für die Festungsbauten sind verwendet worden, um die Kriegsbereitschaft unserer Grenzfestungen überall in wirksamer Weise zu steigern. Eine der schwierigsten Aufgaben war natürlich, die Unterkunft für den Massenzufluß zur Armee in der kurzen Zeit vom Juli bis Oktober sicher zu stellen. Die Bauten für die Pferde sind sämtlich vollendet, die für die Mannschaften natürlich noch nicht, doch halfen wir uns mit Baracken, sodaß die Bevölkerung nur in einem einzigen Falle wegen nicht pünktlicher Lieferung in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Die Verpflegung war überall sichergestellt. Verhältnismäßig die größte Schwierigkeit hat die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung gemacht, deren Herstellung ja teilweise eine erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Wir halten uns aber auch mit älteren Beständen, sodaß am 6. Oktober dem Kaiser gemeldet werden konnte, daß jeder Truppenteil ausrückefähig ist. (Bravo!) — Bei den Ausführungsbestimmungen bin ich nicht beteiligt gewesen, ich kann daher um so unbefangener aussprechen, daß die Leistungen der Verwaltungsbeamten in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober geradezu mustergiltig und bewundernswert gewesen sind. (Lebh. Bravo b. d. bürgerl. Parteien.)

Abg. **Schulz**-Erfurt (Soz.):

Als der Kriegsminister v. Heeringen die letzte große Heeresvorlage hier vertreten mußte, war er längst seines Amtes überdrüssig. Er war gewiß kein Kleber, und es war zweifellos sein militärisches Pflichtgefühl, was ihn im Amte hielt. Bei der Verabschiedung der vorhergehenden kleinen Militärvorlage hat der Herr v. Heeringen dem Reichstage gesagt, nun sei es genug, alle Lücken der Rüstung wären ausgefüllt, und als dann wenige Monate später die Rüstungstreiber oder der Generalstab der höchsten Stelle klargemacht hatten, daß unsere Rüstungen noch sehr große Lücken hätten, hat Herr v. Heeringen vermutlich als gehorsamer Soldat gesagt: Zu Befehl! Und als man gerade von ihm noch verlangte, diesen raschen Meinungswechsel auch noch vor dem Parlament zu vertreten, hat er wieder als Soldat die Hacken zusammengeschlagen und gesagt: Zu Befehl! und hat die ungeheuerste Heeresvorlage, die der Reichstag je gesehen hat, hier vertreten. Die ganzen Redensarten über die Kriegsgefahr haben sich ja nachher als eitel Schaumschlägerei erwiesen. (Präsident **Kämpf** rügt diesen Ausdruck.) Glaubten aber die Herren der Militärverwaltung wirklich an die Kriegsgefahr, so war es doch geradezu unverantwortlich, von ihnen in dem Augenblick, wo eine umfassende Neuorganisation des Heeres durchzuführen war, ihren Posten zu verlassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gäbe nur eine Entschuldigung für diesen plötzlichen Wechsel, wenn man nämlich die Nachfolger für Herrn von Heeringen und seine Mitarbeiter schon längst draußen vor der Tür gehabt hätte. Aber unter all den Namen, die bei dem Weggang des Herrn von Heeringen als seine Nachfolger in der Presse genannt wurden, war Herr von Falkenhayn nicht. Die „Tägliche Rundschau" bezeichnete als Urheber der Neubesetzung den Generalstabschef von Moltke und teilte mit, daß Herr von Falkenhayn sich der Sympathie des Kronprinzen erfreue. (Unruhe rechts, Rufe: Zur Sache!) Ich spreche ja über die Person des Kriegsministers, dem Sie das Gehalt bewilligen wollen.

Der Kronprinz hat bisher noch keine Beweise geliefert,

daß er besonders qualifiziert ist für das Kriegsministerium (Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte, die Bemerkungen über den Kronprinzen hierbei aus dem Spiele zu lassen! — Bravo! rechts.) Die ganzen Vorgänge bei diesem Ministerwechsel scheinen mir typisch zu sein für die neue Richtung in unserem Offizierkorps. Die Politisierung der Offiziere und der ausgeprägte Kastengeist, der sagt: Wir sind der erste Stand; das Zivil hat Steuern zu zahlen und im übrigen das Maul zu halten, das ist der Geist, der scharf macht gegen den „inneren Feind". Kaum war die letzte Heeresvorlage beschlossen, so entschlüpfte dem General v. Reichenau das Geständnis: Heute würde ein Krieg von 30 Wochen unsere Kultur mehr zurückwerfen, als einst der dreißigjährige Krieg. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich glaube ja, es würden schon 30 Tage genügen. Dieser General schließt seinen Artikel mit den Worten: „Jede auf Mehrung der kriegerischen Tüchtigkeit gerichtete Arbeit wiegt schwerer, als die Beschäftigung mit kulturellen Tändeleien!" (Hört, hört!) Im März dieses Jahres hat sich im Zeitungswald der militärischen Schriftsteller ein wahrer Sturm erhoben. In welcher Welt leben eigentlich diese Generale, die den Zukunftskrieg an den Haaren herbeiziehen möchten, wie Generalmajor Keim, General Bernhardi und andere. Wenn wir deutsche Zustände kritisieren, dann wirft man uns Vaterlandsverrat vor, Herr Keim aber darf die deutschen Rüstungen herabsetzen vor dem Ausland. Das ist immer noch Patriotismus. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auf einer Tagung des Alldeutschen Verbandes kam auch

die Gier des Rüstungskapitals

zum Ausdruck, dem es ganz gleich ist, welches Land in den Krieg getrieben wird. Profit macht das Rüstungskapital in jedem Falle, zumal das Rüstungskapital aller Länder verfippt und verschwägert ist. Daß die Millionenheere in Europa einmal aufeinanderstoßen, ist ganz undenkbar. Der Transport und die Verpflegung der Massenheere ist eine ungelöste und wahrscheinlich unlösbare Aufgabe. Ungelöst ist auch das Problem der moralischen Einwirkung eines solchen Massenkrieges auf die Truppen. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Mit dem Kulturgefühl wächst auch der Abscheu vor dem Morden und Sengen im Kriege (Widerspruch und Zurufe rechts.) Was wissen Sie denn vom Volk, von der Arbeiterschaft, von der Sozialdemokratie? Sicher nicht mehr als die aus dem Kadettenhaus entlassenen Kadetten. Bei Ihrer Unkenntnis des Volkes vermögen Sie auch nicht zu beurteilen, welchen Faktor das Volk bei einem Kriege ausmachen würde, nicht etwa in dem Sinne einer disziplinlosen Insubordination. Aber

die Truppen von heute sind keine Söldner,

die gedanken- und besinnungslos in den Krieg ziehen, es sind zum Kulturbewußtsein erwachte Menschen, die die Kultur schützen wollen gegen die Verwüstungen eines Krieges. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir sogar denken, daß manchem christlichen Manne, der von der Sozialdemokratie nie etwas gehört hat, während des tödlichen Mordens auch einmal der schlichte Sinn des Bibelwortes aufgeht: Du sollst nicht töten. Freilich steht ja neben ihm auch der Jesuit, der ihm nachweist, daß das Wort eigentlich kein Gegenteil bedeutet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht sagt der Kriegsminister: Was gehen die Herren a. D. und z. D. mich an. Ob er das auch wagen würde, wenn die Herren im demokratischen Sinne Politik trieben? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum tut aber der Kriegsminister nichts gegen die aktiven Offiziere, die Politik treiben? Seit der Jahrhundertfeier des Regiments in Frankfurt am Main beschimpfte der General von Schenk in der Festrede die Sozialdemokraten, in Rostock bezeichnete der Oberst bei einer Ansprache vor Reservisten und Landwehrmännern die Sozialdemokraten als „Schweinehunde". In der Form nicht ganz so roh, aber in der Sache ähnlich, drückte sich General Mackensen bei der Kaisergeburtstagsfeier in Danzig aus. Was der General da von der Sozialdemokratie sagte, von ihrem Haß gegen die Religion, gegen Preußen, ist alles unrichtig. (Widerspruch rechts.) Das ist alles dummes Geschwätz. (Präsident **Kaempf** ruft den Redner für diesen Ausdruck, den er auf die konservativen Abgeordneten bezieht, zur Ordnung.) So wird Politik in der Armee getrieben. Eine der ersten Taten des Kriegsministers war ein Rundschreiben an die Handelskammern, worin er sie ersuchte, pensionierte Offiziere im kaufmännischen Beruf unterzubringen. Die Antwort der Handelskammern lautete durchweg: Das kaufmännische Bureau ist

kein Asyl für abgelegte Offiziere.

Der Reformeifer des neuen Herrn hätte sich nach der ungeheuren Belastung des Volkes durch die Militärvorlage anders betätigen können, als in dem Wunsche nach Kontorleutnants; er hätte sich gegen die düsteren, an das Mittelalter gemahnenden barbarischen Scheußlichkeiten der Soldatenmißhandlungen wenden sollen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der bayerische Kriegsminister hat mit einem Erlaß wenigstens seinen guten Willen bekundet. Hier im Reichstag aber hat sich der General Wild von Hohenborn geäußert. Diese Antwort muß man gehört haben. Aus dem stenographischen Protokoll geht der Ton der Rede nicht hervor (in schnarrendem Tone): „Es ist nicht richtig, daß . . ." „Es ist nicht richtig, daß . . ." Im übrigen wird die Antwort abgelehnt, da weder der Reichskanzler, noch der Reichstag zuständig ist . . ." Basta, Reichstag, du hast Du Deine Maulschelle! Was soll diese brüske Art? Sie ist nur zu erklären aus der geschwollenen Stimmung gewisser Militärkreise seit dem Ausgang von Zabern. Soll die Antwort etwa heißen, daß es den Reichstag nichts angeht, was bei der Ausbildung der Truppen passiert? Will der General etwa sagen, daß die Kommandogewalt ein Rührmichnichtan ist? Will er bestreiten, daß auch sie auf den Gesetzen beruht? Nicht zum ersten Male behandelt Herr von Hohenborn den Reichstag so. Ueber die Vorgänge bei einer Reservistenübung in Thüringen waren übertriebene Gerüchte und beunruhigende Meldungen in die Presse gelangt. Der Oberst hatte einer Coburger Zeitung den Regimentsbefehl zugehen lassen: „Die Uebung der Brigade ist geheim zu halten." Er wünschte eine Gefälligkeit von der Presse und schnarrte sie an, wie ein Unteroffizier seine Sol-

---

Geschichtskalender.

7. Mai.

1732 **Die Protestanten werden aus Salzburg vertrieben.**
1849 **Barrikadenkampf in Leipzig.**
1898 **Hungerrevolte in Mailand.**

Aus aller Welt.

Dynamitexplosion am Panamakanal.

8 Menschen getötet — 13 schwer verletzt.

Eine schwere Dynamitexplosion wird aus dem Staate Panama gemeldet. Ein der Regierung Panama gehörendes Dynamitdepot flog aus bisher noch unbekannten Ursachen in die Luft. Bei der Explosion wurden acht Menschen getötet und 13 zum Teil schwer verletzt. Auch der Materialschaden ist beträchtlich. Dagegen haben die Arbeiten am Kanal keinerlei Schaden erlitten.

Das Morden in Colorado.

Täglich bringt der Telegraph kurze Berichte über die Uebergriffe der kapitalistischen Mordbanden (Milizen genannt) in dem Staate Colorado (Vereinigte Staaten von Nordamerika). Doch sind es zumeist kurze Meldungen bürgerlicher Berichterstatter. Zu ihrer Ehre sei es gesagt, daß sie angesichts der unglaublichen Brutalität nichts verschleierten.

Ueber die unmittelbare Ursache des plötzlich offen ausbrechenden Kampfes — die erste liegt ja in dem zähe durchgeführten Streik der Miner — bringt so recht die skrupellose Provokation zeigt, lesen wir in unserem Bruderblatt, der New-Yorker Volkszeitung folgende Schilderung:

Die Provokation.

„Heraufbeschworen wurde das Blutbad durch das provokatorische Verhalten einiger junger Lümmel von der Miliz, die bei einem Baseball-Spiel am Sonntag, zwischen Streikern von Trinidad und Ludlow sich lächerlich machten und die Frauen beleidigten. Diese verbaten sich die Flegeleien und waren gerade willens, den Burschen einen gehörigen Denkzettel zu geben. Die Leiter der Zeltkolonie verhüteten aber ernstere Zusammenstöße dadurch, daß sie die frechen Burschen schleunigst fortführten und sie in gegenüberliegenden Bergen versteckten. Die Milizer waren immerhin dadurch in Rage gebracht und gestern Abend wurden bereits Schüsse abgefeuert, deren Herkunft allerdings noch unbekannt ist. Im Hauptquartier der United Mine Workers wurde gesagt, daß sich eine Gesellschaft von Streikern in die Berge begeben hatte, und man ist allgemein der Ueberzeugung, daß die dort stationierten Linderfeldt-Milizer, nahe Cedarhill, versuchten, an diesen ihr Mütchen zu kühlen. Es kam zu einem Zusammenstoß, der den Umfang einer allgemeinen Schlacht angenommen, in der jeder Streiker und jeder Milizier jetzt involviert ist.

Der ganze Distrikt befindet sich in einem Stadium der höchsten Aufregung, infolge der heutigen Erlebnisse. Selbst in Trinidad, 15 Meilen von der Szene, treffen die Bürger Anstalten, sich gegen die Uebergriffe der vom Staate bezahlten Mörderbande zu schützen. In Sopris, Segundo und Morley scheint man weitere Kämpfe vorauszusehen. John Lawson, Sekretär der United Mine Workers, versuchte, nach Ludlow zu kommen, wurde aber auf den Bergen von den Milizern festgehalten.

Um 9 Uhr abends stand die ganze Zeltkolonie der Streiker in Ludlow in Flammen, und die Streiker mußten sich vor den Kugeln der Milizer mit ihren Frauen und Kindern in die Berge flüchten. Einer der Beamten, Louis Tikas, wurde gemordet."

Einzelheiten über den Kampf.

„Nachdem bereits angekündigt, daß der Gouverneur die Truppen zurückberufen wollte, griffen diese offenbar zu den scheußlichsten Mitteln, um ihre „Position" im Streikgebiet zu halten."

„Die Miliz unternahm heute, am 20. April, einen äußerst brutalen Ueberfall auf die Zeltkolonie der Streiker in Trinidad, Col., in dessen Folge sich ein heftiger Kampf entspann, der seit zwölf Stunden ununterbrochen in den Bergen tobt, der bereits eine große Anzahl Tote und Verwundete auf beiden Seiten forderte, aber beim Einbruch der Dunkelheit mit gleicher Heftigkeit fortgesetzt wurde. Schätzungen über die Opfer des Kampfes schwanken. Bisher wurden 13 gezählt. Genaues läßt sich jedoch vorläufig nicht feststellen, da der Kampf, der sich auf eine Fläche von drei Meilen in der Umgebung der Ludlow Zelt-Kolonie erstreckt, ein Absuchen des Schlachtfeldes unmöglich macht.

Gegen Abend richteten die uniformierten Söldlinge der Grubenbarone das Feuer von drei Maschinengewehren gegen die Zelte der Kolonie, von denen bereits viele in Brand geschossen sind.

Ueber 100 Milizsoldaten liegen in der Nähe der Kolonie im Hinterhalt, das Feuer ihrer Gewehre mit dem der Schnellfeuergeschütze in die Lager der Miner sendend.

Im Hauptquartier der Miliz in Ludlow gab man abends die Zahl der getöteten Miner auf mindestens 13 an, während man die Zahl der verwundeten Arbeiter auf 20 schätzt. Ein Soldat

Der Ueberfall.

Eine an dem Kampfe unbeteiligte Person fand gleichfalls den Tod durch die Kugeln der Soldaten. Der Kampf begann am 27. April morgens, anderthalb Meilen von der Ludlow Zelt-Kolonie entfernt, als Miliz-Leutnant Linderfeld mit 16 Soldaten erschien und die Miner vertreiben wollte. Indessen vertrieben die Streiker erst Linderfeld, der sich schließlich auf dem Watertank Hill festsetzte, während Leutnant Lawrence nunmehr die ganze Miliz gegen das Lager der Streiker führte.

Verstärkungen von Trinidad wurden requiriert, deren Absendung sich jedoch verzögerte, da die Eisenbahner sich weigerten, den Spezialzug, der die Mitglieder der kürzlich formierten Kompagnie A barg, zu führen. Schließlich fanden sich drei höhere Beamten der Bahn, die das schmutzige Werk besorgten und die Menschenschlächter nach dem Schlachtfelde des Kapitalismus beförderten. Um 5 Uhr nachmittags trafen die Truppen in der Nähe des Kampfplatzes ein und verließen vor Ludlow den Zug, um sich in regelrechten Gefechtslinien an das Zeltlager der Miner anzuschleichen.

Ein Teil der Truppe bestieg am Bahnhof in Ludlow geschlossene Stahlfrachtwagen, in denen sie die Strecke entlang in das von den Streikern besetzte Gebiet geführt wurden, um aus den geschützten Wagen heraus die Streiker niederzuknallen.

Auf Gefangene geschossen.

Eine größere Gruppe von Streikern wurde im Pumpenhause, eine kurze Strecke nördlich von der Ludlow Station gefangen gesetzt. Dieses Gebäude wurde buchstäblich durchlöchert von den Kugeln der Springfielder Rifles. Unter dem Schutze der Dunkelheit konnten die Streiker sich nach Arryo, im Rücken der Zeltkolonie, zurückziehen. Dort setzten sie noch spät Abends den ihnen näher kommenden Milizern, die sie zu umzüngeln drohten, den heftigsten und mutigsten Widerstand entgegen. Weitere Streiker wurden auf der Nordseite von Hastings Canon umzingelt. Eine Abteilung Milizer von Cedarhill gibt sich alle Mühe, die Arbeiter Mann für Mann tot oder lebendig in ihre Hände zu bekommen".

„Humane" Justiz.

Am Sonnabend wurde, wie wir am Montag berichteten, vom Schwurgericht in Imberg (Bayern) die 26 Jahre alte Marie Metzner aus Regensburg zum Tode verurteilt. Sie hatte ihren 5½ Jahre alten unehelichen Knaben durch furchtbare Mißhandlungen und Hungerlassen langsam dem Tode nahe gebracht, der denn auch eintrat, als sie das Kind mit Absicht vom Sofa herunterstürzen ließ. Gewiß, es gibt für ein solches Verbrechen an einem unschuldigen, wehrlosen Kinde kein Wort der Entschuldigung, umso mehr, als die Verhandlung keinen Anhalt dafür ergab, daß die Mut die Triebfeder zu dem Verbrechen war. Wir wollen uns über die Verurteilung zum

Billige Schürzen.

Sonder-Auslagen im Cadiner Saal.

Kinderschürzen gestreift . . . . . Gr. 45
weiß gestreifter Batist mit reicher Stickerei . . Gr. 45
Tändelschürzen aus gemustertem Creton ohne Träger . . . . . .
Tändelschürzen weißer gestreifter Batist mit Stickerei, Ein- und Ansatz .
Knabenschürzen modefarbig, mit 2 Taschen, rote oder blaue Einfassung, Gr. 45 45 ₰, Gr. 60

70 ₰

Kleider-Schürzen
in großer Auswahl

Knabenschürzen Satin Augusta, uniformartig gearbeitet, mit 2 Taschen .
Tändelschürzen ohne Träger, modefarb. Satin, mit Ein- und Ansatz . . .
ohne Träger, weiß, in glatt und gemustert . . . . .
mit Träger, weiß, reich garniert, mit Ein- und Ansatz
Servierschürzen dauerhafter Stoff mit Hohlsäumen . . . . . .
Hausschürzen . aus praktisch erprobt. Stoffen, große Schnitte, mit Volant, in erstklassiger Verarbeitung .
Blusenschürzen aus bewährten Stoffen mit Bordenbesätzen . . . . .

1.45 Mark

Kinderschürzen Hänger, Satin, hübsch besetzt mit Faltenvolant . . Gr. 45
Hänger, weiß, mit Stickerei, Ein- und Ansatz . . Gr. 45
Tändelschürzen weiß, ohne Träger, aus gestreiftem oder gepunkt. Mull
weiß, mit Träger, aus einfarb. Satin mit türkischen Kanten
mit Träger, einfarbig, Satin mit türkischen Kanten . . .
Hausschürzen . ohne Latz, gestr., echtfarbig dunkelbl. Creton mit Volant
Blusenschürzen gestreift, mit buntem Besatz

90 ₰

4 Tage
Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Kinderschürzen Hänger aus gestreiften Siamosen, mit Faltenvolant und Gürtel . . . . Größe 45
Hänger aus Flammèstoff, reich besetzt . . . . . .
Tändelschürzen mit Träger, modefarb. Satin, mit breitem Torchon-Ein- und Ansatz, besonders billig
mit Träger, weiß, mit sehr reich. Stick.-Garn., Blusenlatz
Hausschürzen . hellgestr. Siamosen u. gestr. od. gepunkt. Satin, außerordentl. preisw., extra große Schnitte
Blusenschürzen mit moderner Garnierung aus guten gestreiften Siamosen

1.65 Mark

Tändelschürzen weiß, ohne Träger, mit weißer Stickereigarnierung, Ein- und Ansatz . . . . . .
weiß, mit Träger, aus Stickereistoff . . . . . .
farbig, mit Träger, türkische moderne Muster . . . . .
Hausschürzen . ohne Latz, aus derben Stoffen extra weit . . . . . .
Blusenschürzen aus gestreiften Siamosen, in tadellos waschbaren Qualitäten, besonders weiter Schnitt

1.20 Mark

Ferner hervorragend billige Angebote in den Preislagen
2^{25} 2^{90} 3^{50} 4^{50} bis 8^{25}

Kinderschürzen schwarz und dunkelblau Panama, hübsch besetzt . .
Tändelschürzen mit Träger, aus weißgestreiftem oder gepunktem Mull .
mit Träger, sparte bunte Satins in türkischen und Futuristen-Mustern . . . .
Hausschürzen . aus prima unverwüstlichen Siamosen-Stoffen . . . .
Blusenschürzen Flammèstoff oder dunkelblau Satin, reich garniert . . .

1.90 Mark

Erstklass. Verarbeitung — **4% Kassen-Rabatt** — **Bestbewährte Qualitäten**

Größte Bekleidungs-Spezialhäuser im östlichen Deutschland

Rudolf Petersdorff

Breslau Ohlauer-Straße 8
Posen * Königsberg i. Pr.

Am 4 Mai verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber guter Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Former

Paul Urban

im 49. Lebensjahre.

In tiefen Schmerz
Frau **Anna Urban**

Beerdigung: Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, nach Oswitz.
Trauerhaus: Weissgerbergasse 19. 1436

Am 4. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder d. Deutschen Metallarb.-Verbandes, Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Weissgerbergasse 19 nach Oswitz. 1459

Nach schwerem kurzem Leiden verschied am 4. d. Mts. im Alter von 48 Jahren unser lieber, ehrenbraver, langjähriger Stammgast

Paul Urban. 1467

Sein Andenken wird stets in Ehren halten
Familie Glemnitz,
Inhaber der Brennerei A. Sauer, Willmannstrasse 13.

Am 4. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied und Freund 1466

Paul Urban

im Alter von 48 Jahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Stammtisch „Trockene Ecke"
Brennerei A. Sauer
Inhaber G. Glemnitz, Willmannstrasse 13.

Am 4. d. Mts. verschied unser Kollege, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren. 1456
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die freiorganisierten Kollegen der Linke-Hofmann-Werke, Abt. Graugiesserei.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus Weissgerbergasse 19 nach dem katholischen Friedhof in Oswitz.

Am 4. d. Mts. verschied unser Freund und Genosse, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 15 Innere Stadt (Westkreis) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Weissgerbergasse 19, nach dem katholischen Friedhof in Oswitz. 1469

Am 4. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied, der Former

Paul Urban

im Alter von 48½ Jahren. 1468
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, d. 7. Mai, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Weissgerbergasse 19, nach dem kath. Friedhof in Oswitz. (Distrikt 19.)

Am 3. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Lagerarbeiter

Ernst Scholz

im Alter von 33 Jahren. 1461
Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlanowitz.
Trauerhaus: Matthiasstrasse 113. Distrikt 10.

Am 2. Mai starb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Traugott Herrmann

im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4½ Uhr, in Gräbschen. 1438

Am 4. d. Mts. verschied unser Verbandskollege, der Tischler

Paul Schmelzer

im Alter von 50½ Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. 1470

Die Gleichheit
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.
Durch die Gewerkschaften und Gewerkschaftskassierer zu beziehen.

Gekrönte Sangesmeister
von Hans Sachs.
Stets 5.00 Mk. nur 80 Pf. Durch Parteibüchereien und Kolporteure.

Der Militär-Etat im Reichstag.

249. Sitzung. Dienstag, den 5. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Falkenhayn.

Kleine Anfrage.

Die Abgg. **v. Mebing** (Welfe) und **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) fragen, ob der Reichskanzler die Interpretation der Reichsversicherungsordnung für richtig hält, wonach einzelne Krankenkassenwöchnerinnen, die erst am 1. Januar d. J. versicherungspflichtig wurden, das Wochengeld mit der Begründung verweigern, daß sie noch nicht sechs Monate der Krankenkasse angehören.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Entscheidung dieser Frage kann nur im Wege des Feststellungsverfahrens erfolgen.

Es folgt die gestern zurückgestellte namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zum Gesetzentwurf über die Konkurrenzklausel, wonach bei Erfüllungsklagen Androhung und Vollzug von Freiheitsstrafen ausgeschlossen sein sollen.

Der Antrag wird mit 215 gegen 89 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Petitionen.

Ueber eine Petition gegen den heimlichen Warenhandel wird entsprechend dem Antrag der Kommission zur Tagesordnung übergegangen.

Die weiteren 13 Petitionen werden auf Antrag Bassermann (natl.) von der Tagesordnung abgesetzt und mit der Beratung des

Heeresetats

begonnen.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen Rechenschaft zu geben von der Art, wie die Wehrvorlage sich in die Wirklichkeit übersetzt hat. Die Aufbringung des Mannschaftsersatzes ist ohne jede Schwierigkeit gelungen. (Bravo!) Wir behielten noch 38.000 vollständig taugliche Mannschaften übrig (Hört, hört!), die wir nicht mehr einstellen konnten. Dabei sind die Anforderungen an die Tauglichkeit in keiner Weise herabgemindert worden; ein Beweis hierfür ist, daß bis Ende Januar von den im Herbst eingestellten Mannschaften wegen später sich herausstellender körperlicher Fehler nur 4 Prozent zur Entlassung kamen gegen 4,5 Prozent im Vorjahr. Auch das Wohlwollen gegen diejenigen Wehrfähigen, deren häusliche Verhältnisse eine Befreiung vom Dienste notwendig machen, brauchten wir nicht herabzumindern, wir haben 0,31 Prozent mehr befreit wie im Vorjahre. Der Offiziersersatz bildete natürlich eine ganz besondere Sorge, da bereits Fehlstellen vorhanden waren. Auf etwa 30.000 Offiziere betragen die Fehlstellen heute nur noch 3000 und werden wahrscheinlich in zwei Jahren vollständig gedeckt sein. Bei den Unteroffizieren hatten wir durch die Wehrvorlage einen Bedarf von 10.000 Stellen. Am 15. November fehlten hiervon nur noch 4000 Köpfe, die am Ende d. J. durch den regelmäßigen Zugang gedeckt sein würden, wenn nicht durch den weiteren Ausbau der Vorlage im Oktober noch ein Bedarf von 1100 Köpfen einträte. Die Sache liegt sogar noch etwas ungünstiger, weil wir bei den berittenen Truppen einen Ueberschuß und daher bei den Fußtruppen einen größeren Mangel haben. Bei der Ausrüstung des Heeres mit Pferden hatten wir einen Mehrbedarf von 1800 Remonten, d. h. noch nicht volljährigen Pferden, und konnten ihn ohne jede Schwierigkeit durch Züchtarbeit decken. Von Ende August an konnten wir auch mit dem Ankauf volljähriger Pferde beginnen, es handelt sich um 17.000 Pferde, die bis Anfang November gekauft werden mußten. Außerdem mußte auch eine beschränkte Anzahl von Kaltblütern gekauft werden. Das Urteil über das Resultat des Ankaufs ist in der Armee durchaus günstig. Freilich haben sich während des letzten Winters die Seuchen in unseren Ställen gehäuft, und wir werden in Zukunft mit der Ueberführung in unsere Stallungen und mit den Anforderungen an die aus dem bürgerlichen Leben kommenden Pferde, an die bürgerlichen Pferde (Heiterkeit), noch vorsichtiger sein. Die Mittel für die Festungsbauten sind verwendet worden, um die Kriegsbereitschaft unserer Grenzfestungen überall in wirksamer Weise zu steigern. Eine der schwierigsten Aufgaben war natürlich, die Unterkunft für den Massenzufluß zur Armee in der kurzen Zeit vom Juli bis Oktober sicher zu stellen. Die Bauten für die Pferde sind sämtlich vollendet, die für die Mannschaften natürlich noch nicht, doch halfen wir uns mit Baracken, sodaß die Bevölkerung nur in einem einzigen Falle wegen nicht pünktlicher Lieferung in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Die Verpflegung war überall sichergestellt. Verhältnismäßig die größte Schwierigkeit hat die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung gemacht, deren Herstellung ja teilweise eine erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Wir halten uns aber auch mit älteren Beständen, sodaß am 6. Oktober dem Kaiser gemeldet werden konnte, daß jeder Truppenteil ausrückefähig ist. (Bravo!) — Bei den Ausführungsbestimmungen bin ich nicht beteiligt gewesen, ich kann daher um so unbefangener aussprechen, daß die Leistungen der Verwaltungsbeamten in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober geradezu mustergiltig und bewundernswert gewesen sind. (Lebh. Bravo b. d. bürgerl. Parteien.)

Abg. **Schulz**-Erfurt (Soz.):

Als der Kriegsminister v. Heeringen die letzte große Heeresvorlage hier vertreten mußte, war er längst seines Amtes überdrüssig. Er war gewiß kein Kleber, und es war zweifellos sein militärisches Pflichtgefühl, was ihn im Amte hielt. Bei der Verabschiedung der vorhergehenden kleinen Militärvorlage hat der Herr v. Heeringen dem Reichstage gesagt, nun sei es genug, alle Lücken der Rüstung wären ausgefüllt, und als dann wenige Monate später die Rüstungstreiber oder der Generalstab der höchsten Stelle klargemacht hatten, daß unsere Rüstungen noch sehr große Lücken hätten, hat Herr v. Heeringen vermutlich als gehorsamer Soldat gesagt: Zu Befehl! Und als man gerade von ihm noch verlangte, diesen raschen Meinungswechsel auch noch vor dem Parlament zu vertreten, hat er wieder als Soldat die Hacken zusammengeschlagen und gesagt: Zu Befehl! und hat die ungeheuerste Heeresvorlage, die der Reichstag je gesehen hat, hier vertreten. Die ganzen Redensarten über die Kriegsgefahr haben sich ja nachher als eitel Schaumschlägerei erwiesen. (Präsident **Kämpf** rügt diesen Ausdruck.) Glaubten aber die Herren der Militärverwaltung wirklich an die Kriegsgefahr, so war es doch geradezu unverantwortlich, von ihnen in dem Augenblick, wo eine umfassende Neuorganisation des Heeres durchzuführen war, ihren Posten zu verlassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gäbe nur eine Entschuldigung für diesen plötzlichen Wechsel, wenn man nämlich die Nachfolger für Herrn von Heeringen und seine Mitarbeiter schon längst draußen vor der Tür gehabt hätte. Aber unter all den Namen, die bei dem Weggang des Herrn von Heeringen als seine Nachfolger in der Presse genannt wurden, war Herr von Falkenhayn nicht. Die „Tägliche Rundschau" bezeichnete als Urheber der Neubesetzung den Generalstabschef von Moltke und teilte mit, daß Herr von Falkenhayn sich der Sympathie des Kronprinzen erfreue. (Unruhe rechts, Rufe: Zur Sache!) Ich spreche ja über die Person des Kriegsministers, dem Sie das Gehalt bewilligen wollen.

Der Kronprinz hat bisher noch keine Beweise geliefert,

daß er besonders qualifiziert ist für das Kriegsministerium (Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte, die Bemerkungen über den Kronprinzen hierbei aus dem Spiele zu lassen! — Bravo! rechts.) Die ganzen Vorgänge bei diesem Ministerwechsel scheinen mir typisch zu sein für die neue Richtung in unserem Offizierkorps. Die Politisierung der Offiziere und der ausgeprägte Kastengeist, der sagt: Wir sind der erste Stand; das Zivil hat Steuern zu zahlen und im übrigen das Maul zu halten, das ist der Geist, der scharf macht gegen den „inneren Feind". Kaum war die letzte Heeresvorlage beschlossen, so entschlüpfte dem General v. Reichenau das Geständnis: Heute würde ein Krieg von 30 Wochen unsere Kultur mehr zurückwerfen, als einst der dreißigjährige Krieg. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich glaube ja, es würden schon 30 Tage genügen. Dieser General schließt seinen Artikel mit den Worten: „Jede auf Mehrung der kriegerischen Tüchtigkeit gerichtete Arbeit wiegt schwerer, als die Beschäftigung mit kulturellen Tändeleien!" (Hört, hört!) Im März dieses Jahres hat sich im Zeitungswald der militärischen Schriftsteller ein wahrer Sturm erhoben. In welcher Welt leben eigentlich diese Generale, die den Zukunftskrieg an den Haaren herbeiziehen möchten, wie Generalmajor Keim, General Bernhardi und andere. Wenn wir deutsche Zustände kritisieren, dann wirft man uns Vaterlandsverrat vor, Herr Keim aber darf die deutschen Rüstungen herabsetzen vor dem Ausland. Das ist immer noch Patriotismus. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auf einer Tagung des Alldeutschen Verbandes kam auch

die Gier des Rüstungskapitals

zum Ausdruck, dem es ganz gleich ist, welches Land in den Krieg getrieben wird. Profit macht das Rüstungskapital in jedem Falle, zumal das Rüstungskapital aller Länder versippt und verschwägert ist. Daß die Millionenheere in Europa einmal aufeinanderstoßen, ist ganz undenkbar. Der Transport und die Verpflegung der Massenheere ist eine ungelöste und wahrscheinlich unlösbare Aufgabe. Ungelöst ist auch das Problem der moralischen Einwirkung eines solchen Massenkrieges auf die Truppen. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Mit dem Kulturgefühl wächst auch der Abscheu vor dem Morden und Sengen im Kriege (Widerspruch und Zurufe rechts.) Was wissen Sie denn vom Volk, von der Arbeiterschaft, von der Sozialdemokratie? Sicher nicht mehr als die aus dem Kadettenhaus entlassenen Kadetten. Bei Ihrer Unkenntnis des Volkes vermögen Sie auch nicht zu beurteilen, welchen Faktor das Volk bei einem Kriege ausmachen würde, nicht etwa in dem Sinne einer disziplinlosen Insubordination. Aber

die Truppen von heute sind keine Söldner,

die gedanken- und besinnungslos in den Krieg ziehen, es sind zum Kulturbewußtsein erwachte Menschen, die die Kultur schützen wollen gegen die Verwüstungen eines Krieges. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir sogar denken, daß manchem christlichen Manne, der von der Sozialdemokratie nie etwas gehört hat, während des tödlichen Mordens auch einmal der schlichte Sinn des Bibelwortes aufgeht: Du sollst nicht töten. Freilich steht ja neben ihm auch der Jesuit, der ihm nachweist, daß das Wort eigentlich sein Gegenteil bedeutet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht sagt der Kriegsminister: Was gehen die Herren a. T. und s. D. mich an. Ob er das auch wagen würde, wenn die Herren im demokratischen Sinne Politik trieben? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum tut aber der Kriegsminister nichts gegen die aktiven Offiziere, die Politik treiben? Seit der Jahrhundertfeier des Regiments in Frankfurt am Main beschimpfte der General von Schenk in der Festrede die Sozialdemokraten, in Rostock bezeichnete der Oberst bei einer Ansprache vor Reservisten und Landwehrmännern die Sozialdemokraten als „Schweinehunde". In der Form nicht ganz so roh, aber in der Sache ähnlich, drückte sich General Mackensen bei der Kaisergeburtstagsfeier in Danzig aus. Was der General da von der Sozialdemokratie sagte, von ihrem Haß gegen die Religion, gegen Preußen, ist alles unrichtig. (Widerspruch rechts.) Das ist alles dummes Geschwätz. (Präsident **Kaempf** ruft den Redner für diesen Ausdruck, den er auf die konservativen Abgeordneten bezieht, zur Ordnung.) So wird Politik in der Armee getrieben. Eine der ersten Taten des Kriegsministers war ein Rundschreiben an die Handelskammern, worin er sie ersuchte, pensionierte Offiziere im kaufmännischen Beruf unterzubringen. Die Antwort der Handelskammern lautete durchweg: Das kaufmännische Bureau ist

kein Amt für abgelegte Offiziere.

Der Reformeifer des neuen Herrn hätte sich nach der ungeheuren Belastung des Volkes durch die Militärvorlage anders betätigen können, als in dem Wunsche nach Kontorleutnants; er hätte sich gegen die düsteren, an das Mittelalter gemahnenden barbarischen Scheußlichkeiten der Soldatenmißhandlungen wenden sollen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der bayerische Kriegsminister hat mit einem Erlaß wenigstens seinen guten Willen bekundet. Hier im Reichstag aber hat sich der General Wild von Hohenborn geäußert. Diese Antwort muß man gehört haben. Aus dem stenographischen Protokoll geht der Ton der Rede nicht hervor (in schnarrendem Tone): „Es ist nicht richtig, daß . . ." „Es ist nicht richtig, daß . . ." Im übrigen wird die Antwort abgelehnt, da weder der Reichskanzler, noch der Reichstag zuständig ist . . ." Basta, Reichstag, du hast Du Deine Maulschelle! Was soll diese brüske Art? Sie ist nur zu erklären aus der geschwollenen Stimmung gewisser Militärkreise seit dem Ausgang von Zabern. Soll die Antwort etwa heißen, daß es den Reichstag nichts angeht, was bei der Ausbildung der Truppen passiert? Will der General etwa sagen, daß die Kommandogewalt ein Rührmichnichtan ist? Will er bestreiten, daß auch sie auf den Gesetzen beruht? Nicht zum ersten Male behandelt Herr von Hohenborn den Reichstag so. Ueber die Vorgänge bei einer Reserveübung in Thüringen waren übertriebene Gerüchte und beunruhigende Meldungen in die Presse gelangt. Der Oberst hatte einer Coburger Zeitung den Regimentsbefehl zugehen lassen: „Die Uebung der Brigade ist geheim zu halten." Er wünschte eine Gefälligkeit von der Presse und schnarrte sie an, wie ein Unteroffizier seine Sol-

---

Geschichtskalender.

7. Mai.

1732 Die Protestanten werden aus Salzburg vertrieben.
1849 Barrikadenkampf in Leipzig.
1898 Hungerrevolte in Mailand.

Aus aller Welt.

Dynamitexplosion am Panamakanal.

8 Menschen getötet — 13 schwer verletzt.

Eine schwere Dynamitexplosion wird aus dem Staate Panama gemeldet. Ein der Regierung Panama gehörendes Dynamitdepot flog aus bisher noch unbekannten Ursachen in die Luft. Bei der Explosion wurden acht Menschen getötet und 13 zum Teil schwer verletzt. Auch der Materialschaden ist beträchtlich. Dagegen haben die Arbeiten am Kanal keinerlei Schaden erlitten.

Das Morden in Colorado.

Täglich bringt der Telegraph kurze Berichte über die Uebergriffe der kapitalistischen Mordbanden (Milizen genannt) in dem Staate Colorado (Vereinigte Staaten von Nordamerika). Doch sind es zumeist kurze Meldungen bürgerlicher Berichterstatter. Zu ihrer Ehre sei es gesagt, daß sie angesichts der unglaublichen Brutalität nichts verschleierten.

Ueber die unmittelbare Ursache des plötzlich offen ausbrechenden Kampfes — die erste liegt ja in dem zähe durchgeführten Streik der Miner — die so recht die skrupellose Provokation zeigt, lesen wir in unserem Bruderblatt, der New-Yorker Volkszeitung folgende Schilderung:

Die Provokation.

„Heraufbeschworen wurde das Blutbad durch das provokatorische Verhalten einiger junger Lümmel von der Miliz, die bei einem Baseball-Spiel am Sonntag, zwischen Streikern von Trinidad und Ludlow sich lächerlich machten und die Frauen beleidigten. Diese verbaten sich die Flegeleien und waren gerade willens, den Burschen einen gehörigen Denkzettel zu geben. Die Leiter der Zeltkolonie verhüteten aber ernstere Zusammenstöße dadurch, daß sie die Frauen und Kinder in Sicherheit brachten. Gestern Abend wurden bereits Schüsse abgefeuert, deren Herkunft allerdings noch unbekannt ist. Im Hauptquartier der United Mine Workers wurde gesagt, daß sich eine Gesellschaft von Streikern in die Berge begeben hatte, und man ist allgemein der Ueberzeugung, daß die dort stationierten Linderfeldt-Milizer, nahe Cedarhill, versuchten, an diesen ihr Mütchen zu kühlen. Es kam zu einem Zusammenstoß, der den Umfang einer allgemeinen Schlacht annehmen, in der jeder Streiker und jeder Milizier jetzt involviert ist.

Der ganze Distrikt befindet sich in einem Stadium der höchsten Aufregung, infolge der heutigen Erlebnisse. Selbst in Trinidad, 15 Meilen von der Szene, treffen die Bürger Anstalten, sich gegen die Uebergriffe der vom Staate bezahlten Mörderbande zu schützen. In Sopris, Segundo und Morley scheint man weitere Kämpfe vorauszusehen. John Lawson, Sekretär der United Mine Workers, versuchte, nach Ludlow zu kommen, wurde aber auf den Bergen von den Milizern festgehalten.

Um 9 Uhr abends stand die ganze Zeltkolonie der Streiker in Ludlow in Flammen, und die Streiker mußten sich vor den Kugeln der Milizer mit ihren Frauen und Kindern in die Berge flüchten. Einer der Beamten, Louis Tikas, wurde gemordet."

Einzelheiten über den Kampf.

„Nachdem bereits angekündigt, daß der Gouverneur die Truppen zurückberufen wollte, griffen diese offenbar zu den scheußlichsten Mitteln, um ihre „Position" im Streikgebiet zu halten."

„Die Miliz unternahm heute, am 20. April, einen äußerst brutalen Ueberfall auf die Zeltkolonie der Streiker in Trinidad, Col., in dessen Folge sich ein heftiger Kampf entspann, der seit zwölf Stunden ununterbrochen in den Bergen tobt, der bereits eine große Anzahl Tote und Verwundete auf beiden Seiten forderte, aber beim Einbruch der Dunkelheit mit gleicher Heftigkeit fortgesetzt wurde. Schätzungen über die Opfer des Kampfes schwanken. Bisher wurden 13 gezählt. Genaues läßt sich jedoch vorläufig nicht feststellen, da der Kampf, der sich auf eine Fläche von drei Meilen in der Umgebung der Ludlow Zelt-Kolonie erstreckt, ein Absuchen des Schlachtfeldes unmöglich macht.

Gegen Abend richteten die uniformierten Söldlinge der Grubenbarone das Feuer von drei Maschinengewehren gegen die Zelte der Kolonie, von denen bereits viele in Brand geschossen sind.

Ueber 100 Milizsoldaten liegen in der Nähe der Kolonie im Hinterhalt, das Feuer ihrer Gewehre mit dem der Schnellfeuergeschütze in die Lager der Miner sendend.

Im Hauptquartier der Miliz in Ludlow gab man abends die Zahl der getöteten Miner auf mindestens 13 an, während man die Zahl der verwundeten Arbeiter auf 20 schätzt. Ein Soldat

Der Ueberfall.

Eine an dem Kampfe unbeteiligte Person fand gleichfalls den Tod durch die Kugeln der Soldaten. Der Kampf begann am 27. April morgens, anderthalb Meilen von der Ludlow Zelt-Kolonie entfernt, als Miliz-Leutnant Linderfeld mit 16 Soldaten erschien und die Miner vertreiben wollte. Indessen vertrieben die Streiker erst Linderfeld, der sich schließlich auf dem Watertank Hill festsetzte, während Leutnant Lawrence nunmehr die ganze Miliz gegen das Lager der Streiker führte.

Verstärkungen von Trinidad wurden requiriert, deren Absendung sich jedoch verzögerte, da die Eisenbahner sich weigerten, den Spezialzug, der die Mitglieder der kürzlich formierten Kompagnie A barg, zu führen. Schließlich fanden sich drei höhere Beamten der Bahn, die das schmutzige Werk besorgten und die Menschenschlächter nach dem Schlachtfelde des Kapitalismus beförderten. Um 5 Uhr nachmittags trafen die Truppen in der Nähe des Kampfplatzes ein und verließen vor Ludlow den Zug, um sich in regelrechten Gefechtslinien an das Zeltlager der Miner anzuschleichen.

Ein Teil der Truppe bestieg am Bahnhof in Ludlow geschlossene Stahlfrachtwagen, in denen sie die Strecke entlang in das von den Streikern besetzte Gebiet geführt wurden, um aus den geschützten Wagen heraus die Streiker niederzuknallen.

Auf Gefangene geschossen.

Eine größere Gruppe von Streikern wurde im Pumpenhause, eine kurze Strecke nördlich von der Ludlow Station gefangen gesetzt. Dieses Gebäude wurde buchstäblich durchlöchert von den Kugeln der Springfielder Rifles. Unter dem Schutze der Dunkelheit konnten die Streiker sich nach Arryo, im Rücken der Zeltkolonie, zurückziehen. Dort setzten sie noch spät Abends den ihnen näher kommenden Milizern, die sie zu umzingeln drohten, den heftigsten und mutigsten Widerstand entgegen. Weitere Streiker wurden auf der Nordseite von Hastings Canon umzingelt. Eine Abteilung Milizer von Cedarhill gibt sich alle Mühe, die Arbeiter Mann für Mann tot oder lebendig in ihre Hände zu bekommen".

„Humane" Justiz.

Am Sonnabend wurde, wie wir am Montag berichteten, vom Schwurgericht in Imberg (Bayern) die 26 Jahre alte Marie Meßner aus Regensburg zum Tode verurteilt. Sie hatte ihren 5½ Jahre alten unehelichen Knaben durch furchtbare Mißhandlungen und Hungernlassen langsam dem Tode nahe gebracht, der denn auch eintrat, als sie das Kind mit Absicht vom Sofa herunterstürzen ließ. Gewiß, es gibt für ein solches Verbrechen an einem unschuldigen, wehrlosen Kinde kein Wort der Entschuldigung, umso mehr, als die Verhandlung keinen Anhalt dafür ergab, daß die Not die Triebfeder zu dem

daten. Der Kriegsminister hat diesen Befehl ja preisgegeben, und damit hätte die Sache erledigt sein können. Statt dessen griff General von Hohenborn hier die Sozialdemokraten an und ergeßte sich neben über ihren Antimilitarismus. Den Fehler der Falschmeldung bedauern die Redakteure am meisten, aber er ist durch den Wunsch zu entschuldigen, die Soldaten vor unnützen Quälereien zu schützen. Graf Westarp aber hat den Mut gehabt, zu behaupten, die Redakteure hätten die falschen Angaben wieder besseres Wissen gemacht. Diese unerhörte Verdächtigung ehrenhafter Männer weise ich zurück. (Lebh. Bravo bei den Soz., Vizepräsident Dr. Paasche erklärt den Ausdruck für unzulässig.)

Auf das Erfurter Urteil will ich nicht eingehen; ich will nur bemerken, daß selbst das revidierte Urteil noch viel zu hart ist für den harmlosen Wirtshauskrakeel. Erfreulich ist nur, daß durch die einmalige Ermannung des Reichstags wenigstens eine kleine Reform durchgesetzt ist. Nun soll der Gesetzentwurf erweitert werden, da hören wir aber bei allen Wünschen des Reichstags ein „Unannehmbar" des Kriegsministers. Ich fürchte, der Reichstag wird zurückweichen, wie er es überall seit Zabern getan hat. Nur einmal hat er so etwas wie Entschlußkraft gezeigt,

bei dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler.

Es scheint, daß der Reichstag damit seine Energie für ungemessene Zeiten verausgabt hat, daß er dreimal gutmachen will, was er damals gesündigt hat. Der Reichstag hat Gelegenheit, zu zeigen, ob er weiß, was er dem Volke schuldig ist, oder ob er sich rückhaltlos alles bieten läßt. Die sogenannte neue Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs ist ein Ende von Zabern, wie es unrühmlicher garnicht gedacht werden kann. (Zustimmung bei den Soz.) Als ich die Drucksache mit den Antworten des Bundesrats auf die Entschließung des Reichstags las, habe ich mich als Abgeordneter geschämt. Wie Schuljungen werden die Abgeordneten abgekanzelt. Der Reichstag wünschte, bei der Besetzung höherer Stellen soll die persönliche Tüchtigkeit allein entscheiden. Das heißt doch, er ist der Meinung, daß das heute nicht geschieht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kriegsminister antwortet: „Die Besetzung erfolgt wie bisher allein nach der militärischen Tüchtigkeit." (Lachen bei den Soz.) Der Reichstag wünscht, kein Angehöriger des Heeres soll wegen seiner religiösen und politischen Ueberzeugung zurückgesetzt werden. Der Kriegsminister antwortet: „Wegen seiner religiösen Ueberzeugung wird beim Heere niemand zurückgesetzt. (Lachen bei den Soz.) Der Reichstag wünscht, daß der Militärboykott nicht aus politischen Gründen verhängt werde. Der Kriegsminister antwortet: „Er wird aus politischen Gründen nicht verhängt." (Lachen bei den Soz.) Der Reichstag wünscht, daß adlige Offizierkorps nicht bevorzugt werden; der Kriegsminister bestreitet diese Bevorzugung. (Heiterkeit.) Der Reichstag wünscht eine Revision der Militärstrafprozeßordnung; der Kriegsminister antwortet: „Die Militärstrafprozeßordnung hat sich durchaus bewährt", und so fort. Es ist Sache der bürgerlichen Parteien, sich mit dieser Brüskierung abzufinden. Wir haben seinerzeit verlangt, daß der Reichstag seine Wünsche in die Militärvorlage hineinarbeite, dann wären solche Antworten unmöglich gewesen. Der Reichstag hat Macht, wenn er sie nur gebrauchen will. (Zustimmung bei den Sozialdem.)

Man besiegt Bureaukraten nicht mit Rechnungsträgereien, sondern durch energische Ausnutzung der eigenen Macht.

Zum Schluß muß ich noch auf den Fall Walter Stöcker eingehen, dem man

das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen

hat. Prinzipiell sind wir Gegner dieses Privilegs, das ja neuerdings sogar von Männern des Wehrvereins auch als militärisch unbrauchbar hingestellt wird. Wir sind für die Einführung der einjährigen Dienstzeit ganz allgemein, wenn vorher eine bessere körperliche und geistige Jugenderziehung betrieben wird. Solange das Einjährig-Freiwilligensystem besteht, benutzen wir es natürlich auch, und zahlreiche Sozialdemokraten haben bisher als Einjährig-Freiwillige ihre Pflicht getan. Erst der neue Kriegsminister scheint neue Bahnen gehen zu wollen. Walter Stöcker ist als Sohn bürgerlicher Eltern in Köln geboren und bekam nach vierjährigem Besuch der Volksschule eine Freistelle in einer Realschule, wurde später Handlungsgehilfe, sparte sich, um seinen Wissensdurst zu befriedigen, ein paar Groschen und studierte in Berlin Privat-Nationalökonomie und Geschichte. Während dieser Zeit erwarb er sich den Einjährig-Freiwilligen-Berechtigungsschein und war dann mehrfach Redakteur. Er ist vollständig unbestraft, hat weder eine Anklage noch ein Strafmandat erhalten und hat nicht einmal in so bescheidener Weise das Vereinsrecht übertreten, wie der junge Düwell, von dem wir vor zwei Jahren hier gesprochen haben. Im Juli 1913 wurde ihm auf einmal von der Ersatzkommission in Köln mitgeteilt, daß ihm die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen sei, ohne jede Angabe von Gründen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Erst nach acht Wochen bekam er vom Polizeikommissar seines Bezirks mündlich den Bescheid daß ihm der Berechtigungsschein wegen seiner organisatorischen Tätigkeit in der sozialdemokratischen Partei gemäß § 93 der Wehrordnung und einer Ministerialverordnung entzogen worden sei. Dieser § 93 bestimmt, daß der Berechtigungsschein zu entziehen ist, wenn jemand vorbestraft ist, oder beim Eintritt in den Dienst nicht mehr die nötige moralische Qualifikation besitzt. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Stöcker erhob dann Beschwerde beim Kriegsminister und wies darauf hin, daß agitatorische Betätigung für die sozialdemokratische Partei keine unmoralische Handlung sei. Darauf bekam er folgende Antwort vom Generalkommando des VIII. Armeekorps: „Der Ministerialerlaß spricht sich dahin aus, daß derjenige, welcher sich wie Sie in besonderem Maße im staatsfeindlichen Sinne agitatorisch betätigt, die für den Freiwilligendienst im Heere erforderliche

moralische Qualifikation nicht mehr besitzt."

(Hört, hört! b. d. Soz.) Diese geradezu ungeheuerliche Entscheidung (lebh. Zust. b. d. Soz.) veranlaßte uns zu einer kurzen Anfrage an den Kriegsminister, ob er bereit sei, Stöcker wieder in den Besitz seiner Rechte zu bringen. Daraufhin erhielt ich einen an mich persönlich gerichteten Brief des Kriegsministers, daß er die Entscheidung in Sachen Stöcker nicht habe ändern können. In dem Briefe heißt es auch: „Die Art seiner agitatorischen Tätigkeit gestattet nach dem Ergebnis der angestellten Ermittelungen nicht, ihm die erforderliche moralische Qualifikation für den Einjährig-Freiwilligendienst zuzusprechen. (Hört, hört! b. d. Soz. — Rufe: Skandal!) Der Kriegsminister hat zweifellos nicht geglaubt, mich durch diesen Brief zu beleidigen, aber ich muß ihm sagen, daß ich diese Zuschrift für eine unerhörte Beleidigung und eine tiefverletzende Beschimpfung empfunden habe. (Stürm. Zust. b. d. Soz.) Wir weisen die darinliegende objektive Beleidigung, als ob alle Sozialdemokraten unmoralische Menschen wären, mit größter Leidenschaftlichkeit zurück. (Erneute lebh. Zust. b. d. Soz.) Diese Antwort deckt die ungeheure Kluft auf, die zwischen den Anschauungen der Militaristen und der Arbeiterklasse liegt. Sie zeigt vor allem, daß die verantwortlichen Minister nicht die elementarste Kenntnis vom Wesen und Wollen des Sozialismus haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Sozialdemokratie ist eine große Kulturbewegung, die naturnotwendig aus der gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Entwicklung herauswächst. Um die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zu ergreifen, muß man freilich geistig arbeiten. Aus Hetzartikeln und Schmutzflugblättern kann man den Sozialismus nicht kennen lernen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Herren stellen sich die Sozialdemokraten jedenfalls nur als verkrachte Existenzen, wüste Gesellen ohne Zucht und Sitte vor. Wir sind nicht so arrogant, zu sagen, wir seien besser, als andere Menschen, weil wir Sozialdemokraten sind, aber wir weisen mit Empörung zurück, wenn behauptet wird,

daß wir minderwertig seien,

nur weil wir Sozialdemokraten sind. Wir haben das Recht, unsere eigene Meinung zu haben und für sie einzutreten, und das tun wir durchaus im Rahmen der Gesetze. Wer kann der Sozialdemokratie Gesetzeslosigkeit, Verwilderung der Sitten, Verrohung der Jugend zum Vorwurf machen? (Abg. Graf Westarp: Massenhaft!) Es sind keine Sozialdemokraten gewesen, die durch Gewalttat und Mord ihre Ziele durchgesetzt haben. Wenn Könige geköpft und getötet worden sind, so waren es nicht Sozialdemokraten, die das getan haben, wohl aber waren es bürgerliche Kreise und Offiziere, die den letzten Königsmord in Serbien auf dem Gewissen haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn wir Gesetzwidrigkeiten im Heere und außerhalb des Heeres propagieren würden, wieviel solche Dinge würden dann bei unserem Einfluß auf die 4½ Millionen Wähler vorkommen, die jetzt nicht vorkommen, weil die Sozialdemokratie eine große Kultur- und Erziehungsarbeit ausübt? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gewiß haben wir unsere eigenen Anschauungen über die Organisation des Staates, gewiß halten wir die republikanische Staatsform für die beste, aber es ist unser Recht, eine andere Anschauung über diese staatsrechtlichen Fragen zu haben als Sie, und dafür im Rahmen der Gesetze einzutreten. Den persönlichen Kampf gegen die Monarchie finden Sie nicht bei uns, den überlassen wir den Konservativen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir haben auch unsere eigenen Anschauungen über die Landesverteidigung und Heeresorganisation, und es ist unser gutes, durch Staats- und Reichsgesetze gewährleistetes Recht, für unsere abweichenden Anschauungen einzutreten. Was Sie sich unter unserem Antimilitarismus vorstellen, ist alles falsch. Richtig ist lediglich, daß wir das heutige veraltete Heeressystem durch ein volksfreundlicheres ersetzen wollen.

Was vor 100 Jahren Leute wie Scharnhorst, Gneisenau, Blücher u. a. gewollt haben,

dasselbe Recht nehmen auch wir für uns in Anspruch. Wir stehen mit unserem Kampfe durchaus auf dem Boden des Rechts und der Verfassung, und um so mehr empören wir uns, wenn der militärische Geist sich erkühnt, uns als moralisch minderwertig hinzustellen. Dann sei man wenigstens konsequent und schließe alle Sozialdemokraten vom Heeresdienst aus. Das würde allerdings bedeuten, daß ein Drittel etwa des bestehenden Heeres, etwa 200.000 Soldaten, den Dienst quittieren müßten. (Sehr wahr! b. d. Lachen rechts.) Und von den Millionen Reservisten und Landwehrleuten sind sicher über eine Million Sozialdemokraten. Welche Beleidigung des deutschen Volkes, welche Herabsetzung dessen dem Ausland gegenüber, welche Schädigung nationaler Interessen liegt darin, all diese Leute als moralisch minderwertig zu qualifizieren. Wir bekämpfen das jetzige Heeressystem als Instrument der Klassenherrschaft, als Mittel, die Macht des Kapitals zu sichern, als Bedrohung aller freiheitlichen Bestrebungen. Wir tragen den Kampf gegen dieses System nicht in die Kaserne hinein (Na, na! rechts.). Wir fordern die Soldaten nicht zum Ungehorsam auf, sondern wir werden dieses System wie bisher im öffentlichen politischen Kampf bekämpfen durch rücksichtslose Aufdeckung der Mißstände im Heere, durch Darlegung der von uns erstrebten Heeresreformen durch die Vermehrung der sozialistischen Stimmen der Abgeordneten und letzten Endes durch die alljährliche gründliche Kritik des Heeresetats. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir sehen das Heer nicht an als Machtmittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gesamtheit des Volkes. Eine Miliz wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das stehende Heer. Die Bewilligung der letzten Militärvorlage hat zweifellos zur Friedenserhaltung des Weltfriedens beigetragen. Auf ihre prompte Durchführung können wir stolz sein. (Bravo! rechts.) Wenn alle dabei beschlossenen Resolutionen glatt abgelehnt sind, so ist das nicht richtig. Unserer Forderung z. B., nur unbedingt Taugliche einzustellen, ist restlos nachgekommen, Reservisten und Landwehrmänner werden zu Erntezeiten so gut wie gar nicht mehr eingezogen usw. Im Heere gibt es nicht 200 000, sondern höchstens 20 000 Sozialdemokraten. (Lachen bei den Soz.) Mit 20 Jahren sind ja die Leute noch garnicht Sozialdemokraten, sie werden sie erst nachher durch den Fabrikterrorismus. (Lachen bei den Soz.) Den Militärmißhandlungen muß durch strenge Kontrolle der Unteroffiziere und Offiziere noch viel mehr entgegengetreten werden. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Duellzwanges bitte ich den Kriegsminister, mit aller Energie fortzusetzen. (Bravo! im Zentrum.) Das Auftreten manch verabschiedeter Generäle grenzt in der Tat ans Gemeingefährliche. Der pöbelhafte Angriff des General Keim auf den bayerischen Ministerpräsidenten richtet sich selbst. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Etat ist sehr sparsam aufgestellt, bei gutem Willen kann aber noch gespart werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Bassermann (natl.):

Die neue Militärvorlage hat zweifellos im Interesse des Weltfriedens gewirkt. Wollen wir nicht zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges uns herabdrücken lassen, so müssen wir unsere Wehrkraft stark halten. Ueber die Art der Durchführung der Wehrvorlage kann ich nur meine Freude und Genugtuung zum Ausdruck bringen. Sie hat gezeigt, daß unsere Intendantur der gewaltigen Aufgabe, die im Kriegsfall an sie herantreten würde, gewachsen ist. Auch das Offizierkorps hat bei der Durchführung dieser großen Aufgabe den richtigen Geist und das deutsche Volk hat das richtige Verständnis bewiesen. (Bravo bei den Natl.)

Abg. Dombek (Pole)

beschwert sich darüber, daß die polnischen Rekruten ihrer Nationalität wegen schikaniert werden und daß bei ihrer Seelsorge nicht die polnische Sprache gebraucht wird.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Das Dreiklassenhaus hat am Dienstag die Vorlage über die Eingemeindung von Mühlheim und Merheim nach Köln angenommen, indem es über den konservativen Widerspruch, den der Landrat Dr. v. Brüning in einer langen Rede vertrat, zur Tagesordnung überging. Dann wurden kleinere Vorlagen beraten. Ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, Rentenbankdirektionen zusammenzulegen und das die Rentenbanken der östlichen Provinzen in Breslau vereinigen will, ging an die Agrarkommission, eine andere Vorlage, die die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht verlängern will, wurde einer eigenen Kommission überwiesen. Die darauf weitergeführte Beratung des Kultusetats brachte eine große Anzahl lokaler Angelegenheiten zur Erörterung und dann eine Debatte über die Gestaltung des höheren Mädchenschulwesens. Unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit erklärte der Kultusminister, daß die höheren Mädchenschulen keineswegs alle ihre Absolventinnen an die Universitäten bringen, sondern nur denjenigen, die dazu besonders befähigt seien, das Studium ermöglichen sollen.

Tode hier auch nicht weiter äußern, da die Stellung der Sozialdemokratie zur Todesstrafe bekannt ist. Was im vorliegenden Falle besonderen Anlaß zur Kritik gibt, ist die Tatsache, daß das Todesurteil über eine Hochschwangere gesprochen wurde, die 7½ Stunden nach dem Urteil Mutter wurde, indem sie abermals einem Knaben das Leben schenkte. Eine solche Justiz kann wirklich nicht als human bezeichnet werden, wenn sie gegen ein Weib in einem solchen Zustande zwei Tage lang verhandelt. Das bedeutet doch wahrlich auch eine Gefährdung des Lebens, des jungen Menschleins im Mutterleibe, das doch sonst immer geschützt werden soll.

Das Leben eines Kindes und der Polizeibureaukratismus.

Das „Berliner Tageblatt" berichtete kürzlich über den merkwürdigen Spruch eines Berliner Schöffengerichts, das den praktischen Arzt, Dr. Schramm, zu einer Mark Geldstrafe verurteilte, weil er nachts mit seinem ungenügend beleuchteten Automobil durch die Straßen fuhr. Das Urteil erfolgte, obgleich ausdrücklich festgestellt wurde, daß der Arzt keine Zeit hatte, sich neues Beleuchtungsmaterial zu beschaffen, da er zu einem in höchster Lebensgefahr schwebenden Kinde gerufen wurde. Es kam somit, um das Kind zu retten, auf jede Minute an.

Dr. Schramm schreibt nun dem „B. T." zu der Angelegenheit folgendes. „Ich fuhr an jenem Abend um 6½ Uhr zu dem erkrankten Kinde. Die vorderen Laternen brannten, allerdings etwas schwächer als sonst, weil sie eben nur von einem Akkumulator gespeist wurden. Für die Beleuchtung der Schlußlaterne reichte der Strom nicht mehr. Die Fahrt ging von meiner Wohnung Friedenau, Wilhelm-Hauffstraße 1, etwa 75 Meter durch die Moselstraße, dann durch die taghell beleuchteten Rheinstraße, Schloßstraße und Albrechtsstraße nach der Breitenstraße in Steglitz, — immer mit brennenden vorderen Laternen (!). Die Steglitzer Polizei erachtete, nachdem sie den Tatbestand durch einen Beamten des Schöneberger Polizeireviers hatte feststellen lassen, eine erhebliche Geldstrafe für die geleistete Sühne für die Uebertretung im Interesse des Lebens eines Kindes und erkannte, trotz genauer Kenntnis der Sachlage, auf 5 Mark Geldstrafe. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, den der Amtsrichter ungefähr mündlich verkündete: „Wer die Verordnungen übertritt, müsse auch die Folgen tragen." Der Allgemeine Deutsche Automobilclub, dessen Mitglied ich bin, hat sich sofort des [illegible] angenommen und mich in [illegible] Urteils: Lieber ein Kind sterben lassen, als eine polizeiliche Vorschrift übertreten, ungeheuerlich erscheint."

Das ist die preußische Polizei in voller Glorie. — Wir haben nichts hinzuzufügen.

Ein Dorf niedergebrannt.

In Steinicho bei Innsbruck brach am Montag abend ein Feuer aus, das bis 8 Uhr morgens andauerte. Fünfundachtzig Häuser wurden eingeäschert, dreiundachtzig Familien, das sind zwei Drittel der gesamten Einwohnerschaft, sind obdachlos.

Dampferkatastrophe auf hoher See.

Der Lloyddampfer „Seydlitz", der unterwegs von Bremen nach New York ist, sichtete 300 Meilen südlich von Cape Race einen brennenden Dampfer. Der „Seydlitz" umkreiste das brennende Schiff, konnte aber den Namen infolge des dichten Rauches nicht erkennen. Die Mannschaften suchten auch die Umgebung des Schiffes nach Rettungsboten ab, fanden aber keins. Das Schiff ist offenbar längst verlassen.

Furchtbares Geständnis eines Deserteurs.

Aus Dresden wird gemeldet: Der Soldat Lüder aus Chemnitz, der wegen Fahnenflucht sich im Festungsgefängnis befindet, hat das Geständnis abgelegt, angeblich von Gewissensqualen getrieben, daß er mit Hilfe eines Mannes namens Schmidt im Grunewald bei Berlin einen anscheinend den besseren Ständen angehörigen Spaziergänger durch Messerstiche ermordet habe. Die Leiche habe er beraubt und begraben. Dann sei er mit einer Prostituierten namens Hanischmann nach Metz gereist und habe sie, als er sich mit ihr entzweite, in einem Walde bei Metz niedergeschossen und ebenfalls begraben. Nachforschungen sind eingeleitet worden. — Man wird gut tun, dieses Geständnis mit Vorsicht aufzunehmen.

Das Ende eines Räuberhauptmanns.

Nach Meldungen aus Radom hat den berüchtigten Räuberhauptmann Daniel Scheffer, dessen verbrecherisches Treiben in Russisch-Polen bekannt war, endlich sein Schicksal erreicht. Als ein Boot mit Polizisten den Tilicza-Fluß passierte, entdeckten die Gendarmen in einem anderen Boot den langgesuchten Räuberhauptmann. Dieser eröffnete sofort ein Feuer auf die Gendarmen; es kam zu einem regelrechten Gefecht, bei dem Scheffer von einer Kugel getroffen und getötet wurde. Man fand ihn als Leiche in dem Boote liegen. Scheffer war der Sohn eines deutschen Ansiedlers und hatte eine dreijährige Zuchthausstrafe wegen verschiedener Straftaten verbüßt, organisierte er eine Räuberbande, die in dem Russisch- [illegible] verwundet und mehr als fünfzig ausgeraubt hatte.

Verhaftung einer Mörderbande.

Auf Veranlassung des aus Bendzin in Russisch-Polen in Krakau angekommenen Polizeidirektors Iwanow wurden nach der „D. T." zwei äußerst gefährliche und berüchtigte Banditen namens Makieta und Blukacz verhaftet. Beide zählen kaum zwanzig Jahre, haben jedoch schon eine Unmenge von Verbrechen auf dem Gewissen. Sie verübten u. a. einen Ueberfall auf das Haus des Gemeindevorstehers in Gloczna bei Czenstochau, ermordeten den Vorsteher und raubten aus der Gemeindekasse 3500 Rubel. Auf der Flucht erschossen sie zwei Gendarmen. Weiter verübten sie ein Dynamitattentat auf den Polizeikommissar von Petrikau, der tödlich verletzt wurde, und erschossen den Polizeidirektor von Petrikau. Die Bande bestand ursprünglich aus vier Mitgliedern, in einem Streite wurden jedoch die beiden anderen der nunmehr Verhafteten erschossen. Die Banditen, bei denen 20 Kilogramm Dynamit gefunden wurden, gestanden selbst 12 Morde und über 20 schwere Verletzungen und Raubüberfälle ein.

Soldatentragödie. Am 2. Mai morgens wurde in der Senne bei Detmold die Leiche des Musketiers Wallmeier von der 10. Kompagnie des 55. Infanterieregimentes gefunden. Er hatte sich mit seinem Gewehr erschossen. Nach zuverlässigen Mitteilungen hatte er sein Seitengewehr verloren. Er soll nun am 24. April mit dem Befehl ausgeschickt worden sein, das Seitengewehr zu suchen. Nach einer Mitteilung ist die Leiche in einem Zustande gewesen, die vermuten läßt, daß der Unglückliche tagelang umherirrte, sein Seitengewehr zu suchen. Schließlich wird ihn die Verzweiflung übermannt haben. Eine amtliche Aufklärung des Falles ist nicht gegeben worden.

Eine gestürzte Ordnungssäule. Vor einigen Tagen verhaftete die Solinger Polizei den Kaufmann Franz Narmann wegen Unterschlagungen, deren Höhe noch nicht feststeht, die jedoch recht bedeutend sein sollen. Narmann stand an der Spitze der Zentrumspartei der Stadt Solingen, spielte nebenbei eine große Rolle im katholischen Jugendverein und war außerdem Kassierer der Solinger Ortsgruppe des Windthorstbundes. Bei allen katholischen Veranstaltungen stand Narmann mit an der Spitze. Auch mühte er sich als großer Bekämpfer der Sozialdemokratie erfolglos ab. Die Zentrumspresse, die bei ähnlichen Vorgängen sich nicht genug entrüsten kann, schweigt.

Um 60 Pfennige erschossen. Am Sonntag wurde in der Stadt Lautenburg der Hausdiener des Hotels „Kronprinz" aus Soldau von dem Kaufmann Przybilski in dessen Laden

Unterhaltungs-Beilage

6. Mai 1914

Lebenszunahme durch Freude am Leben.

Solang du Freude fühlst, fühlst du dich in Zunahme,
Und die Abnahme nur, wenn du erliegst dem Grame.
Wem noch in Zunahme ist das Leben, der ist jung:
Und so ist alterlos der Freude Jugendschwung.
Die ew'ge Jugend laß vom Kummer dir nicht rauben;
Du mußt mit Freudigkeit nur an dich selber glauben.

Friedrich Rückert.

Das Risiko.

Skizze von Josef Kunze, Freiburg i. Br.

Dort, wo der Graben in der Altstadt seine schmutzigen, übelriechenden Wasser träge an der Gasse vorbeiwälzt und enge, niedrige Häuser, mit ihren feuchten, niedrigen Wohnungen stehen, vor deren Türen hohläugige Kinder ihr elendes bißchen Jugend verbringen müssen, dort zog es den müden, abgespannten Mann allabendlich hin, nach seinem ärmlichen Heim, zu Weib und Kind.

Nie konnte man es diesem Manne, der stets zu allen freundlich war, anmerken, welch entsetzliche Qualen das Joch, in das er gezwängt war, ihm bereitete, und er, Ernst Lehner, fühlte diesen Druck der Verhältnisse um so mehr, da er in früheren Jahren auf eine bessere Existenz, auf ein menschenwürdigeres Dasein gehofft hatte.

Nur sehr selten glaubte sein Weib, wenn er die Gasse heraufgekommen war, zu bemerken, daß irgend etwas ihn quälte, daß er unter irgend etwas unsäglich litt; aber zu feinfühlend, unterließ sie es stets, ihn nach der Ursache seines Kummers zu fragen.

Es war eines Sonnabend morgens, als er die Seinen wiederum verließ, um seinem Tagewerk nachzugehen und dann am Abend den Seinen die sauer verdienten Groschen heimzubringen.

Verwundert schaute seine Frau ihm nach, nachdem er sie und das Kind zum Abschied geküßt, was er sehr selten tat, und ihr einen kurzen, gequälten Blick zugeworfen hatte, der auch Angst und Sorge verriet, seines Weges gegangen war.

„Es muß sein, ich werde zurückkehren", murmelte er vor sich hin und schlug den Seitenweg nach dem Elektrizitätswerk ein.

Schon waren einige seiner Kollegen anwesend und mit dem Umkleiden beschäftigt, als Lehner anlangte.

Punkt halb sieben Uhr erschien auch Malermeister Franz, um sich zu überzeugen, daß ja nicht etwa einer seiner Leute auch nur eine Minute zu spät käme, und um ihnen Arbeit anzuweisen.

Alle hatten nun ihre Aufträge erhalten, nur Ernst Lehner nicht.

Jetzt trat der Meister auf ihn zu und sagte geschäftsmäßig:

„Lehner! Ich muß einen älteren, erfahrenen Mann zum Anstrich in der Nähe des großen Schwungrades haben, und zwar einen, der sich vorsieht und nur etwas Ordentliches vor sich schafft. Es ist ja zwar ein bißchen riskant, aber Zulage kann ich Ihnen nicht geben, da ich die Arbeiten billig übernehmen mußte. Ich wünsche nun, daß meine Leute es so einrichten, daß für mich doch etwas herausspringt.

Lehner verstand und ging an die Arbeit. Ohrenbetäubender Lärm empfing ihn, als er den großen Maschinenraum betrat. Flüchtig übersah er das Feld seiner Arbeit und bestieg ein gebrechliches, einer Rüstung, wie sie mitunter Maler brauchen, ähnlich sehendes Etwas, das jeder Bewegung des Körpers nachgab. Ein ziemliches Stück Arbeit war zur Frühstückspause schon getan, aber nachher mußte Lehner wegen der Nähe der Starkstromschienen und des Schwungrades Vorsicht üben, denn ein geringer Fehlgriff und das Schlimmste stand bevor.

Verwundert sahen die Kollegen sich an. Warum hatte Lehner heute während der Pause kein Wort gesprochen, sondern stumm und in sich gekehrt sein Frühstücksbrot hinuntergewürgt?

Warum? — — —

Es war kurz vor Beginn der Mittagspause, als der Maschinist, der an der großen Maschine beschäftigt war, ein scharfes Knistern zu hören glaubte, das aber nur den Bruchteil einer Sekunde dauerte, dann nur wieder das unheimliche Sausen des großen Schwungrades.

Aber was war dies dort, jene rötlich-schwarze Masse, direkt über dem großen Rade an der Decke des Raumes?

Einige Schritte trat er näher.

Lähmend starres Entsetzen überkam ihn, aber nur einen Moment, klirrend entfiel der Schraubenschlüssel seiner Hand.

Dort neben der Schutzvorrichtung am Schwungrad lag etwas, dessen Anblick dem rauhen Mann die Sinne zu rauben drohte.

Rasch entschlossen brachte er das sausende Rad zum Stehen, unbekümmert um die Störung im Betriebe, und holte Hilfe.

Einige Minuten später holte man den leblosen Körper Ernst Lehners als breiige, blutige Masse aus dem Winkel neben der Schutzvorrichtung und schaffte ihn in einem Korbe hinaus.

* * *

Oft blickte in dieser Mittagsstunde ein Mann, ab-

Ungeduldig brodelte am Herd in der ärmlichen Wohnung die Mittagssuppe, als könnte sie es nicht erwarten, verzehrt zu werden, sogar die alte Wanduhr schien vor Ungeduld stehen geblieben zu sein.

Nur das Kind schlief ruhig, unheimlich ruhig.

„Was mochte nur Ernst, mein Mann, haben?" dachte Frau Lehner, als sie von ihrem Ausspähen ins Zimmer getreten war.

Jetzt ist es 1 Uhr. Es ist ja nicht möglich, daß er mit dem Stück Brot und dem Stückchen Wurst den ganzen Tag aushalten kann. In der Meinung, daß ihr Mann nach auswärts geschickt worden sei, machte sie sich daran, einen Teil der Mahlzeit zu genießen. Doch jeder Bissen, jeder Löffel Suppe würgte förmlich in ihrem Halse und eigentümlicherweise war der Hunger rasch vergangen, ehe sie auch nur einen kleinen Teil der Mahlzeit genossen hatte.

Draußen im Werk standen die Maler beisammen und berieten, wer der Frau des eben verunglückten Kollegen die furchtbare Botschaft überbringen sollte.

Keiner wollte diese Mission übernehmen.

Kurz nach 1 Uhr betrat ein besser gekleideter Mann die Lehnersche Wohnung und drückte mit dem Zeichen sichtlicher Verlegenheit Frau Lehner folgendes Schreiben in die Hand, worauf er sich rasch entfernte:

Geehrte Frau Lehner!

Durch eigene Unvorsichtigkeit verunglückte heute mein Gehilfe Ernst Lehner zu Tode, was ich Ihnen mit Bedauern mitteile. Anbei übersende ich den Arbeitslohn, 55 Stunden a 40 Pfg., macht 22,00 Mark, ab 90 Pfg. für Versicherung, bleibt 21,10 Mark.

Hochachtend

H. Franz, Malermeister.

Entsetzt warf das Weib die Geldstücke samt dem Schreiben von sich und die Witwe schlug rücklings ohnmächtig über das Lager ihres Kindes, das nur noch ein schwaches Wimmern von sich gab.

Uebervölkerung und Untervölkerung.

Zeitgemäße Beiträge zur Frage des Geburtenrückgangs.

II.

Nach der letzten Statistik des preußischen Staates ist die Geburtenziffer fortwährend im Sinken begriffen. Das Jahr 1910 zeigt gegen 1909 eine Abnahme der Geburten um 30 417, und diese Abnahme ist zu einer ständigen Erscheinung geworden. Es wurden nämlich in Preußen auf das Tausend der Bevölkerung an Geburten gezählt:

1855	41,5	1901	36,5
1875	40,5	1905	34,9
1895	37,3	1910	30,8

Mit anderen Worten heißt das: In den 56 Jahren zwischen 1855 und 1910 hat sich die Zahl der Geburten um 10,7 auf 1000 Bewohner oder um mehr als 25 Prozent der Geburtenziffer aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts vermindert. Und dieser Rückgang wird auch einstweilen noch anhalten. Wenn trotzdem noch eine Volksvermehrung eingetreten ist, so liegt das — abgesehen von der Einwanderung — an der Abnahme der Sterbeziffer. Es starben nämlich auf 1000 der Bevölkerung:

1855	29,4	1901	21,8
1875	29,3	1905	20,1
1895	23,3	1910	17,1

So wurde also der Vorsprung des Lebens gegenüber dem Tode trotz sinkender Geburtsziffer nur erreicht durch die fortschreitende Gesundheitspflege und Sozialreform.

Diese Statistik gibt zu denken und die Frage: „Wie kommt es, daß die Geburten so stark abnehmen?" beschäftigt alle Köpfe. Nicht bloß die Militärbehörde, die um eine Verminderung des Kanonenfutters besorgt ist, nicht nur der Staat, der eine Abnahme der künftigen Steuerzahler befürchtet, nicht nur das Unternehmertum, das mit Schrecken an eine Verminderung der verfügbaren Arbeitskräfte denkt, sondern auch der Volkswirtschaftler und Soziologe blickt mit Besorgnis in die Zukunft, wenn er beobachten muß, daß der Born der Volkskraft immer mehr versiegt und daß der Wille zum Leben, die Lebensbejahung, anscheinend einer Lebensmüdigkeit Platz macht. Und in dem Geschichtskenner, der weiß, daß der Rückgang der Geburten eine wesentliche Ursache des Zusammenbruchs der altrömischen Kulturwelt gewesen ist, steigen bange Ahnungen auf beim Anblick der Aehnlichkeit zwischen damals und heute. Eine wichtige Frage ist es also unter allen Umständen, die von der preußischen Regierung aufgeworfen worden ist und die nach einer Beantwortung förmlich schreit.

Allerdings sind gewisse Leute schnell mit einer Antwort bei der Hand. Der deutsche Landwirtschaftsrat, die offizielle Vertretung des Agrariertums, macht die Großstädte für die Abnahme der Geburten verantwortlich und singt ein Loblied auf das flache Land als dem ewigen Jungbrunnen der Bevölkerung. Diese Behauptung ist in ihrer Allgemeinheit falsch. Wohl ist die Zahl der Geburten und Kinder in den meisten Großstädten gering, so hat zum Beispiel Berlin nur noch 20,8 Geburten auf 1000 Einwohner, aber in rheinisch-westfälischen Großstädten ist der Kinderreichtum verhältnismäßig groß, so daß also das Wohnen in der Großstadt allein die niedrige Kinderzahl nicht erklärt. Soviel ist richtig, daß wir in jenen Gegenden die stärkste Geburtenziffer haben, wo noch zahlreiche geschlossene kleinere Bauernhöfe bestehen, daß aber dort, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, ein Sinken der Geburtenziffer zu beobachten ist. Das Agrariertum hat also durchaus keine Veranlassung, sich die Hände in Unschuld zu waschen und mit pharisäischem Augenaufschlag auf die verdorbenen Großstädte herabzublicken.

Auch das Scharfmachertum hat sich mit dieser Frage beschäftigt und dabei, wenn auch zunächst nur ziemlich verschämt, die Ansicht vertreten, als ob die Arbeiter, natürlich nicht die staatstreuen, wirtschaftsfriedlichen, sondern die sozialdemokratischen Arbeiter, einen großen Teil der Schuld trügen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" führt aus, es sprächen manche Anzeichen dafür, daß weite Schichten der Bevölkerung ein Wohlleben der Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik vorzögen. Das scheint ja richtig zu sein, daß manche Familien die Zahl der Kinder einschränken, um besser leben zu können. Aber welche Bevölkerungsschichten sind dies? Das Scharfmacherorgan deutet mit dem Finger darauf: „Es kommen hierbei auch politische Momente zum Ausdruck." Man kann in den Kreisen der Kolben- und zielbewußten

von Bedeutung, aus den Untersuchungen zu erfahren, inwieweit solche verwerflichen Anschauungen in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind. „Man mag sich kaum vorstellen, wohin es führen solle, wenn unsere Fortpflanzung durch Parteidoktrinen beeinträchtigt würde."

Diese scharfmacherische Methode, die sozialdemokratischen Arbeiterschichten als Schädiger des Volkslebens zu denunzieren, reiht sich den andern Verleumdungsmethoden der Herren um Reißwitz würdig an. Sie ist um so gemeiner, als sie jeglicher statistischen Unterlage entbehrt. Von Kennern der Verhältnisse wird behauptet, daß gerade in den Mittel- und Oberschichten der starke Familienzuwachs nicht gern gesehen wird. Die Oberschichten legen Wert darauf, daß ihr Vermögen, sei es Grundbesitz oder bewegliches Kapital, nicht zu sehr zersplittert wird. Deshalb ist ihnen eine große Kinderzahl unerwünscht, abgesehen davon, daß die Frauen dieser Gesellschaftskreise wenig Lust verspüren, die mit häufigen Schwangerschaften und Geburten verknüpften persönlichen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. Das ist so allgemein bekannt, daß auch der Skribifax der „Arbeitgeberzeitung" dies wissen sollte. Würde er aber seinen „Arbeitgebern" diese unangenehme Wahrheit unter die Nase reiben, so würde ihm das schlecht bekommen. Deshalb hetzt er gegen die Arbeiter und deckt die Sünden der reichen Familien mit dem Mantel der Liebe zu. Was die Mittelschichten anbetrifft, so wird auch dort eine große Familie als eine Last empfunden. Man denkt daran, was für Kosten die Erziehung und Ausbildung eines Kindes verursacht. Wenn ein Sohn etwas lernen soll, damit er später eine standesgemäße Versorgung bekommen kann, oder wenn eine Tochter später eine standesgemäße Aussteuer mitkriegen soll, so kostet das allerlei Geld. Darum sagt man sich in diesen Schichten, man wolle lieber zwei oder drei Kinder gut fürs Leben ausrüsten, als fünf oder sechs Kinder ungenügend. Hier finden wir also den eigentlichen Nährboden für die Scheu vor allzu zahlreichen Geburten, während die große Masse der Arbeiter und Arbeiterfrauen noch nach altem frommem Brauche das Zeugungsgeschäft fortsetzt.

Wenn man die gestellte Frage richtig und unparteiisch beantworten will, so gilt es zunächst, Unterlagen zu schaffen. Darum ist der Versuch der preußischen Regierung anerkennenswert, wobei jedoch sehr zweifelhaft, ob der eingeschlagene Weg der rechte und ob der beabsichtigte Zweck erreicht werden wird. Wenn man das Wesen unserer Bureaukratie und die Weise ihrer Arbeit kennt, so wird man keine allzu großen Hoffnungen hegen dürfen. Es handelt sich ja bei den anzustellenden Erhebungen und Untersuchungen um eine Fülle ineinanderwirkender Kräfte sozialgeistiger Art, die teils lebenerhaltend, teils lebenzerstörend wirken und die durch rein äußerliche, wirtschaftliche Tatsachen nicht erklärt werden können. Und da erscheint es wirklich fraglich, ob sich unter den zahlreichen, mit der Untersuchung betrauten Männern auch nur ein Dutzend finden wird, die für das Unberechenbare, in den Tiefen der menschlichen Natur und der menschlichen Gesellschaft Ruhende das nötige Verständnis haben und die die Fähigkeit besitzen, ihr Material nicht lediglich aus toten Zahlen, sondern auch aus wahrhaftiger Lebenskenntnis zu schöpfen. Und die auch den Mut besitzen, die Wunden am sozialen Körper bloßzulegen, wo sie sie finden, unbekümmert darum, ob sie in den von der Staatsgewalt gehätschelten Kreisen dadurch anstoßen oder nicht.

Das Organ der preußischen Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", hat vor kurzem zu der Frage des Geburtenrückganges Stellung genommen und dabei folgende Weisheit verzapft: „Ohne den Ergebnissen der Untersuchungen vorgreifen zu wollen, lassen sich doch über die allgemeinen Ursachen des Geburtenrückganges aus der Kenntnis des praktischen Lebens einige Mutmaßungen hegen. In erster Linie dürfte das Problem sozialer, nicht physiologischer Natur sein. An eine einsetzende Erschöpfung der Rasse zu denken, liegt keinerlei Anhaltspunkt vor. Man hat ein soziales Gesetz formuliert, wonach steigender Wohlstand von sinkenden Geburtsziffern begleitet ist. Ebenso lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß die höhere Zivilisation und Kultur den Drang des Individuums zu selbständiger und möglichst unbeengter Entfaltung, und zwar häufig auf Kosten der Fortpflanzung, steigert. Das Anwachsen der Ansprüche an das Leben in idealer Konkurrenz mit der zunehmenden Kompliziertheit und Unsicherheit des Lebens mag dazu führen, den Zuwachs der Familie als Last zu empfinden. Wir brauchen bloß einen Blick auf die Wohnungsverhältnisse der Großstädte zu werfen, in denen viele Hausbesitzer aus Eigennutz und Bequemlichkeit Kinderlosigkeit oder geringe Kinderzahl oft genug zur Voraussetzung bei Abschluß des Mietskontraktes machen, um die Schwierigkeiten zu erkennen, die kinderreichen Familien bei dem engen Zusammenwohnen in den Städten auf Schritt und Tritt begegnen. So ist das Wohnungswesen, dieses ebenso schwierige wie wichtige soziale Problem, sicherlich in hervorragendem Maße auch an der Frage des Geburtenrückganges beteiligt. Allerdings beruht das sogenannte Zweikindersystem, wie es in Frankreich in so verhängnisvoller Weise um sich gegriffen hat, nicht bloß auf sozialen und ökonomischen, sondern auch auf ethischen und psychologischen Ursachen. Wer diese zu beseitigen oder einzuschränken wüßte, würde auch der Folgeerscheinung, der absichtlichen Kinderbeschränkung, erfolgreich zu Leibe gehen. Erfahrungsgemäß ist solchen allgemeinen Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung mit den doch immerhin beschränkten staatlichen Mitteln nicht leicht beizukommen. Die Gefahr liegt nahe, daß nur auf Symptome kuriert, das Uebel aber nicht an der tiefersitzenden Wurzel erfaßt wird. Jedenfalls aber dürften sich für den Fall der Not zwei Reihen von Abwehrmaßnahmen als notwendig erweisen, solche ökonomischer und sozialer Natur und solche der Belehrung und Volkserziehung, wozu unter anderm auch eine schärfere Ueberwachung mancher Anpreisungen von Geheimmitteln und eine systematische Propaganda gegen malthusianische Tendenzen gehören dürfte. Die Statistik legt die Vermutung nahe, daß an dem Sinken der Geburtenziffern in erster Linie die städtische Bevölkerung die Schuld trägt. So tritt hier die Leutenot und die Abwanderung vom Lande in die Stadt in anderer Form als Bevölkerungsproblem wieder auf und die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit der inneren Kolonisation tritt auch hier in den Vordergrund. Für die Großstädte aber wäre in erster Linie durch Förderung der Gartenstadtbewegung, gemeinnütziges Bauwesen, Ausbildung der Verkehrsmittel Abhilfe anzustreben. Zur Vervollständigung ist noch darauf hinzuweisen, daß nicht bloß die Fruchtbarkeit der Ehen, sondern auch die Häufigkeit der Eheschließungen seit 1906 eine fortdauernde Verminderung erfahren hat."

Das einzige, was an diesen Ausführungen interessiert, ist die Betonung, daß es sich bei dem Problem des Geburtenrückganges um einen Komplex von wirtschaftlichen, sozialen, sozialgeistigen und moralischen Ursachen handelt, daß die Lösung des Problems sonach eine Aufgabe der Soziologie, der Gesellschaftswissenschaft, der Wissenschaft von den Wechselwirkungen der Menschen untereinander, ist. Nein wirtschaftliche Ursachen allein reichen hier nicht aus; die wirtschaftlichen Faktoren setzen das sozialgeistige Leben des Volkes in Bewegung und erzeugen eine bestimmte Lebensauffassung und Lebensführung, die dann entsprechende Ergebnisse zeitigt. Diese Wahrheit tritt nirgends so deutlich zutage, als bei dem Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Geschlechtsleben. Darüber wollen wir in einem Schlußartikel noch einiges sagen.

[illegible]

Europa als künftige Insel.

Von Wilhelm Bölsche.

Im Maiheft der Cottaschen Monatsschrift „Der Greif" veröffentlicht Wilhelm Bölsche einen interessanten Aufsatz, in dem er einen Ueberblick gibt über die geologische Geschichte der Erde. Wir entnehmen diesen Ausführungen den Schluß, der die Frage einer in weiter Zukunft liegenden möglichen Gestaltungsveränderung Europas behandelt.

Werfen wir einen Blick auf unsere heutige Erdkarte, so wird sofort klar, daß wir uns geologisch in einer Periode der ganz extremen Spaltenbildung befinden. Eine solche Spalte hat Skandinavien und Schottland von Island und Grönland getrennt, sie bildet heute dort den Nordteil des Atlantischen Ozeans bis zum Pol hinauf; eine nahe andere hat Grönland von Nordamerika abgespalten; eine kleinere England von Europa, und eine hat in der Ostsee und dem Bottnischen und Finnischen Meerbusen den beinahe gelungenen Versuch gemacht, auch Skandinavien und Finnland als Inseln von dem europäisch-asiatischen Block zu lösen.

An den meisten dieser nördlichen Bruchstellen ist noch in geologisch ganz junger Zeit fester Boden gewesen, zum Beispiel ging noch im Ausgang der Tertiärzeit, als sicher schon Menschenstämme hin und her wanderten, zwischen Europa und Grönland eine Landbrücke über den Atlantischen Ozean, die Spaltenbildung hat also noch nahe zu unserer Zeit hier wieder fortgesetzt zugenommen.

Auf der Südseite aber sondert eine starke Spalte heute Südamerika von Westafrika und eine andere sehr breite in Gestalt des Indischen Ozeans Ostafrika von Indien und Australien. Auch geht noch ein sehr interessanter, allerdings nur in Spuren angedeuteter Riß längelang durch Afrika selbst vom Nyassasee bis zu dem tief eingestürzten Graben des Roten Meeres, der (zum Teil auch erst aus ganz junger Zeit) hier einen Versuch andeutet, selbst diesen uralten Block von Afrika in der vollen Längsachse durchzusägen — übrigens auch, wenn er sich durchgesetzt hätte, ein Kanal von gar nicht auszumessender Bedeutung für unsere Kulturentwickelung.

Angesichts dieser Sachlage wären nun für die Zukunft zwei Möglichkeiten offen.

Auf der einen Seite könnten wir wieder auf eine Epoche stärkeren Festlandzusammenschlusses losgehen, bei dem wenigstens einzelne der großen senkrechten Spalten von heute allmählich sich wieder schlössen. So könnte eine geologische Wende allmählich dahin arbeiten, die alte „Atlantis", die nachweislich einst Europa über Island mit Nordamerika verband, wiederherzustellen durch erneute Schließung der nordatlantischen Spalte.

Oder die Ostecke von Südamerika könnte sich durch ein sich hebendes Zwischenland abermals mit der Westecke von Afrika, die noch heute wie gewaltsam von ihr losgerissen aussieht, vereinigen.

Auf der anderen Seite könnten aber auch neue Spalten sich lösen an Stellen, wo sie früher beliebt waren.

Die engere Entscheidung, was uns da zunächst bevorsteht, ist natürlich schwer. Einzelne Anzeichen sprechen ja dafür, daß wir wenigstens in Bezug auf das allgemeine Klima auf der Erde gegenwärtig wieder einer mehr trockenen Periode entgegenschreiten, im Gegensatz zu der überwiegend nassen Diluvialzeit. Darauf deutet der noch in historischer Zeit zunehmende Wüstencharakter mancher Gegenden, deutet das unter unseren Augen geschehene Austrocknen von Landseen zum Beispiel in Afrika. Doch es fragt sich, ob solcher Klimawechsel selber als eine Vorstufe neuer Land- und Meerverteilung angesehen werden darf.

Gewiß aber ist, daß, wenn überhaupt neue Meeresbildungen im Sinne jener Längsspalten über kurz oder lang sich wieder einleiten sollten, eine unter den verschiedenen dann zu erwartenden Möglichkeiten die denkbar größte Wahrscheinlichkeit hätte. Das wäre aber gerade die entscheidend merkwürdigste, ja bedenklichste für unsere europäischen Verhältnisse. Es wäre nämlich die Entstehung einer Meeresspalte, die etwa in der Richtung des Uralgebirges, sagen wir etwa vom Aralsee bis zur Mündung des Ob, Asien von Europa wieder sonderte. Unfaßbare Zeiträume der geologischen Vergangenheit hindurch hat hier ein Meer bestanden. Es hat noch bestanden selbst in der älteren Tertiärzeit, ja in gewissen Resten wohl noch länger. So lange das alte Mittelmeer bis über den Aralsee und noch viel weiter reichte, vereinigte sich dieses „Obische Meer" dort mit ihm, solchermaßen Europa wirklich vollständig von Asien abschneidend.

Da in diesen älteren Epochen dieses Europa durchweg im Westen noch durch die „Atlantis" mit Grönland-Nordamerika trocken verbunden war, entstand folglich so lange das höchst verwunderliche Kartenbild, daß Europa nicht eine westliche Halbinsel an Asien war, sondern vielmehr eine östliche Halbinsel Amerikas! Ganz und gar kein Wunder aber wäre es, wenn dieses „Obische Meer", das erst kurz vor unserer Epoche verschwunden ist, sich abermals herstellen würde, zumal ein Blick auf die heutige Karte zeigt, daß besondere Gebirgshemmnisse ihm mindestens im ganzen Gebiet des gegenwärtigen Ob nicht entgegenstehen würden.

Immerhin: wem gerade vor diesem politisch und kulturell in mehrerem Betracht verhängnisvoll einschneidenden Trennungsmeer, das Europa zu einer Insel machte, etwas grauen möchte, der mag sich beruhigt sagen, daß auch solche geologische Veränderung eben als solche aller Vermutung nach große, für unsere Menschengenerationen immer noch kolossale Zeiträume in Anspruch nehmen würde.

Gewiß mögen unmittelbare Senkungen, die zu solchem neuen Meer oder Meeresarm führen könnten, unter Umständen in weit rascherem Tempo sich vollziehen, als etwa jene erwähnte Abtragung eines Gebirges durch die langsame Verwitterung. Aber doch nicht von heute auf morgen. Selbst „Heute" und „Morgen" wären aber, geologisch gesprochen, immer noch wohl ein paar Jahrtausende. — Wer dann bedenkt, was auch nur ein einziges Jahrtausend für unsere Nationen und Kulturmittel bedeutet, zumal von heute ab in die Zukunft, der wird sich die unbefangene Freude an solchen Prophezeiungen des Geologen auch hier nicht durch irgend eine pessimistische Stimmung verderben lassen!

Mexikanisches Tagebuch.*)

Straßentypen.

Von dem reichen, im Aeußeren mit jedem Spanier zu verwechselnden Mexikaner, der sich europäisch kleidet und sich in der Avenida S. Francisco langweilt, soll nicht die Rede sein. Er ist nicht so traditionstreu, um, wie der moderne Türke, wenigstens die landesübliche Kopfbedeckung beizubehalten. Einzig der von seiner Hazienda in die Stadt reitende Großgrundbesitzer verschmäht oft den Sombrero, ebensowenig wie das engenliegende gelbe Lederwams und die silberbortgeschmückten Reithosen und läßt auch in den marialischen, manchmal echt silbernen Sporen und dem prunkhaften Sattel erkennen, daß er es dick hinter den Ohren hat. Seine Figur ist selten (so malerisch solche festspielmäßigen Erscheinungen sonst wirken) im Bilde einer modernen Stadt. Unter dem Händlervolke und den armen Pelados herrscht der breitkrempige Stroh- und Filzhut unbeschränkt. Er ist das Gemeinsame, das alle verbindet. Die Weiber halten es in diesem Stücke oft mit den Männern. Die Kleidung des armen Volkes, das sich durch die Straßen wälzt, besteht nur aus Hemd und Hose. Schuhe sind ein Luxus, den man sich höchstens am Sonntag gestattet. An jeder Häuserecke lauern Gelegenheits- und Fähigkeitskrämer, in den Volksquartieren die Kochweiber, die emsig den Maisteig zwischen den Händen plattklatschen und ihn dann in die schmierige Pfanne werfen. Alles wird mit den bloßen Fingern besorgt, bis zwei Reihen weißer Zähne sich hinter den triefenden Leckerbissen schließen. Die Früchte werden zuweilen in buntbemalten Kürbisschalen oder tiefen Holztellern feilgeboten. Die Lastträger erinnern an die türkischen Hamals. Auch bei ihnen geht die Tragkraft des Rückens ins Unglaubliche. Eine Besonderheit des Indianers ist es, den Lederriemen, der die Last faßt, statt um die Schultern zu schlingen, um die Stirn zu legen. Dabei eilt er elastischen Schrittes, mit den Fersen den Boden kaum berührend, vorwärts.

Der Scherenschleifer dreht das Rad wie bei uns in der alten Welt und hantiert auch beim Werke selbst ziemlich gleich wie seine europäischen Kollegen. Dagegen lockt er die Kunden durch eine vielröhrige und vielröhrige Mundpfeife, auf der jeder seine eigene Melodie hat, herbei. Die Bettler leisten im Krüppelhaftigkeit das Menschenmögliche. Für die Unglücklichen scheint es in diesem Lande keine Asyle zu geben. Die Spezialität der indischlagenden halbnackten Straßenjungen ist selbstverständlich auch vertreten. Schuhputzer und Zeitungsverkäufer zählen nach Heerscharen, zu denen sich ebensoviele Lotteriehändler gesellen. Man entgeht diesen Vampyren leider selten.

Das Volk ist im allgemeinen nicht häßlich, wenn man sich einmal mit dem strähnigen, ungekämmten Haar und den harten Backenknochen abgefunden hat. Was es auszeichnet, sind tiefdunkle, samtweiche Augen und Zähne, die sich sehr gut für Zahnpastaplakate eignen. Aber die Reinlichkeit läßt, wo die Haut sichtbar wird, und das geschieht ausgiebig, sehr viel zu wünschen übrig. Für viele gibt es nachts kein menschenwürdiges Lager, sie legen sich hin, wo sie die Müdigkeit überfällt.

Nachtleben.

Es gibt im Grunde genommen kein Nachtleben in Mexiko. Auf der Straße schon garnicht, wo einsam nur die Polizisten mit ihren Laternen in der Mitte der Straßenkreuzungen stehen und jede halbe Stunde ihre Scherenschleiferpfeife ertönen lassen, um den Bürgern zu beweisen, daß das Auge des Gesetzes keinen Schlaf kennt. Cafés in unserem Sinne gibt es nicht. Es sind zumeist kleine Bars mit wenigen Tischen. Etwas belebt sind nur die Plätze vor den kleinen Theatern, die das System des stündlichen Wechsels der Vorstellung befolgen. Dagegen weisen die zahlreichen Spielhöhlen regen Besuch auf. Da wird von Damen Billard gespielt, auf dessen Ausgang gewettet wird, oder es wird gepokert oder Bakkarat geworfen. Früher war das Hazardspiel nur in den Klubs geduldet; die heutige Regierung hat das Spiel freigegeben, um sich von den Höllenbesitzern eine hohe Steuer zahlen zu lassen. Und es wird gespielt, trotz der schlimmen Zeiten oder vielleicht gerade deswegen. Es muß den Leuten im Blute liegen, sonst wäre auch das Lotteriewesen nicht so einträglich.

Das Nachtleben, das sein Charakteristikum in den menschenleeren Straßen hat, mag zu anderen Zeiten doch etwas lebhafter sein. Allein seitdem die Regierung das System anwendet, jeden nachts herumlungernden Mexikaner einzufangen und ihn frühmorgens als Soldat nach dem Norden zu schicken, wagen sich die Leute nicht mehr aus dem Haus; in eine Wohnung einzudringen, läßt das Gesetz nicht zu. Um die Pelados aus ihren Löchern zu locken, veranstaltet die Regierung dann und wann billige Schadenfeuer und dann kommen sie und gehen ins Netz.

*) Dr. R. Jebel veröffentlicht in der „Frankf. Zeitung" u. a. die folgende Skizze, die zurzeit aktuell ist.

Monatlicher Arbeitskalender für Gartenfreunde.

Mai.

Die Frühlingsblumen prangen im herrlichsten Blütenflor, ein zartgrüner Blätterschmuck umhüllt Bäume und Sträucher, selbst die Langschläfer in der Pflanzenwelt sind von der warmen Frühlingssonne aus ihrem Schlafe wachgeküßt und bald erstrahlt der letzte Baum im duftigen Blätterkleid. In unseren Gärten haben die Obstbäume in verschwenderischer Fülle ihre Blüten entfaltet und die Parzellen- und Laubenkolonien in eine herrliche Blütenlandschaft verwandelt; auf den Gemüsebeeten keimt und sproßt die junge Saat; kurz, alles was Leben heißt, ist erwacht, regt sich. Das zarte, junge Grün, die herrliche buntschimmernde Blütenpracht, der würzige Duft, der herrliche Vogelgesang, der lachende Sonnenschein, alles lockt uns hinaus in die freie Natur, ladet uns zum Besuch unseres Gartens ein. Und gern folgen wir dieser Einladung, wissen wir doch, daß das zarte Grün der Blätter bald einer dunkleren, ernsteren Farbentönung Platz macht und daß mit Beginn des Hochsommers die herrlichen Vogelstimmen für lange Zeit wieder verstummen werden. Aber auch Arbeit gibt es jetzt im Garten in Hülle und Fülle; hier muß man regelnd in die Entwicklung der Pflanzen eingreifen, dort diese zu fördern suchen oder auch die Feinde abwehren, die von allen Seiten heranstürmen, und das zarte, eben dem Samenkorn entsprossene Pflänzchen oder die jungen, den schützenden Knospenhüllen entschlüpften Triebe, Blätter und Blüten zu vernichten drohen. Und betrachten wir im Obstgarten unsere Bäume genauer, so werden wir feststellen, daß viele Triebe sich nicht recht entwickeln, die Blätter sich nicht entfalten wollen, sie sehen teilweise gar schon verkümmert aus oder sind zerfressen. Bei eingehender Untersuchung werden wir die Blätter mit feinen Spinnfäden zusammengesponnen und im Innern dieser Blätter eine kleine Raupe, die Blattwicklerraupe, finden. Ist es bei den Hochstämmen auch nicht durchzuführen, so werden wir doch die Triebe der Zwergobstbäume auf das Vorhandensein dieser schädlichen Raupen untersuchen und die etwa vorfindenden zerdrücken. Auch den Raupen des Frostnachtschmetterlings werden wir hierbei begegnen. In der Regel treten sie in großen Mengen auf und lassen kein Blatt sich entwickeln. Bei kleinen Bäumen ist das Absuchen dieser schädlichen Sippschaft das sicherste Bekämpfungsmittel; bei Hochstämmen müssen wir jedoch zu Spritzmitteln, wie Harzbrühe, Schwefelkaliumbrühe usw. greifen. Außerdem werden wir die Raupen des Goldafters, des Baumweißlings, des Schwans, der Kupferglucke, der Apfelbaumgespinnstmotte, des Ringel- und des Schwammspinners, des großen Fuchs usw. vorfinden. Auch die Blattläuse und Blattflöhe werden sich einstellen. Sie sollen gleich im Entstehen mit geeigneten Spritzmitteln, wie Tabakabsudbrühe oder Insektenpulverseifenbrühe (10 Liter Wasser, 150 Gramm Schmierseife und 50 Gramm Insektenpulver) vernichtet werden. Ferner werden die Blutläuse wieder mehr in Erscheinung treten und außer den hier genannten Schädlingen sich noch unzählige andere einstellen. Die hier aufgezählten Schädlinge überwintern teils in Form von Eiern, teils als Larven und einige als Schmetterlinge in Verstecken an Bäumen, Baumpfählen und in der Nähe der Bäume stehenden Hecken und Holzzäunen oder auch in der Erde. Wer daher den Winterkampf in wirksamer Weise durchgeführt hat, wird jetzt von diesen Schädlingen weniger als sonst an seinen Bäumen merken. Unsere Vögel und eine Schar nützlicher Insekten sind uns wirksame Bundesgenossen im Kampfe gegen diese Schädlingssippe und räumen gewaltig unter dieser auf. Schütze daher jeder die Vögel und fessele sie durch geeignete Nistgelegenheit und Fütterung im Winter an den Garten. Aber auch mit der kleinen Gesellschaft nützlicher Insekten sollte sich jeder vertraut machen, damit er diese von den Schädlichen zu unterscheiden imstande ist und nicht auch sie schonungslos vernichtet. — Wo das Auftreten der Kräuselkrankheit bei Pfirsichen und der Schorfkrankheit bei Aepfeln und Birnen zu befürchten ist, spritzt man nach der Blüte mit einprozentiger Kupferkalkbrühe; mit amerikanischem Mehltau behaftete Stachelbeersträucher sind mit einhalbprozentiger Schwefelkaliumbrühe zu spritzen und meltaukranke Weinstöcke mit gemahlenem Schwefel zu pudern. —

Die Düngung der Obstbäume und Beerensträucher (auch Erdbeeren) mit Jauche (S. April-Uebersicht) ist fortzusetzen; sie fördert den Fruchtansatz und das Wachstum der Früchte, bewirkt einem Abfallen der angesetzten Früchte vor und reift auch zur kräftigen Blatt- und Triebbildung; anderseits ist das Wässern der Bäume und Sträucher bei trocknerer Witterung nicht zu vergessen. Frisch gepflanzte Bäume sind ebenfalls zu gießen und außerdem ihre Baumscheiben mit kurzem Stallmist zu bedecken, um ein zu starkes Austrocknen der Erde zu verhüten.

Soweit noch geeignete Pfropfreiser vorhanden sind, kann man an den Kernobstbäumen auch noch Veredlungen ausführen, bereits frühzeitig gemachte, aber nicht gewachsene Veredlungen sind nachzupfropfen. Bei den Formobstbäumen ist der Austrieb der Leittriebe zu beachten, und falls deren unteren Augen nicht austreiben, sind diese zu überkerben. Alle überflüssigen Triebe sind sofort im Grünstehen zu unterdrücken (dasselbe gilt auch beim Weinstock), alle wichtigen Triebe aber in ihrer Entwicklung zu fördern. Blütenleere aber starkwüchsige Bäume können noch durch Abstechen einiger starken Wurzeln in ihrem üppigen Holztrieb gehemmt und zur Fruchtbarkeit gezwungen werden. (Schluß folgt.)

Gesundheitspflege und Hauswirtschaft

Die Dauerkartoffel.

Die Kartoffelernte des Jahres 1913 betrug 540 Doppelzentner, also auf Getreidewerte umgerechnet nur 16 Prozent weniger als der Ertrag der deutschen Roggen- und Weizenernte zusammen. Diese großen Nährwerte für Mensch und Tier werden aber bei weitem nicht ausgenutzt, ungeheuere Verluste entstehen durch Frost, Fäulnis, durch natürliche Atmung. Die Werte dem deutschen Volke zu erhalten, bildet einen der Programmpunkte einer kürzlich gegründeten Gesellschaft, die den etwas langatmigen Namen: Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffel führt. Sie will die Landwirte veranlassen, einen entsprechenden Teil der Ernte zu konservieren. Die Kartoffeln sollen mehr als bisher durch Trocknen in eine Dauerware verwandelt werden, die ihrer Masse nach ein ausgezeichnetes Viehfutter liefert, das leicht transportfähig ist. In der Form des aus der Trockenkartoffel gewonnenen Kartoffelmehls kann die Kartoffel das Brotgetreide ersetzen, sie wird es im Kriegsfalle sogar müssen. Roß und Reiter werden in schönster Eintracht davon leben. Zum Trockenverfahren gesellt sich nun ein neues, das mit Hilfe des Milchsäurebazillus durchgeführt wird. Wir sind gewohnt, die Bazillen als Zerstörer anzusehen; daß sie auch große wirtschaftliche Werte erhalten können, erscheint uns für den ersten Augenblick unglaubwürdig. Aber mit entsprechender Variation gilt hier das Schillerwort: „Wohltätig ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht." Als Vater des Gedankens dieser Bazillenzähmung ist wohl der wissenschaftliche Praktiker, oder wenn man will, der praktische Wissenschaftler, Geh. Rat Professor Dr. M. Delbrück der Vorsteher des Instituts für Gärungsgewerbe in Berlin, und seine Mitarbeiter anzusehen. Die sogenante „wilde Säuerung" ist lange bekannt, sie ist aber durch die nicht beherrschte Lebenstätigkeit der Bakterien mit großen Substanzverlusten verbunden, oft bis zu 50 Prozent. Anders aber, wenn man diese Säuerung nach den Grundsätzen der modernen Mikrobiologie regelt. Die Kartoffeln enthalten 1 Prozent Zucker. Impft man Milchsäurebazillen in geschnittene, geriebene oder gedämpfte Kartoffeln, dann erzeugen sie daraus 1 Prozent Milchsäure. Diese Säuremenge genügt vollständig, um die Kartoffel dauernd zu konservieren wenn man sofort nach dem Einsäuern die Gruben, in denen dies geschieht, luftdicht abdeckt. So kann sich leicht jeder Landwirt ein gutes Dauerfutter, das, wie wieder die Arbeiten des Instituts für Gärungsgewerbe ergeben haben, dem Vieh sehr bekömmlich ist, leicht herstellen. So werden wir unabhängig vom ausländischen Viehfutter, unsere heimische Produktion von Vieh muß steigen. Im Institut für Gärungsgewerbe, im Norden Berlins, ist denn auch ein „Säuerungshaus" errichtet worden. Hier würden alle einschlägigen Fragen, immer mit Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse, studiert. Organisatorisch und finanziell gut aufgebaut, darf man wohl annehmen, daß die neue Gesellschaft in der Lage sein wird, ihre Ziele zu erreichen, was auch im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt nur zu wünschen ist.

Vermischtes.

Diner-Instruktionen bei Kronprinzens. Zur Abendtafel am 23. April hatte das Kronprinzenpaar Herrn Dr. v. Dallwitz und den Staatssekretär Dr. Delbrück geladen. Vor der Tafel hielt, wie offiziös berichtet wird, Dr. Delbrück dem Kronprinzen einen Vortrag über die wirtschaftlich-politische Entwicklung Deutschlands und Preußens. — Das ist, schreibt dazu die Münchner „Jugend", erfreulich zu hören. Kronprinzen sollen müssen lernen, und es erscheint nicht mehr als recht und billig, daß Minister, die von ihnen zu Diners und Abendtafeln eingeladen werden, den Thronerben bei dieser Gelegenheit einiges von ihrem Wissen beizubringen suchen, dafür erhalten sie ja Freitisch. Aber wieviel mehr noch könnte nicht nur vor dem Diner, sondern auch zwischen den einzelnen Gängen geleistet werden! Wir bringen im nachfolgenden den Entwurf der Speisen und Vortragskarte eines derartigen Diners:

Kaviar auf Eis. — Herr v. Jagow: Unser Verhältnis zu Rußland. — Wodka. Portwein.

Hamburger Ente. — Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Fliegertruppe als Aufklärungsmittel. — Bernkastler Doktor.

Pikanter Schweineschinken in Burgunder. — Der Justizminister: Ueber die Möglichkeit der Verfolgung von anstößigen Postkarten an der Hand der bestehenden Strafgesetze. — Piesporter.

Gedämpftes Kalbshirn. — Der Kultusminister: Ueber die Aufgabe der Volksschule in den agrarischen Provinzen. — Chateau Lafitte.

Eis. — Potsdamer Spalierobst. — Alter Limburger Käse. — Der Reichskanzler: Ueber die Rechtfertigung des bestehenden preußischen Wahlrechts durch die Kantische Kritik der Kräfte unseres Geistes. — Sekt.

Nach dem Kaffee beim Likör: Allgemeine animierte Aussprache: Anekdoten und Witze, vermischt mit den Lebensmaximen berühmter Fürsten und Staatsmänner.

Mai.

Von Ludwig Lessen.

Der Mai hat mit Blüten bestreut die Welt,
Die junge Saat wogt lichtgrün im Feld
und zärtliche Düfte steigen ....
Eine Amsel ruft in den scheidenden Tag ....
Es rauschen die jungen Blätter im Hag,
wie leise Seufzer und schweigen ...

Und irgendwo in der stillen Nacht
ist weich ein Geigengetön erwacht ...
das hat dich gefangen genommen!
Eine Nachtigall schluchzt ihren Frühlingstraum ...
Heiß flüstern Worte ... Vom blühenden Baum
kommt süß ein Düften geschwommen.

Und ist die Mainacht auch still und stumm,
ein süßes Verlangen geht in ihr um:
das läßt dich heimlich erbeben!
Und du suchst eine Hand, die die deine umschlingt,
einen Willen, der deine Zagheit bezwingt:
Und es drängt sich Leben an Leben ...

Ein Lichtlein hinter den Scheiben glüht ...
und immer noch weht das Geigenlied —
Kannst dich von ihm nicht befreien!
Es quillt das Blut in den Adern dir schwer ...
ein lockender Duft haucht süß um dich her
von den Blumen und Blüten im Maien ...